



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Ökologie, Entwicklung und deutscher Kolonialismus  
am Beispiel Togos

Verfasserin

Irmgard Rubik-Wiedemann

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr.phil.Univ.Prof. Walter Schicho



Während des Studiums und der Erarbeitung dieser Diplomarbeit  
haben mich zahlreiche Personen begleitet und unterstützt.  
Für all die Hilfe möchte ich mich herzlich bedanken.

Ganz besonderer Dank gilt:

Meinem Ehemann Klaus,  
der mit viel Geduld und Humor meine Launen während des gesamten Studiums ertragen hat.  
Für das Verständnis und die Liebe, die er mir in diesen Jahren entgegengebracht hat, ein herzliches Danke.

Meinem Betreuer, Dr.phil.Univ.Prof. Walter Schicho  
für seine lange Geduld und Unterstützung, die mich bei der Ausarbeitung der Diplomarbeit  
immer wieder einen Schritt weiter gebracht hat.

*„Auch Umwege erweitern unseren Horizont.“*

Zitat: Ernst Ferstl

## LEBENS LAUF

Irmgard Rubik-Wiedemann  
geboren 10. 05. 1956 in Landshut/Bayern

1180 Wien, Währinger Straße 138/22

01/478 14 09

irmi@c-supervision.at

Matrikelnummer 8107694

verheiratet

Staatsangehörigkeit Österreich

Mädchenvolkschule Seligenthal 1962–1966

Gymnasium Seligenthal 1966–1976

Ausbildung zum Industriekaufmann 1976–1978 (SEL AG / Landshut)

1979-1980 BMW / Dingolfing–München

1980 nach Österreich übersiedelt

1991–1994 Universität für Bodenkultur: Landwirtschaft

1994–2000 Universität für Bodenkultur: Studium Irregulare Umwelt und Entwicklung

2000–2001 Universität Wien: Afrikanistik und Völkerkunde

Ab 2001 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung UniStG

# Inhaltsverzeichnis

0	Inhaltsverzeichnis.....	II
0	Abbildungsverzeichnis.....	V
0	Abstract Deutsch.....	1
0	Abstract English .....	3
0	Vorwort.....	4
1	Einleitung.....	7
1.1	Zum Inhalt dieser Arbeit .....	7
1.2	Gliederung .....	8
2	Zur heutigen Situation: Die „Less Developed Countries“ (LDCs) .....	10
2.1	Der Nord-Süd-Gegensatz.....	10
2.2	Definition der „LDCs“, der „Schwellenländer“ und die Frage der „Nachhaltigkeit“ .....	13
3	Entwicklungspolitik und ihr Verhältnis zu „Nachhaltigkeit“ und „Umwelt“22	
3.1	Definition „Entwicklungspolitik“ .....	22
3.2	Geschichte der Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland nach 1990– ein kurzer Abriss .....	25
3.3	Der organisatorische Aufbau der Entwicklungspolitik.....	29
3.4	Bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika seit 1990 – ein kurzer Überblick.....	33
3.5	Das Wirken der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) .....	37
3.6	Zum Verständnis von „Ökologie“ und „Entwicklung“ .....	41

---

3.7	Beispiele für „Sustainable Development“ im Kontext der EZA.....	48
4	Zur Kolonialgeschichte Togos unter deutscher Kolonialverwaltung .....	59
4.1	Die westafrikanischen Wälder und die Forstwirtschaft.....	59
4.1.1	Die Größe Togos und seine klimatischen sowie geografischen Bedingungen .....	59
4.1.2	Die westafrikanischen Wälder .....	61
4.1.3	Vorkoloniale Spuren ökologischer Schutzmaßnahmen.....	62
4.1.4	Die Funktionen des Waldes.....	64
4.1.5	Waldarten I: Regenwälder .....	65
4.1.6	Waldarten II: Galeriewälder.....	65
4.1.7	Baumsteppen.....	66
4.2	Westafrikanische Savanne und Landwirtschaft.....	67
4.3	Zum Problem der Entwaldung im vorkolonialen Westafrika .....	67
4.4	Die Kolonialgeschichte Togos .....	71
4.4.1	Allgemeines .....	71
4.4.2	Der Sektor der Landwirtschaft .....	76
4.4.3	Ölpalme .....	77
4.4.4	Baumwolle .....	79
4.4.5	Kautschuk.....	81
4.4.6	Kakao.....	82
4.4.7	Mais.....	83
4.4.8	Kaffee .....	84
4.4.9	Kokospalme.....	85
4.4.10	Wald.....	86
4.4.11	Zusammenfassende Betrachtung der Landwirtschaft in Togo während der deutschen Kolonialzeit.....	86
4.5	Forstwirtschaft in Togo unter deutscher Kolonialverwaltung.....	87
4.5.1	Forstwesen in der Kolonialzeit.....	87

---

4.5.2	Feuerökologie.....	89
4.5.3	Gegenüberstellung: Ökologische Forstwirtschaft heute und gestern... 90	
4.5.3.1	Feuerökologische Praxis über die Zeiten hinweg.....	90
4.5.3.2	Das Gegenwindfeuer des Forstassessors Metzger .....	94
4.5.3.3	Natürliche Vegetation.....	94
4.5.3.4	Erkenntnisse aus den Urwäldern .....	96
4.5.3.5	Neu- und Wiederbewaldung.....	98
5	Zur Frage der Behandlung der Einheimischen durch die deutschen Kolonialherren.....	102
6	Politische und ökologische Situation in Togo heute .....	107
6.1	Politische Situation .....	107
6.2	Ökologische Situation und Maßnahmen zur Etablierung einer nachhaltigen Entwicklung.....	110
7	Fazit.....	113
	Literaturverzeichnis.....	116

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die wichtigsten Akteure der deutschen Entwicklungshilfepolitik/Entwicklungszusammenarbeit.....	30
Abbildung 2: Bodenbearbeitung auf den Feldstreifen im Bamenda-Modell (Quelle: Prinz/Rauch 1985).....	55
Abbildung 3: Darstellung eines typischen Bamenda-Modellbetriebs (Quelle: Prinz/Rauch 1985).....	56
Abbildung 4: Landkarte von Togo heute (2009) (Quelle: <a href="http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/togo/geographie.php">http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/togo/geographie.php</a> ). .....	60
Abbildung 5: Kapokbaum (Quelle: <a href="http://www.safari-afrika.de/html/kapokbaum.html">http://www.safari-afrika.de/html/kapokbaum.html</a> ).....	63
Abbildung 6: Baumsavanne in Afrika. (Vgl. Goucher 1986). ....	69
Abbildung 7: Waldsavanne in Afrika. (Vgl. Goucher 1986).....	70
Abbildung 8: Die obersten Verwalter bzw. Gouverneure/Kommissare der deutschen Kolonie Togo in chronologischer Reihenfolge.....	73
Abbildung 9: Landkarte von Togo, 1912 (Quelle: <a href="http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg">http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg</a> ). ....	74
Abbildung 10: Landkarte der deutschen Kolonie Togo in Schwarz-Weiß 1912 (Quelle: <a href="http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg">http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg</a> ).....	75
Abbildung 11: Feuer in der Savanne (Quelle: <a href="http://www.fire.uni-freiburg.de/feuroekologie/feuerd.htm">http://www.fire.uni-freiburg.de/feuroekologie/feuerd.htm</a> ). ....	92

### Anmerkung Abbildungsverzeichnis

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung ihrer Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um eine Mitteilung, die an mich gerichtet ist.

## Abstract Deutsch

In dieser Arbeit geht es darum, die Zusammenhänge zwischen Ökologie, Entwicklung und Kolonialismus am Beispiel der deutschen Kolonie Togo (1884–1916) aufzuzeigen. In diesem Kontext wird die Betrachtung der Kolonialgeschichte sowohl in die Vor- als auch in die Nachgeschichte der deutschen Kolonialzeit eingebettet, inklusive der sozialen und ökologischen Situation des Staates Togo von heute.

Im Kapitel 2 wird zunächst eine Definition des Begriffs „Less Developed Countries“ (LDC) vorgenommen, anschließend in Kapitel 3 der Begriff Entwicklungspolitik näher erläutert, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Afrikapolitik seit 1990; dabei wird vor allem der Aspekt der „nachhaltigen Entwicklung“ bei der Analyse berücksichtigt. Anschließend wird in Kapitel 4 die Kolonialgeschichte Togos unter deutscher Herrschaft unter dem Blickwinkel der ökologischen Entwicklung einer näheren Betrachtung unterzogen, wobei die Situation der Wälder sowie der Land- und Forstwirtschaft in den damaligen Zeiten im Vordergrund des Interesses steht. Dabei ist natürlich in erster Linie die Frage wichtig, wie sich der deutsche Kolonialismus und seine Politik in ökologischer, aber auch sozialer Hinsicht in den etwas über drei Jahrzehnten deutscher Herrschaft in Togo in diesem afrikanischen Land ausgewirkt hat. In Kapitel 5 wird zur „Menschenrechtsfrage“ während der deutschen Kolonialzeit in Togo Stellung genommen, wobei als Resultat formuliert werden kann, dass die schwarzen Bewohner Togos von der Kolonialverwaltung vor allem als Objekte der Verwertung und Ausbeutung angesehen wurden – ähnlich wie auch die Natur, die in erster Linie als Rohstoffquelle für den deutschen Markt fungierte. In Kapitel 6 wird letztendlich die politische und ökologische Situation Togos heute thematisiert. Man kann die Entwicklung in dieser Hinsicht so zusammenfassen: Vor allen Dingen in den 1990er Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends war Togo eine autoritäre Militärdiktatur, und Togo hat die Folgen davon bis heute noch nicht richtig verarbeitet. In Fragen der nachhaltigen Entwicklung gibt es zwar erste Ansätze einer positiven Entwicklung, jedoch haben in Togo immer noch sozioökonomische Reformen den Vorrang vor Projekten zur Vereinbarkeit von sozialer, ökonomischer und ökologischer Entwicklung. Letzt-

---

endlich liegt Togos Zukunft in der Entwicklung und Ausbeutung „alternativer“, „grüner“ Technologien wie Solarenergie, Biomasse etc.; es wird allerdings noch einige Zeit brauchen, bis sich diese Erkenntnis auch bei Regierung und Volk Togos durchgesetzt hat.

## Abstract English

In this scientific work, the connection between ecology, development and colonialism at the example of the German colony Togo (1884–1916) will be demonstrated. In this context, the description and analysis of the German colony era in Togo will be embedded in the previous history and the post-history of Togo, including the social and ecological situation of this African state today.

In Chapter 2, the term „Less Developed Countries“ will be defined; after that, the term „development policy“ will be a subject of discussion, especially considering the German Africa policy since 1990 and the aspect of „sustainable development“. In Chapter 4, the history of the German colony Togo will be described, considering ecological aspects in the first line (the situation of the Togolese forests, of agriculture and forestry). In this context, the particular question is of general interest, how the German colonialism and its policy influenced the social and ecological development in Togo during the 32 years of its hegemony. In Chapter 5, the human rights situation in Togo during the German colony era will be analysed – as we shall see, the result will, that the black citizens of Togo were also only objects of exploitation and utilization like the natural resources, which were merely regarded as source of raw materials for the German market. In Chapter 6, the actual political and ecological situation of Togo will be thematized. You can summarize the development of Togo in the last twenty years as such: In the 1990s and the first years of the new millennium, Togo was suffering an authoritarian military dictatorship; until today, Togo has not yet recovered completely from this era of dictatorship. Concerning sustainable development, there are the first approaches toward a positive development toward sustainability, but the implementation of socio-economic reforms is still more important. But probably, this will change in the nearer future. The future of Togo will perhaps depend on the development of „green“ technologies like solar energy, bio mass, hydro-electrics a. s. o. But it will last a certain time, before the necessity of such a „green“ future will be recognized by the government and the people of Togo, too.

## Vorwort

Die Geschichte des ökologischen Wechsels oder der Wechsel der ökologischen Ideen zur Umwelt in Afrika wird bzw. wurde von staatlichen Interventionen und den Reaktionen darauf geprägt. In meiner Arbeit versuche ich die Miteinbeziehung der Umwelt, die Verflechtung der verschiedenen Sphären, die Nutzung von altem Wissen mit der Entwicklung in den Kolonien des Deutschen Reiches (wobei die heutige Bundesrepublik Deutschland die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches darstellt) in Afrika während der Zeit des Kolonialismus aufzuzeigen.

Dort, wo die Kolonialmacht sich etablierte, wurden die vorkolonialen Umweltmuster meist ganz entfernt und durch neue ersetzt. Siedler und die afrikanischen Systeme der Ressourcennutzung standen sich gegenüber. Die Intensität und die Arten der Nutzung brachten große Umweltprobleme mit sich; damit kamen die staatlichen Eingriffe zur Regulierung der Umweltnutzung. Bestimmte Gebiete wurden in Reserves (Reservate) mit speziellen Funktionen wie Jagd, Waldschutz usw. umgewidmet und so der intensiven Nutzung entzogen.

*„Indem aber Afrika den Bauern zu viel abverlangte, hat es auch dem Land zu viel abverlangt. Afrika hat sein Umweltkonto überzogen, und das Resultat in weiten Teilen des Kontinents ist der Bankrott der Umwelt. Sowohl die großflächigen Farmprojekte nördlicher Experten als auch die kleinen Bemühungen der Masse der Bauern, um das bloße Überleben zu sichern, haben dazu geführt, dass die Böden übermäßig bebaut, überweidet und entwaldet wurden.“* (Timberlake 1986, S. 15)

Die Kolonialmacht wird heute beschuldigt, die harmonischen Beziehungen der afrikanischen Völker zu der sie umgebenden Natur zerstört zu haben. Die Kolonisatoren unterwarfen die Ressourcen immer größeren Anforderungen. Plantagenwirtschaft und Monokulturen wurden eingeführt, massive Entwaldung begann, und brachliegende Flächen wurden der Nutzung durch die einheimische Landwirtschaft entzogen. Als Folge der kolonialen Eingriffe, aber auch der steigenden Zahl der Bevölkerung, die vor allem seit der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen immer rascher zunahm, kam es dazu, dass die afrikanischen Bauern und Viehzüchter

begannen, das Land zu übernutzen; sie waren fortan nicht (mehr) in der Lage, auf Umweltgegebenheiten adäquat einzugehen.

Obgleich bereits in der frühen Kolonialzeit so manche Beobachter vorausschauend ihre Stimme erhoben – so warnten französische Kolonialbeamte bereits Ende des 19. Jahrhunderts vor den Gefahren einer Hungersnot aufgrund der Ausdehnung der Erdnussmonokultur im Senegal. (Vgl. Deschamps 1971, Bd. 2, S. 76) –, wurde Nachhaltigkeit erst in den 1970er Jahren zu einem beachteten Faktor. (Vgl. Meadows u. a. 1972) Im Diskurs der Entwicklungszusammenarbeit tauchte sie dann vermehrt seit den 1980er Jahren auf. So heißt es im Bericht der Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987:

*„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“* (Hauff 1987, S. 46)

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ist der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ ein gängiges Schlagwort der letzten Jahrzehnte. Es beinhaltet das Verlangen einer langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen mit der Verbesserung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen (Agenda 21, 1992).

Ein Problem, das sich mit dem Schlagwort „nachhaltige Entwicklung“ verbindet, ist das, was Ulrich Brand die *„Inwertsetzung der biologischen Vielfalt“* (Brand 2006, S. 122) nennt; damit ist die Ausnutzung der Biodiversität bzw. der genetischen Vielfalt durch international agierende Pharma-, Agrar- und Kosmetikkonzerne sowie Forschungsinstitute gemeint, die mit der (industriellen) Verwertung dieser natürlichen Rohstoffe und Potenziale viel Geld verdienen wollen. Hier ist die Frage: Wem gehören diese natürlichen Rohstoffe eigentlich? Sind sie gleichsam „herrenlos“, gehören sie der Menschheit (und sind damit eine Kollektivressource jenseits privater Verwertung), oder gehören sie der Bevölkerung, die dort wohnt, wo diese natürlichen Ressourcen vorkommen? Wie sollen die Regeln aussehen, die auf internationaler Ebene ausgehandelt werden müssen, damit nicht mächtige Interessengruppen die Interessen Anderer „unterpflügen“? Diese Fragen stellen sich heute verschärft angesichts von bio- und gentechnologischen Entwicklungen, von

denen man vor hundert Jahren sich noch keine Vorstellungen machen konnte. Ist „Biopiraterie“ der moderne Kolonialismus von heute, nur eben mit subtileren Mitteln. (Vgl. Brand 2006, S. 122–124) Diese Fragen können leider im Rahmen dieser Arbeit nicht ausführlich behandelt werden, jedoch sollte man sie an dieser Stelle anreißen, damit klar wird, wo weiterer Forschungsbedarf in dieser Richtung besteht.

Die Frage, die sich diese Arbeit im Rahmen des hier Möglichen konkret stellt, ist angesichts des globalen Trends folgende: Ist nachhaltige Entwicklung im heutigen Afrika im Sinne der obigen Definition überhaupt möglich, zumal die „Nachwehen“ des Kolonialismus zumindest teilweise heute noch in diesem Kontinent zu spüren sind? Dies soll u. a. am Beispiel der Agrar- und Forstwirtschaft Togos, einer ehemaligen deutschen Kolonie, erörtert werden. Dabei wird auch die Frage im Fokus des Interesses stehen, ob die (angebliche oder tatsächliche) „Unfähigkeit“ der afrikanischen Völker, mit den natürlichen Ressourcen adäquat umzugehen, noch eine Folge der Kolonialzeit darstellt oder ob nach komplexeren Ursachen gesucht werden muss.

# 1 Einleitung

## 1.1 Zum Inhalt dieser Arbeit

Die Kolonialgeschichte Deutschlands ist deutlich kürzer als die der übrigen europäischen kolonialen Mächte. Deutschland interessierte sich als letztes Land für Kolonien und musste nach dem 1. Weltkrieg als Erstes seine Kolonien wieder abgeben.

Ende der 1870er Jahre – nachdem sich das Deutsche Reich etabliert hatte – entstanden die ersten Kolonialvereine. Mitte der 1880er Jahre erklärte Deutschland große Gebiete vor allem in Afrika zu Kolonien, und Ende des Jahres 1887 wurde der Dachverband „Deutsche Kolonialgesellschaft“ gegründet. Auffallend war, dass sowohl das Bildungsbürgertum als auch die Beamtschaft in diesen Vereinigungen sehr stark vertreten waren.

Der Handel mit den Kolonien blieb relativ bescheiden. Die Kolonien konnten den Bedarf der deutschen Industrie an Rohmaterial nie decken. Daher wurde von Reichstagsmitgliedern auch sehr oft der ökonomische Sinn der Kolonisierung hinterfragt. So warnte der Abgeordnete Dr. Ludwig Windthorst von der Zentrumsparterie in der Sitzung des Reichstags am 26. Juni 1884 vor den weitreichenden Folgen und Kosten der deutschen Kolonialaktivitäten. (Vgl. Schicho 2010; Reichstagsprotokolle 1884, S. 1049 ff.)

Die Risiken der Investoren waren hoch und das Vertrauen in die Projekte in Afrika gering. Die Investoren mussten durch patriotische Argumente überzeugt werden, Gelder in Afrika anzulegen. Die kolonialen Aktivitäten lassen sich auf die Nutzung und Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft sowie der agrarischen und mineralischen Rohstoffe reduzieren.

In Togo versuchte, die *Deutsche Togo Gesellschaft* die Landwirtschaft zu dominieren. Die hanseatischen Handelsgesellschaften investierten ihrerseits in die Produktion der Baumwolle. Die Entwicklung einer Plantagenlandwirtschaft, aber auch die Farmen deutscher Siedler benötigten zahlreiche Arbeitskräfte, welche die großen Gesellschaften und die kolonialen Farmer mit Unterstützung der Kolonialverwal-

tung gewaltsam oder gegen geringe Entlohnung aus der kolonisierten Bevölkerung rekrutierten. Das Abziehen der Arbeitskraft ging auf Kosten der afrikanischen Bevölkerung und ihrer Subsistenzwirtschaft.

Diese und andere Folgen der deutschen Kolonialherrschaft in Togo wie auch in Kamerun werden in dieser Arbeit thematisiert und einer näheren Betrachtung unterzogen. Darüber hinaus ergibt sich die Frage, die im Vorwort bereits angerissen wurde: Können die ökologischen und ökonomischen Verheerungen im *heutigen* Afrika *allein* oder vorwiegend auf den Kolonialismus zurückgeführt werden? Spielt das, was „davor“ und „danach“ passierte und sich bis heute ereignet, eine geringere Rolle? Auch dieser Frage soll in dieser Arbeit nachgegangen werden.

## 1.2 Gliederung

In Kapitel 2 geht es zunächst um die heutige Situation der „Less Developed Countries“ (LDCs) und die Struktur des Nord-Süd-Gegensatzes, der trotz des Zusammenbruchs des realsozialistischen Lagers Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre immer noch anhält, obgleich die weltweite Situation heutzutage nicht mehr bipolar, sondern multipolar zu nennen ist.

In Kapitel 3 wird die Thematik „Entwicklungspolitik und ihr Verhältnis zu >Nachhaltigkeit< und >Umwelt<“ behandelt. Nach einer Definition dessen, was unter „Entwicklungspolitik“ zu verstehen ist, wird im Anschluss daran ein kurzer Abriss der Geschichte der Entwicklungshilfepolitik Deutschlands nach der Wiedervereinigung 1990 vorgenommen. Danach wird der organisatorische Aufbau der Entwicklungshilfepolitik in der BRD in seinen Grundstrukturen beschrieben. Daran schließt sich ein Abriss der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) mit afrikanischen Ländern seit 1990 an. Im Anschluss daran wiederum wird das Wirken der „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ (GIZ) einer kritischen Würdigung unterzogen, die als Nachfolgerin der GTZ, der „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“, anzusehen ist. Sodann werden die Begriffe „Ökologie“ und „Entwicklung“ erörtert und deren Implikationen diskutiert. Zum Abschluss dieses Kapitels werden noch Beispiele für „Sustainable Development“ im

Kontext der EZA erwähnt, um mittels dieser Beispiele die EZA in ihrer praktischen Umsetzung zu illustrieren.

In Kapitel 4 und 5 geht es schließlich – als Schwerpunkt dieser Arbeit – um die Kolonialgeschichte Togos unter deutscher Vorherrschaft, die sich im Wesentlichen zwischen 1884 und 1918/19 abspielte. Zunächst werden die klimatischen und geografischen Verhältnisse der westafrikanischen Wälder und der Savanne, die sich auch auf dem Territorium Togos befinden, und die Bedingungen beschrieben, unter denen dort aufgrund dieser Voraussetzungen Forst- und Landwirtschaft möglich sind. Sodann wird auf die ökologischen Folgen des Wirtschaftens der einheimischen Bevölkerung Togos vor der eigentlichen Kolonialzeit eingegangen, dann wendet sich die Arbeit dem Ablauf und den Folgen der deutschen Kolonialzeit in Togo zu, und zwar in wirtschaftlicher und ökologischer (Kapitel 4) sowie in „humanitär“-menschrechtlicher Hinsicht (Kapitel 5). Die Konsequenzen des deutschen Weltmachtstrebens im Zeitalter der imperialistischen Epoche werden so in ihrer ganzen Zweideutigkeit sichtbar.

Kapitel 6 thematisiert die heutige politische, wirtschaftliche und ökologische Situation in Togo, wobei in diesem Kontext vor allem die Folgen der jahrzehntelangen autokratischen Militärdiktatur zu nennen wären. Außerdem wird jedoch auch aufgezeigt, welche Zukunftschancen eine wirklich nachhaltige Politik in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht Togo bieten würde.

Kapitel 7 schließlich enthält ein summarisches Fazit des zuvor Erörterten.

## 2 Zur heutigen Situation: Die „Less Developed Countries“ (LDCs)

Um die Vergangenheit adäquat beurteilen zu können, sollte zunächst nach den Bedingungen der Gegenwart gefragt werden. Deswegen wird zunächst die heutige Situation geschildert, um danach auf die eigentliche Kolonialzeit einzugehen. Die Frage, die im Hintergrund eine Rolle spielt, ist natürlich immer, ob die Situation heute mit den geschichtlichen Entwicklungen der Vergangenheit (was sich z. B. an der Kolonialgeschichte Afrikas ablesen lässt) unmittelbar zu tun hat, oder ob nicht vielmehr die heutigen Bedingungen eher eigenständige Entwicklungen darstellen, die mit der früheren Kolonialgeschichte gar nichts mehr oder kaum noch etwas zu tun haben.

### 2.1 Der Nord-Süd-Gegensatz

Der Nord-Süd-Gegensatz ist ein *struktureller* Konflikt und bezeichnet die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Niveauunterschiede zwischen den Ländern des „Nordens“ (industrialisierte Metropolenländer) und des Südens (unterentwickelte Länder, Entwicklungsländer, „Dritte Welt“), wobei ebendiese oft starken Kontraste in den Entwicklungsniveaus diese Konflikte anheizen und verschärfen. Ursprünglich war mit diesem Konflikt ein außenwirtschaftlicher und interessenpolitischer Gegensatz gemeint; inzwischen treten auch ökologische, demografische und sicherheitspolitische Aspekte sowie die Konsequenzen der Globalisierung. (Vgl. Jäger 2004) in den Vordergrund des Interesses. (Vgl. Nohlen 2005, S. 391)

Die wichtigsten Konfliktfelder sind vor allem:

- Die Dominanz der Industrienationen im internationalen ökonomischen und politischen System (Machtkonflikt)
- Die Suche der Dritten Welt nach neuen politischen, religiösen und ideologischen Legitimationen jenseits von Kapitalismus und Kommunismus („Dritter Weg“, „Neue Weltwirtschaftsordnung“, islamischer Fundamentalismus usw.) (ideologisch-politisch-religiöse Konflikte)

- Die wirtschaftliche und technologische Kluft zwischen dem „reichen“ Norden und dem „armen“ Süden (Wirtschafts- und Ressourcenkonflikte). (Vgl. Braun 1994, S. 38)

Die geografische Einordnung der „Reichen“ in den Norden und der „Armen“ in den Süden ist teilweise ungenau und irreführend, denn nicht alle Entwicklungsländer liegen auf der Südhalbkugel der Erde und nicht alle industrialisierten Länder auf der Nordhalbkugel; diese Bezeichnung ist darum wohl mehr metaphorisch zu verstehen. Im Grunde geht es um das Konfliktverhältnis zwischen der wohlhabenden, nach kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Kriterien organisierten OECD-Welt (Industrieländer) und den Entwicklungsländern vorwiegend in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die aus dem ehemaligen „Ostblock“ hervorgegangenen Staaten werden in sozioökonomischer und politischer Hinsicht unterschiedlich eingeordnet. Diese sog. Transformations- oder Transitionsländer (Übergangsländer, womit der Übergang vom Realsozialismus zum Kapitalismus gemeint ist) gehören inzwischen teilweise zur OECD, andere wurden von der UNO (*United Nations Organization*) als Entwicklungsländer eingestuft (z. B. in Zentralasien). (Vgl. Nohlen 2005, S. 391; Brock 2004, S. 616-650)

Im Gefolge der Entkolonialisierungsbestrebungen in den 1960er Jahren und dem Entstehen neuer souveräner Staaten vor allem in Afrika, dem Nahen Osten und Asien kam der Begriff „Dritte Welt“ als Sammelbezeichnung für die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika auf. Dies diente vorwiegend als Abgrenzung gegenüber dem kapitalistischen „Westen“ und dem realsozialistischen „Osten“. (Vgl. Nohlen 2005, S. 391)

1961 wurde die „Bewegung der Blockfreien“ und 1964 die „Gruppe der 77“ gegründet. Damit wollten die Entwicklungsländer erreichen, dass ihre Interessen mehr Gehör bei den Industrieländern erlangten, als dies vorher der Fall gewesen war. Die „Blockfreien“ wollten sich zunächst nicht von dem Ost-West-Konflikt auf ideologischer und politischer Ebene „einfangen“ lassen, sondern eine unabhängige Position bewahren; sie entwickelten sich im Laufe der Zeit aber immer mehr zum Sprachrohr der Interessen des „Südens“ gegenüber dem „Norden“. Auch die „Gruppe der 77“ verstand sich als ein Sprachrohr der Dritten Welt, wobei dieses nun-

mehr selbstbewusstere Auftreten auf den neuen Mehrheitsverhältnissen innerhalb der Generalversammlung der UNO beruhte (quantitatives Übergewicht der Entwicklungsländer) und auf dem Umstand, dass die Entwicklungsländer zunehmend in der Lage waren, den Konferenzen und Organisationen der Vereinten Nationen (z. B. UNCTAD, UNESCO) ihren Stempel aufzudrücken. Freilich wurden damit letztlich doch nicht die strukturellen Veränderungen in Weltwirtschaft und -politik erreicht, welche die Entwicklungsländer anstrebten. (Vgl. Nohlen 2005, S. 391; Brock 2004, S. 618 ff.)

Der „Ölpreisschock“ von 1973/74 machte den Industrieländern mit einem Schlag klar, dass sie von den Rohstoffvorkommen von außerhalb in extremem Maß abhängig waren. Ebendiese Rohstoffabhängigkeit der Industrieländer wollten die Entwicklungsländer als Vehikel benutzen, um Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO), gerechteren Rohstoffpreisen, nach technologischem und finanziellem Ressourcentransfer etc. durchzusetzen. 1974 verabschiedete die UNO-Vollversammlung sogar ein Aktionsprogramm zur Errichtung einer NWWO. (Vgl. Braun 1994, S. 181 ff.) zugunsten der Entwicklungsländer (9. 5. 1974). Zwar konnten in der Folge auch tatsächlich kleinere Verbesserungen erreicht werden, die Dominanz der Industrieländer blieb aber dennoch im Großen und Ganzen unangetastet. (Vgl. Bohlen 2005, S. 392 f.)

In den 1980er Jahren trat eine wachsende Differenzierung der Dritten Welt in „Aufsteiger“- und „Absteiger“-Länder ein, in Wachstums- und Krisenregionen. Dabei zählte Südostasien zu den Gewinnern, währenddessen Lateinamerika und Afrika in dieser Zeit eine Art Dauerrezession und einen z. T. schwerwiegenden wirtschaftlichen Niedergang durchmachten. Daraus entwickelte sich ebenso eine rasante *Verschuldungskrise* vieler krisengeschüttelter Entwicklungsländer. (Vgl. Braun 2005, S. 198 ff.), die dadurch in Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank gerieten, die ihrerseits von den Industrieländern, in Sonderheit den USA, dominiert werden; „Strukturanpassung“ war angesagt, von einer NWWO war keine Rede mehr. (Vgl. Nohlen 2005, S. 393 f.)

Seit den 1990er Jahren werden die Dritte-Welt-Länder, die zu den am wenigsten entwickelten (sog. LDCs, „Less Developed Countries“) zählen<sup>1</sup>, zunehmend als „Gefahrenherde“ und als „Risikoregionen“ identifiziert: Dabei sind folgende Faktoren entscheidend:

- Die drohende Zerstörung ökologischer Nischen (Regionen) und die Beeinträchtigung der globalen Ökosysteme
- Die anschwellenden Migrationsströme aus dem Süden in den Norden, die den Süden aus der Sicht des Nordens im wachsenden Maße zu einer „*Chaosmacht*“<sup>2</sup> werden lassen
- Schließlich die Gefahr einer Weiterverbreitung (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen in der Dritten Welt. (Vgl. Nohlen 2005, S. 394)

## 2.2 Definition der „LDCs“, der „Schwellenländer“ und die Frage der „Nachhaltigkeit“

Die Definition dessen, was *Entwicklungsländer* (*Less Developed Countries*) sind, ist nach wie vor Gegenstand von wissenschaftlichen Kontroversen. (Vgl. Nohlen 2000, S. 233 ff.) Ob ein Land als „Entwicklungsland“ eingestuft wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie *Unterentwicklung* gesehen wird: ob als aktueller *Zustand* oder als *Struktur*, die wiederum mit der globalen Wirtschaftsstruktur und den internationalen politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu tun hat. (Vgl. Jäger/Novy 2003, S. 91–102) Entwicklungsländer werden dann entweder – erstens – mittels Kennzahlen der wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung oder – zweitens – über die Art und Weise ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung und deren Konsequenzen sowohl auf begrifflicher als auch auf politischer Ebene definiert und charakterisiert. (Vgl. Nohlen 2000, S. 233)

---

<sup>1</sup> Im Fortgang der weiteren Betrachtung werden unter „unterentwickelten Ländern“ bzw. „Ländern des Südens“ vor allem diese LDCs

verstanden, um begriffliche Unschärfen möglichst zu vermeiden.

<sup>2</sup> Dies ist ein Ausdruck von Senghaas (1988, S. 170).

Theorien, die den niedrigen Stand der Produktivkräfte als entscheidend dafür ansehen, dass ein Land zu den Entwicklungs- und nicht zu den fortgeschrittenen (entwickelten) Industrieländern zählt, führen dies entweder primär auf ökonomische (wirtschaftswissenschaftliche Perspektive) oder auf soziokulturelle (entwicklungssoziologische Perspektive) Ursachen bzw. Faktoren zurück. (Vgl. Nohlen 2000, S. 233) Die wichtigsten wirtschaftlichen Merkmalsausprägungen von Entwicklungsländern sind im Wesentlichen folgende:

- Geringes Pro-Kopf-Einkommen
- Niedrige Spar- und Investitionstätigkeit
- Geringe Kapitalintensität, gemessen am Kapitalaufwand pro Beschäftigtem
- Geringe Arbeitsproduktivität
- Mangelnder (technischer) Ausbildungsstand
- Unzureichendes Know-how von Unternehmensleitungen und Management
- Vorherrschaft des primären<sup>3</sup> Wirtschaftssektors in folgenden Formen:
  - a) Beschäftigungsverhältnisse überwiegend in der Landwirtschaft,
  - b) Dominanz von relativ wenigen Produkten des Primärbereichs in der Produktionsstruktur, teilweise Monostrukturen (z. B. Kaffeeanbau, Bananen, Zuckerrohr o. Ä.)
- Unzureichende oder fehlende Infrastruktur (Vgl. Nohlen 2000, S. 233 f.; Woyke 2005, S. 85 f.)

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sowie internationale Gremien (vgl. UNDP [erscheint jährlich]; Weltentwicklungsbericht 1978 ff.) ermitteln den Grad der Unterentwicklung eines Entwicklungslandes anhand bestimmter *sozialer Indikatoren*. Diese Indikatoren sind im Einzelnen:

- Lebenserwartung bei der Geburt und Kindersterblichkeitsrate bis zum 4. Lebensjahr als Indikator für den schlechten allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung.
- Kalorien und Proteinaufnahme pro Tag als Indikator für den Grad der Unterernährung.

---

<sup>3</sup> Der primäre Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, der sekundäre das verarbeitende Gewerbe, der tertiäre Dienstleistungen im weitesten Sinne.

- Analphabetenrate bei der erwachsenen Bevölkerung.
- Desertionsquote (Fernbleiben von Bildungseinrichtungen) als Indikator für die unzureichenden Leistungen im Bereich des Erziehungs- und Ausbildungswesens. (Vgl. Nohlen 2000, S. 234)

Weitere Merkmalsausprägungen der Unterentwicklung von Entwicklungsländern sind:

### **Sozialdemografische Merkmale**

- Neben der oben schon erwähnten geringen Lebenserwartung und hohen Kindersterblichkeit ist dies die sog. „Bevölkerungsexplosion“ als Folge zurückgegangener Sterbeziffern (was allerdings zur geringen Lebenserwartung im Widerspruch steht) und nur allmählich abnehmender Geburtenziffern (Faktor fehlende Altersvorsorge!) mit der Konsequenz, dass ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung aus Kindern und Jugendlichen/jungen Erwachsenen besteht.
- Starke Wanderungsbewegungen in großstädtische Ballungsräume (Landflucht, Verslumung der Großstädte, Entstehung von „Megacitys“ etc.). (Vgl. Woyke 2005, S. 89; UN-Habitat 2003; Davis 2005, S. 44–52)

### **Ökologische Merkmale**

- Stellenweise armutsbedingter Raubbau an den natürlichen Ressourcen und Zerstörung empfindlicher Ökosysteme (sog. Desertifikation, Entstehung von „Wüsteneien“) mit globalen Konsequenzen auf das Weltklima (bspw. Vernichtung der Tropenwälder, der „grünen Lungen“ der Erdatmosphäre). (Vgl. Woyke 2005, S. 86)

### **Soziokulturelle und politische Merkmale**

- Starke Fixierung der Menschen auf Primärgruppen (Großfamilie, Clans, Bindung an Menschen gleicher ethnischer Herkunft, etc.), geringe Bindung an „abstraktere“ Einheiten wie staatliche Institutionen, Nation usw.
- Geringe soziale Rollendifferenzierung, gering ausgeprägte soziale Mobilität
- „Bad governance“, d. h. autoritär strukturierte und zugleich „schwache“ Staaten (schwach ausgeprägtes staatliches Gewaltmonopol, stellenweise

Tendenzen des Staatszerfalls), verbunden mit Menschenrechtsverletzungen, mangelnder Durchsetzungsfähigkeit politischer Programme, hoher Grad an Korruption usw.

- Zahlreiche gewaltsam ausgetragene Konflikte nach innen (soziale und ethnische Konflikte werden mit Waffengewalt ausgetragen, Bürgerkriegssituation) und nach außen (z. T. willkürliche Grenzziehungen, die noch aus der Kolonialzeit stammen, hohe Rüstungsimporte aus den Industrieländern), Bildung starker Flüchtlingsströme. (Vgl. Woyke 2005, S. 86)

Diese Merkmalsausprägungen von Unterentwicklung in Entwicklungsländern verstärken und schaukeln sich gegenseitig hoch, sodass ein Teufelskreis der entwicklungshemmenden Faktoren entsteht (Armut, Hunger, Bürgerkriege, Flüchtlingsbewegungen, geringe wirtschaftliche Effizienz etc.), aus dem zu entkommen immer mehr Entwicklungsländern äußerst schwer fällt. (Vgl. Woyke 2005, S. 86)

Innerhalb der Entwicklungsländer ist teilweise noch eine „*Hierarchie der Unterentwicklung*“ entstanden, sodass man stellenweise schon nicht mehr von der „Dritten Welt“, sondern gar von der „Vierten Welt“ spricht. Die „Ärmsten der Armen“ werden von der UNO als die „*am wenigsten entwickelten Länder*“ (*Least Developed Countries – LDC*) bezeichnet. (Vgl. Woyke 2005, S. 87)

*„Nachdem bei der Einstufung ursprünglich drei Kriterien – jeweils fortgeschriebenes, sehr niedriges durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen, Industrieanteil von höchstens 10 % am BIP<sup>4</sup> sowie Alphabetisierungsrate von höchstens 20 % – verwandt wurden, sind seit 1991 die beiden letztgenannten Kriterien als Indizes für wirtschaftliche Diversifizierung und Lebensqualität ausdifferenziert worden. Der Index für Lebensqualität umfasst Lebenserwartung, Kalorienverbrauch pro Kopf, Einschulungsrate in Primar- und Sekundarschulen sowie Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen. Darüber hinaus hat der VN<sup>5</sup>-Ausschuss für Entwicklungsplanung vorgeschlagen, dass nur Länder bis zu 75 Mio. E(inwohner) für die LDC-Einstufung in Betracht kommen.*

---

<sup>4</sup> Bruttoinlandsprodukt.

<sup>5</sup> Vereinte Nationen.

Z. Z. sind knapp 50 Länder als LDC anerkannt, wobei der Schwerpunkt in Afrika liegt und Lateinamerika nur mit Haiti vertreten ist.“ (Woyke 2005, S. 87).

Bilden die LDCs die unterste Kategorie der Entwicklungsländer, so stellen die sog. *Schwellenländer* (*Newly Industrializing Countries, Emerging Markets*) gleichsam die „Oberschicht“ der Entwicklungsländer dar. Die VR China, Brasilien oder die sog. „Tigerstaaten“ in Südostasien (Indonesien, Malaysia, Thailand usw.) stellen die wichtigsten Vertreter dieser Schwellenländer dar, die, wie der Name schon sagt, auf dem besten Weg sind, den Status des Entwicklungslandes zu verlassen und in die Riege der Industrieländer aufzusteigen. Bei der Bewertung der statistischen Kennziffern dieser Länder ist jedoch äußerste Vorsicht geboten, weil die Erfassung des Entwicklungsstandes eines Landes auch mit konkreten Interessen verknüpft ist (z. B. fallen bestimmte Vergünstigungen weg, wenn man nicht mehr als LDC oder als Entwicklungsland allgemein eingestuft wird). (Vgl. Woyke 2005, S. 87)

Neben den *endogenen* (wenn man so will, „selbst verschuldeten“) Ursachen von Unterentwicklung (wie z. B. Bürokratie, Korruption, ineffiziente Regierungsformen, dysfunktionale nationale Eliten etc.) existieren auch noch *exogene* Faktoren, die sich dem Einfluss der Entwicklungsländer entziehen. Zum Beispiel kann eine ungünstige Platzierung in der internationalen Arbeitsteilung ein Land daran hindern, sich angemessen zu entwickeln, weil seine Produktionsstruktur einseitig auf den Weltmarkt und auf die Produktion für die Industrieländer ausgerichtet ist (einseitige Exportorientierung). Der Wirtschaftskreislauf eines Entwicklungslandes ist nicht in sich geschlossen, weil wichtige Sektoren fehlen (Konsum- und Investitionsgütersektor) oder lediglich schwach ausgeprägt sind. Wirtschaft und Gesellschaft von Entwicklungsländern sind *strukturell heterogen*, die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren weisen weit auseinanderklaffende Entwicklungsstände auf, die soziale Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, es fehlt ein ausgeprägter Mittelstand usw. Dies ist im Wesentlichen das, was die sog. *Dependenztheorien* aussagen, die davon ausgehen, dass es aus strukturellen weltwirtschaftlichen Gründen praktisch unmöglich ist, jemals den Status des Entwicklungslandes zu verlassen. (Vgl. Nohlen 2000, S. 234; Furtado 1978, S. 316-334) Als Folge davon plädieren diese Theorien dafür, zeitweilig sich vom Weltmarkt abzu-

koppeln, um eine autonome, von außen möglichst unabhängige Entwicklung im eigenen Land einzuleiten. (Vgl. Woyke 2005, S. 88) Ob dies angesichts der engen weltwirtschaftlichen Verflechtungen überhaupt noch möglich ist, sei dahingestellt; der Versuch realsozialistischer Länder, dies zu tun, ist jedenfalls kläglich gescheitert. (Vgl. Kaiser/Wagner 1988, S. 134 ff.)

Ein Spezifikum der Dependenztheorien ist es, dass sie eine *strukturalistische* Sicht der Unterentwicklung bieten, d. h. dadurch, dass sie die Weltmarktabhängigkeit betonen, in deren Kontext es zu den oben erwähnten strukturellen Verwerfungen und heterogenen Entwicklungen *innerhalb* eines Entwicklungslandes kommt, gelangen sie mitunter auch zu anderen Einschätzungen unter welchen Bedingungen ein Land als Entwicklungsland einzustufen ist oder nicht. Zum Beispiel Länder, die zwar über ein relativ hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügen (etwa Venezuela), die aber aufgrund ihrer Produktions- und Sozialstruktur über ein erhebliches Maß an Heterogenität verfügen, sind nach traditionellen Kriterien nicht als Entwicklungsland einzuordnen, aus dependenztheoretischer Sicht ggf. aber sehr wohl. (Vgl. Nohlen 2000, S. 234) Allerdings lässt sich auch generell sagen, dass die Dependenztheorie aufgrund ihres thematischen Schwerpunkts der Betrachtung der Weltmarktabhängigkeit von Entwicklungsländern und von politökonomischen Fragestellungen den Themen „Ökologie“ und „Nachhaltigkeit“ in ihren Forschungen kaum oder gar keine Aufmerksamkeit gewidmet hat. (Vgl. Novy 2005)

Im Gegensatz zu Anhängern der Dependenztheorien, die meistens marxistischer Provenienz sind, gehen Vertreter der sog. *Modernisierungstheorie* davon aus, dass die Unterentwicklung der Entwicklungsländer nur dann behoben werden kann, wenn ebendiese Länder eine *nachholende Modernisierung* durchlaufen, d. h. sich am westlichen Standard der Industrieländer orientieren sollen und interne Strukturen entwickeln, wie sie in den Industrieländern vorherrschen. M. a. W.: Die Entwicklungsländer sollen die Entwicklungsstadien quasi im Zeitraffer wiederholen, für die die Industrieländer rund 200 Jahre benötigt haben. Empfohlen werden daher von den Modernisierungstheoretikern eine Forcierung der wirtschaftlichen Dynamik, hohe Wachstumsgewinne sowie die möglichst enge Anbindung an den Weltmarkt (exportorientierte Entwicklung). Für diese Theoretiker dürfte momen-

tan die Wirtschaftspolitik der VR China geradezu vorbildlich sein, weil sie – zumindest in großen Teilen – exakt ihren Vorstellungen entspricht; die sozialen Schattenseiten dieser „Schockmethoden“ freilich werden von den Modernisierungstheoretikern nicht so gerne erwähnt. (Vgl. Woyke 2005, S. 88; Nuscheler 2004, S. 122 ff; Riegel 1976)

Was spielt das Kriterium der „Nachhaltigkeit“ in diesem Kontext für eine Rolle? Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien) tagte, definierte in ihrer „Agenda 21“ ein umfassendes Aktionsprogramm für ein „Jahrhundert der Ökologie“, welches sich am Leitbild einer *nachhaltigen* Entwicklung orientieren sollte; Grundlage dafür war der schon erwähnte „Brundtlandt-Bericht“<sup>6</sup>. Allerdings, so ist nach Nuscheler (2004, S. 382) zu konstatieren, ist dieser Begriff der Nachhaltigkeit inzwischen zu einem „*semantischen Chamäleon*“ verkommen, der je nach Bedarf mit fast beliebigem Inhalt gefüllt werden kann. Ursprünglich war aber laut UNCED damit gemeint: *„Auf lange Sicht dürfen einzelne Gesellschaften und die Weltgesellschaft nicht vom Kapitalstock, sondern nur von den Zinsen leben.“* (Nuscheler 2004, S. 382)

Es ist ferner (leider) zu konstatieren, dass folgende *„Syndrome des globalen Wandels“* (Nuscheler 2004, S. 385) sich vor allen Dingen in der südlichen Hemisphäre und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS) abspielen:

- Das *Sahel-Syndrom* bedeutet die landwirtschaftliche Übernutzung marginaler Standorte in Kombination mit ländlicher Armut.
- Das *Raubbau-Syndrom* bedeutet den (noch weitgehend ungebremsten) Raubbau an den natürlichen Ökosystemen.

---

<sup>6</sup> Der Begriff „sustainable development“ (nachhaltige bzw. dauerhafte Entwicklung) geht auf den Brundtlandt-Bericht von 1987 zurück, wo es (in der deutschen Übersetzung) heißt: *„Unter >dauerhafter Entwicklung< verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen... Die Möglichkeit kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, ist durch Umweltzerstörung in den Industrieländern ebenso gefährdet wie durch Umweltvernichtung durch Unterentwicklung in der Dritten Welt.“* Brundtlandt-Bericht 1987, S. XV. hrsg. von Volker Hauff, Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. XV.

- Das *Landflucht-Syndrom* dokumentiert das Wohlstands- und Entwicklungsgefälle zwischen Stadt und Land in den betreffenden Ländern.
- Das *Grüne-Revolutionen-Syndrom* stellt eine Politik der unangepassten Agrarentwicklung dar.
- Das *Kleine-Tiger-Syndrom* bedeutet die Vernachlässigung ökologischer Standards als Konsequenz eines hochdynamischen Wirtschaftswachstums.
- Das *Favela-Syndrom* ist der Vorgang der Umweltgefährdung und der sozialen Verelendung durch eine unregelmäßige Urbanisierung.
- Das *Aralsee-Syndrom* stellt den Vorgang der Umweltzerstörung durch zentral geplante und ohne Rücksicht auf ökologische Belange durchgesetzte Großprojekte dar.
- Das *Massentourismus-Syndrom* schließlich meint die Schädigung von Naturräumen durch einen Tourismus, der eben nicht „sanft“ verfährt bzw. geregelt wird. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 385)

Darüber hinaus sind die Länder des Südens vor allen Dingen durch folgende akuten Problemlagen in ökologischer Hinsicht sehr gefährdet:

- Verarmung der Artenvielfalt als Krise der Biosphäre. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 386 f.)
- Verschwinden der Tropenwälder – ein Problem, das schon durch die kolonialwirtschaftliche „Inwertsetzung“ mit hervorgerufen wurde, wie noch demonstriert werden wird (in Westafrika sollte bspw. Platz für Kakaopflanzen geschaffen werden). (Vgl. Nuscheler 2004, S. 387)
- Gefährdung der Böden und der Ernährungsbasis (z. B. durch Überweidung durch zu dichten Viehbesatz, durch wachsenden Bevölkerungsdruck, durch künstliche Bewässerung in Trockengebieten, durch Desertifikation, d. h. durch Bodenerosion mittels Überweidung, Übernutzung oder Entwaldung)
- Die Umweltflucht vieler Menschen wird durch die Desertifikation hervorgerufen, d. h. durch Verwüstung ihrer Siedlungsgebiete verlieren diese Menschen ihre Existenzbasis. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 390-392)

- Die zunehmende Wasserverknappung in vielen Gegenden der Erde könnte zu regelrechten „Wasserkriegen“ führen. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 393 ff.)

Dieser Entwicklungen eingedenk, bedarf es in der Tat einer ernst zu nehmenden nachhaltigen Entwicklung, die diesen Namen auch verdient und nicht zur bloßen Worthölse verkommen will. Dafür müssen auch die „reichen“ Länder des Nordens in die Pflicht genommen werden, weil sie noch immer die Hauptverursacher des globalen Klimawandels sind, wenn auch die Schwellenländer in dieser Hinsicht mächtig „aufholen“. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 397 ff.; Gmelich 2007, S. 237–281)

Für eine wahrhaft nachhaltige Entwicklung, so Gmelich (2007, S. 276), müssten in erster Linie folgende Maßnahmen auf *internationaler* Ebene dringend implementiert werden:

- Integration des Themas „Umwelt“ in alle wichtigen internationalen Organisationen wie WTO (World Trade Organisation), Weltbank, IWF (Internationaler Währungs-Fonds) usw.
- Das UNEP (United Nations Environmental Programme) müsste ausgebaut und sowohl finanziell wie personell besser ausgestattet werden.
- Die Gründung einer Weltumweltorganisation analog z. B. zur WTO wäre ebenso dringend empfehlenswert.

## 3 Entwicklungspolitik und ihr Verhältnis zu „Nachhaltigkeit“ und „Umwelt“

### 3.1 Definition „Entwicklungspolitik“

Unter *Entwicklungspolitik* sind alle politischen Anstrengungen, Maßnahmen und Mitteleinsätze zu verstehen, die sowohl von den Entwicklungsländern selbst als auch von den Metropolenländern unternommen bzw. versucht werden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern und zu unterstützen. Entwicklungspolitik beruht auf bestimmten Annahmen bzw. Prämissen, auf politischen Zielsetzungen innerhalb der nationalen und internationalen Öffentlichkeit sowie von privaten Organisationen, NGOs (= Nichtregierungsorganisationen) usw., die ständig neu formuliert und diskutiert werden: Dann erst kann es zur Durchführung der Entwicklungspolitik kommen. Die Durchführung wiederum bedarf organisierter Trägergruppen sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern und eines Instrumentariums, das den jeweiligen Zielsetzungen der Entwicklungspolitik angepasst ist. (Vgl. Nohlen 2000, S. 235)

Die Entwicklungspolitik umfasst eine Reihe von Instrumentarien, zu denen auch die Entwicklungshilfe zählt. Kaiser/Wagner schreiben dazu:

*„Ziel der Entwicklungspolitik ist es, einen Zustand, der allgemein als Unterentwicklung bezeichnet wird, zu verändern. Ein Mittel oder Instrument hierzu stellt die Entwicklungshilfe dar. Im weiter gefassten Sinne stellen auch das >Integrierte Rohstoffprogramm<, die Verwirklichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, Handelsabkommen usw. Maßnahmen dar, die den genannten Zielsetzungen dienen können und sich folglich als entwicklungspolitische Instrumente interpretieren lassen.“*  
(Kaiser/Wagner 1988, S. 191)

Schon der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974, Erhard Eppler, betonte die Unerlässlichkeit und notwendige Selbstständigkeit der Entwicklungspolitik. Für ihn zielte die Außenpolitik vor allem auf „die Selbst-

*behauptung in der Welt von heute“*, während *„der Entwicklungspolitik die Behauptung in der Welt von morgen“* zukomme. (Vgl. Kaiser/Wagner 1988, S. 191)

Solange die Entwicklungspolitik jedoch lediglich nationalen außenpolitischen oder (außen-)wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird bzw. als deren bloßes Anhängsel fungiert, kommt die ausgleichende Gestaltung der Zukunft in dieser „Lesart“ in jeder Hinsicht zu kurz. Entwicklungspolitik ist darum nicht bloß die Bereitstellung menschlicher, materieller oder monetärer Ressourcen zur Behebung oder Milderung der Unterentwicklung, sondern fordert auch dazu heraus, Wertvorstellungen und Leitbilder zu überdenken und ggf. infrage zu stellen. (Vgl. Kaiser/Wagner 1988, S. 191)

Aber die Entwicklungspolitik steht nicht nur in Zusammenhang mit der Außenpolitik, sondern durchaus auch mit der Innenpolitik. Eine pluralistische Gesellschaft kennt eine Vielzahl von Interessengruppen, die alle mehr oder minder darauf aus sind, Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Konkurrierende Zielvorstellungen gleichfalls in der Entwicklungspolitik sind für unsere Gesellschaft also „normal“. Es werden humanitäre, ethische und ökonomische Argumente ins Feld geführt, um bestimmte Ziele zu erreichen. Karitative oder Nichtregierungsorganisationen haben meistens das ethische Gebot der Gleichheit aller Menschen vor Augen, wenn sie entwicklungspolitische Initiativen anstoßen. Humanitäre Ziele finden auch in den Präambeln westlicher Regierungsprogramme bezüglich der Entwicklungspolitik oft Erwähnung. Kurzfristige Hilfsmaßnahmen bei Naturkatastrophen (Erdbeben, Tsunamis, Hungersnöte bei Trockenheit usw.) sind Reflex dieser ethisch-humanitären Ausrichtung, wobei die Linderung der aktuellen Notlage im Vordergrund steht. (Vgl. Kaiser/Wagner 1988, S. 191 f.)

Andererseits – und das soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden – stehen altruistischen Motivationen oft massive Interessen von Wirtschaftsverbänden gegenüber. Dabei werden in den ökonomischen Argumenten oft die positiven Seiten wirtschaftlicher Einflussnahme in den Vordergrund gestellt. Wirtschaftliches Engagement der Industrieländer in den Entwicklungsländern fördere die positive Einstellung der Nehmerländer gegenüber den Geberländern, heißt es. Gleichzeitig wird recht unverhohlen gesagt, dass Entwicklungspolitik der Sicherung der

Rohstoff- und Energiequellen der Entwicklungsländer für die Industrieländer dienen. Die Exportindustrie der Industrieländer kann sich neue Absatzmärkte in den Entwicklungsländern erschließen, (subventionierte) landwirtschaftliche Überschussgüter lassen sich in Entwicklungsländern absetzen, was allerdings nicht selten recht zweifelhafte Konsequenzen für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer hat. Entwicklungshilfe kann mithelfen, die Infrastruktur der Entwicklungsländer überhaupt erst zu schaffen (Verkehrs- und Kommunikationssysteme, Wasser- und Energieversorgung, etc.), was wiederum Voraussetzung dafür ist, dass sich Unternehmen aus den Industrieländern in Entwicklungsländern niederlassen (Direktinvestitionen). Der Nutzen für die Entwicklungsländer kann darin bestehen, dass sie die infrastrukturellen Vorleistungen mehr oder minder kostenlos erhalten und die Aufnahme der Produktion positive Folgeeffekte (zusätzliche Beschäftigung, Einkommen, Ausbildung, usw.) zeitigt. (Vgl. Kaiser/Wagner 1988, S. 192)

Aus Sicht der Entwicklungsländer sieht die Sachlage allerdings etwas anders aus. Materielle und finanzielle Transfers vom Norden (d. h. von den industrialisierten Ländern) in den Süden (d. h. in die Entwicklungsländer, die sich vor allem auf dem südlichen Teil der Erdkugel konzentrieren) werden größtenteils als Wiedergutmachung für die koloniale Ausbeutung in der Vergangenheit interpretiert. Schon 1963, anlässlich der Gründung der OAU (= Organisation of African Unity), formulierte der Ägypter Nasser<sup>7</sup> ein von den Entwicklungsländern oft wiederholtes Argument gegenüber den Industrieländern des Nordens:

*„Das moralische Argument lautet: Entwicklungshilfe als Form der Entwicklungspolitik ist als eine Art Steuer zu verstehen, die die Kolonialmächte für die Ausbeutung und Plünderung in vergangener Zeit zu bezahlen haben. Die moralische Pflicht zu einer solchen Entschädigung (compensation) ergibt sich daraus, dass die heutige Situation der Entwicklungsländer durch diese Ausbeutung bedingt und von ihren Verursachern mitzutragen ist.“* (Kaiser/Wagner 1988, S. 193)

---

<sup>7</sup> Nasser, in den 1950er und 1960er Jahren ägyptischer Staatspräsident, verursachte 1956 die sog. „Suezkrise“. In deren Folge der Suezkanal vom ägyptischen Staat verstaatlicht wurde. Nasser verstarb 1970. Vgl. Kienitz 1957, S. 48 f.

Schon 1974 wurde in einer UN-Vollversammlung eine Grundsatzerklärung verabschiedet, die die wichtigsten Forderungen der Entwicklungsländer an die westlichen Industrieländer beinhaltete. Hinter dem Schlagwort einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ verbargen sich vielfältige Erwartungen, wie z. B. der gerechte Ausgleich von Benachteiligungen der Entwicklungsländer durch vermehrte öffentliche Entwicklungshilfe, ein verstärktes Stimmrecht der Entwicklungsländer im IWF und Weltbank, ein umfassendes Rohstoffprogramm, verbesserte Marktzugänge zu Märkten der Industrieländer, etc. Aber diese Vorstellungen stießen auf erhebliche (v. a. finanzielle) Bedenken und Vorbehalte der Geberländer. (Vgl. Sutor 1994, S. 480 f.)

### **3.2 Geschichte der Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland nach 1990 – ein kurzer Abriss**

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland kann in zwei Phasen eingeteilt werden: in die Zeit der kapitalistisch-kommunistischen „Systemkonkurrenz“ bis 1989, d. h. der Ost-West-Konfrontation, und in die Zeit danach (seit 1990), die unter dem Zeichen des Siegeszuges der kapitalistischen Globalisierung steht. (Vgl. Nuscheler 1999, S. 9–22; Hergarten 2010)

Nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ und der realsozialistischen Regime sowie dem damit zusammenhängenden Ende des Kalten Krieges schienen sich für die deutsche Entwicklungspolitik völlig neue Perspektiven zu ergeben:

Es eröffneten sich zunächst neue Chancen für eine Konversionspolitik, d. h. für ein Umschmieden der „Schwerter zu Pflugscharen“. Prominente Vertreter einer Friedens- und Entwicklungspolitik in diesem Sinne (etwa Willy Brandt, Richard von Weizsäcker) waren der Meinung, dass das Ende des Kalten Krieges eine „Friedensdividende“ erbringt. Da nun Einsparungen in den Rüstungsetats möglich sind, könnten diese frei werdenden Mittel in die Entwicklungshilfe eingebracht werden. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 29)

Darüber hinaus eröffnete die Überwindung der kommunistisch-kapitalistischen Systemkonkurrenz die Option, dass das Gerangel um Einflusszonen in der Dritten

Welt nun zu einem Ende kommen und die „Notwendigkeit“ zur Unterstützung von korrupten Diktaturen, nur weil sie als antikommunistisch galten, nun entfallen würde. Die Rechtfertigung, linke oder rechte Diktaturen zu subventionieren, nur weil sie aus sicherheitspolitischer Sicht von Relevanz seien, war nicht mehr gegeben. So brachen zu Beginn der 1990er Jahre Militär- und Einparteiensysteme unter dem Druck interner Demokratisierungsbestrebungen seitens der Bevölkerungen reihenweise zusammen, wobei diese Bestrebungen durch äußere Sanktionsandrohungen seitens der Industrieländer unterstützt wurden. (Vgl. Nuscheler 2004, S. 27 f.)

Zudem war das realsozialistische Entwicklungsmodell zusammengebrochen, das auf dem Prinzip des Staatsinterventionismus beruhte. Gründe waren, dass die Eigeninitiative und die Flexibilität der Marktmechanismen unterdrückt wurden und die Bürokratien sich aufgebläht hatten, welche die Korruption der „Staatsklassen“ beförderten. Auf der Basis des „*neoliberalen Washingtoner Konsensus*“ (Messmer 2003, S. 399) forderten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (= Bretton-Woods-Organisationen) die Entwicklungsländer zu marktwirtschaftlichen Strukturreformen („Strukturanpassungsprogramme“) auf, die u. a. folgenden Prinzipien folgen sollten: Deregulierung der Planwirtschaften, Privatisierung von Staatsunternehmen, Liberalisierung des Außenhandels, Sanierung der Staatshaushalte usw. (Vgl. Nuscheler 1999, S. 9; Tetzlaff 2000)

Die Hoffnungen auf einen „demokratischen Frühling“ in den Entwicklungsländern währten jedoch nur kurz. Denn schon vor den Umbruchjahren 1989/90 kam es zu einer (unfreiwilligen) Abkoppelung vieler Entwicklungsländer von der Dynamik der Weltwirtschaft, einer umfassenden Verschuldungskrise und einem breiten „Verelendungswachstum“, besonders auf dem „Krisenkontinent Afrika“ (vgl. Nuscheler 1995, S. 385). Nur wenige Schwellenländer in Lateinamerika, Ost- und Südostasien sowie die Ölländer konnten noch Schritt halten. In Zeiten des Ost-West-Konflikts konnten auch die „Habenichtse“ auf Unterstützung hoffen, weil sie als „Spielkarten“ im geostrategischen Interessenspiel der Supermächte galten. Nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch verloren die übrig gebliebenen kapitalistischen Metropolenmächte jegliches Interesse an diesen Ländern. Sie spielten

weltwirtschaftlich kaum eine oder gar keine Rolle und wurden mehr oder weniger absichtlich ihrem Schicksal überlassen. Moral alleine ist eben keine wirkmächtige Kraft innerhalb des politischen Ränkespiels, erst recht keine herbeifantasierte „Friedensdividende“ (vgl. Nuscheler 1999, S. 10; Brüne 1995, S. 36).

Die Folge des Zusammenbruchs des realsozialistischen Lagers war, dass zumindest bis zu den Terroranschlägen in New York und Washington im September 2001 das Nord-Süd-Problem zweifelsohne – auch wenn dies zynisch klingen mag – zu einem Randphänomen der internationalen Politik geworden ist<sup>8</sup>, und zwar u. a. aus folgenden Gründen:

Zunächst ging das Ende des Kalten Krieges mit dem wirtschaftlichen und geostrategischen Bedeutungsverlust eines Großteils der Entwicklungsländer (besonders in Afrika) einher. Zudem „entdeckten“ Sicherheitspolitiker des Westens nach dem Ende des Realsozialismus Osteuropa und den GUS-Raum als neue „Gefahrenquelle“. Da Osteuropa in den 1990er Jahren in der Tat in Gefahr stand, auf Drittweltverhältnisse in sozialer und ökonomischer Hinsicht herabzusinken, wurden Gelder für den Süden zugunsten der „Osthilfe“ umgeschichtet.

Außerdem wurden erneut Zweifel an der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe und -politik wach. (Siehe auch das „Afrika-Memorandum“ vom Oktober 2000; vgl. Engel u. a. 2000)

Es machte sich ein entwicklungspolitischer Pessimismus breit, dessen Credo in etwa lautete: Ohne wirtschaftliche und politische Strukturveränderungen und ohne Verhaltensänderungen der Eliten in den Entwicklungsländern selbst könne externe Hilfe lediglich kontraproduktiv wirken und würde die entwicklungshemmenden Faktoren eher noch verstärken. Deshalb wurde die Notwendigkeit betont, dass die Strukturanpassungsprogramme in den Entwicklungsländern erst einmal „greifen“ sollten, bevor neue Gelder flössen. In diesem Zusammenhang ergaben Umfragen, dass zwar das „Prinzip Entwicklungshilfe“ immer noch von der deutschen Bevölkerung akzeptiert wurde, aber es wuchsen die Zweifel, ob die Entwick-

---

<sup>8</sup> Besonders die USA kümmerten sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nicht mehr sonderlich um die innere Verfasstheit ihrer Koalitionspartner. Vgl. Nuscheler, 2004, S. 28.

lungsgelder tatsächlich da ankommen, wo sie wirklich benötigt werden, nämlich bei den „Ärmsten der Armen“. Die Bevölkerung empfand ein gewisses Misstrauen gegen die staatliche Entwicklungspolitik, während private Hilfswerke oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einen weitaus größeren Respekt genossen. Nicht zuletzt machten sich bei der „Dritte-Welt-Bewegung“ zunehmend Resignationserscheinungen breit, der Solidaritätseffekt der 1960er und 1970er Jahre war weitgehend verpufft. (Vgl. Nuscheler 1999, S. 11)

Aber gleichzeitig werden und wurden von sicherheitspolitischer Seite im Süden „neue Bedrohungen“ ausgemacht: Dazu gehört die Entstehung „neuer Waffenstaaten“ durch Proliferation. Diese Länder könnten mithilfe von importierten Waffentechnologien aus dem Westen und dem Osten in die Lage versetzt werden, eigene Atombomben zu bauen oder irrationale „heilige Kriege“ zu führen.

Zudem stellt der internationale Terrorismus allgemein und nicht nur in Form des islamischen Fundamentalismus eine ernsthafte Bedrohung für die westliche Welt dar. Einen ersten blutigen Höhepunkt bedeuteten sicherlich die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Dies ist zumindest die mehrheitliche Sichtweise der herrschenden politischen Eliten in der westlichen Welt.

Nicht zuletzt die neuen Massenemigrationsbewegungen vom Süden in den Norden als Folge von drückender Armut, eine steigende Zahl von Bürgerkriegen im Gefolge von Ressourcenverknappung (Erdöl, Wasser, Fischbestände usw.), Staatszerfall und ökologische Umweltkatastrophen führen nach Meinung dieser Eliten ebenso zu schwerwiegenden Sicherheitsproblemen des Nordens. (Vgl. Nuscheler 1999, S. 12 f.)

Deshalb wurde zunehmend betont, die Entwicklungspolitik müsse „präventive Sicherheitspolitik“ sein, was allerdings in einem gewissen Widerspruch dazu stand, dass die Mittelausstattung für die staatliche Entwicklungshilfe nicht in dem Ausmaß wuchs, wie die wahrgenommenen Probleme anstiegen. Im Gegenteil, angesichts der permanenten Finanzkrise des Bundes drängen die Finanzminister eher darauf, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen oder zumindest einzufrieren. (Vgl. Nuscheler 1999, S. 13)

Seit den späten 1990er Jahren herrscht entwicklungspolitisch ein großer Konsens unter den staatstragenden Parteien hinsichtlich der folgenden Ziele:

- Bekämpfung der Armut sowie die Überwindung der Hungerprobleme in den unterentwickelten Ländern;
- Verbesserung der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen (Schutz der Menschenrechte, Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit);
- Schutz der Umwelt, Prinzip der Nachhaltigkeit („sustainable development“), was besonders nach der Rio-Konferenz von 1992 (vgl. Hein 1998, S. 350 ff.) über Umwelt und Entwicklung (UNCED II) eine hohe Priorität erhielt;
- Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbildung und Bildung/Erziehung sowie
- Förderung von Friedenssicherung und Krisenprävention (vgl. Nuscheler 1999, S. 15).

### **3.3 Der organisatorische Aufbau der Entwicklungspolitik**

Entwicklungspolitik betrifft unterschiedliche Felder, worunter z. B. die Handels-, die Landwirtschafts- und die Umweltpolitik fallen. Das erfordert einen hohen Koordinationsbedarf sowie die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen. Deshalb weist die Entwicklungspolitik eine relativ große Anzahl von Akteuren auf. (Vgl. Andersen 2005, S. 54)

Die folgende Übersicht verschafft einen Eindruck über die Vielzahl der staatlichen und nicht-staatlichen Träger, die an der Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik beteiligt sind (vgl. Andersen 2005, S. 56):

<b>Relevante Akteure der deutschen Entwicklungspolitik in der Übersicht</b>	
<i>Bundesebene</i>	Parlament: AwZ, HA BMZ Andere Ministerien: AA; BMWA; BMF
<i>Länder- und Kommunenebene</i>	Initiativen und Partnerschaften der einzelnen Bundesländer und Kommunen (z. B. Rheinland-Pfalz und das Partnerland Ruanda)
<i>Finanzielle Zusammenarbeit</i>	KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau); Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DED?)
<i>Technische Zusammenarbeit</i>	GTZ
<i>Personelle Zusammenarbeit</i>	INWENT; DED
<i>Politische Stiftungen</i>	FES, KAS, HSS, FNSt
<i>Nichtregierungsorganisationen</i>	VENRO, Deutsche Welthungerhilfe, terres des hommes, Deutsches Rotes Kreuz, etc.
<i>Kirchliche Hilfsorganisationen</i>	EZE/Brot für die Welt – KZE/Misereor

**Abbildung 1: Die wichtigsten Akteure der deutschen Entwicklungshilfepolitik/Entwicklungszusammenarbeit.**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat nach der Vereinigung seinen Sitz in Bonn behalten. Offiziell ist das Ministerium „zuständig für die Planung und Umsetzung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung und trägt den staatlich finanzierten Teil zur Entwicklungszusammenarbeit bei“ (Jäger 2004, S. 23).

Vom Anspruch her ist es ein autonomes Politikressort und nicht an die aktuellen Vorgänge der Außenpolitik gebunden. Es ist auffällig, dass es das BMZ im Laufe der Jahre geschafft hat, immer mehr Kompetenzen von anderen Ministerien zu übernehmen. Aber wichtige Zuständigkeiten blieben ihm bis heute vorenthalten und gehören in den Bereich des Auswärtigen Amtes (Katastrophenhilfe), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (Belange der Weltwirtschaftsordnung) oder

zu anderen für bestimmte Materien wie Umwelt und Landwirtschaft zuständigen Ministerien. (Vgl. Andersen 2005, S. 54)

Das BMZ selbst führt direkt keine Entwicklungsprojekte durch, sondern beauftragt damit öffentliche Durchführungsorganisationen, wie z. B. die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 67)

Der Großteil des deutschen staatlichen Entwicklungsengagements liegt beim Bund. Aber dennoch spielen gemäß der föderalistischen Struktur auch die einzelnen Bundesländer und Kommunen eine gewisse Rolle, weil sie Partnerschaften mit „südlichen“ Städten oder Regionen bzw. Ländern eingehen. Diese betreiben sie in eigener Verantwortung. Ein Beispiel wäre das Bundesland Rheinland-Pfalz, das mit Ruanda eine enge Kooperation eingegangen ist. (Vgl. Andersen 2005, S. 55)

Im Rahmen der öffentlichen bilateralen Entwicklungshilfe kann zwischen „Kapitalhilfe“ bzw. Finanzieller Zusammenarbeit (FZ), „Technischer Hilfe“ bzw. Technischer Zusammenarbeit (TZ) und „Personeller Hilfe“ bzw. Personeller Zusammenarbeit (PZ) unterschieden werden. (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 211)

Die Finanzielle Zusammenarbeit besteht in der Gewährung von zinsgünstigen Krediten oder Zuschüssen aus den Mitteln der Kreditanstalt für Investitionsprojekte. Außerdem gehören allgemeine Warenhilfe, Strukturhilfen und nicht zuletzt Darlehen an Entwicklungsbanken dazu. Die 47 am wenigsten entwickelten Länder erhalten seit 1978 von der Bundesregierung nur noch Projektzuschüsse (Finanzierungsbeiträge). Die anderen Entwicklungsländer bekommen Kredite. Die Konditionen für diese Kredite richten sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Empfängerländer aus. (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 211)

Die Technische Zusammenarbeit (TZ) verfolgt vor allem das Vorhaben, „durch Vermittlung oder Mobilisierung von Kenntnissen und Fähigkeiten die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen zu erhöhen. Die Maßnahmen der TZ

knüpfen an bestehende oder von den Entwicklungsländern zu gründende Organisationseinheiten (Träger) an. Sie wird grundsätzlich als Zuschuss gewährt.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 211 f)

Die „Technische Hilfe“ ist eng mit der „Personellen Hilfe“ verknüpft, fällt doch in ihren Bereich die Entsendung von Ausbildern, Beratern, Sachverständigen und sonstigen Fachkräften, die Bereitstellung von Material und Ausrüstung für die Ausstattung der geförderten Einrichtungen oder die Aus- bzw. Fortbildung von Fach- und Führungskräften vor Ort, etc. (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 212)

Die deutschen Leistungserbringungen im Rahmen der TZ können als Beiträge zu den Partnerprojekten verstanden werden, wobei das Prinzip gilt, dass die Nutzung vorhandener Kapazitäten, geringstmögliche Einmischung und die Eigenverantwortung der Partner bzw. der Zielgruppen im Vordergrund stehen. Voraussetzung für TZ-Fördermaßnahmen ist deshalb, dass die Partner bestimmte Eigenleistungen erbringen. Denn wenn die Fördermaßnahmen auslaufen, müssen die Leistungen eigenständig aufrechterhalten werden. (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 212)

Die staatlich-bilaterale TZ wird von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) vorbereitet und durchgeführt, in besonderen Fällen auch von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) oder der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB). (Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1995/96, S. 212)

Daneben gibt es noch die *Landesentwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesländer* (z. B. Rheinland-Pfalz mit Ruanda), die sich vor allem um die Aus- und Fortbildung von Fachkräften vor Ort, um die Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern sowie um die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit kümmert. Weitere Entwicklungsziele der Landesentwicklungszusammenarbeit sind technische Zusammenarbeit/Förderung angepasster Technologien, Umweltschutz, Förderung des Gesundheitswesens sowie kulturelle Kooperation. (Vgl. BMZ 2002, S. 56 f.) Darüber hinaus verfolgen auch die deutschen *Kommunen* entwicklungspolitische Projekte, die meist in Form von Partnerschaften mit

Kommunen in Entwicklungsländern in die Tat umgesetzt werden. Schwerpunkt ist hier die Informations-, Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit. (Vgl. BMZ 2002, S. 59)

Neben den staatlichen Institutionen der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit sind es vorwiegend Nichtregierungsorganisationen (*NGOs*), die wesentliche Impulse in die Entwicklungspolitik hineintragen. Diese können gegenüber den staatlichen Instanzen relativ eigenständig agieren und bilden somit ein Gegengewicht zur staatlichen Entwicklungshilfe. Auch *Stiftungen* wie z. B. die *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* oder die *Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)* zählen zu diesen NGOs, obgleich sie aus Steuermitteln finanziert werden. Sie halten vermittels Projekten in den geförderten Ländern Kontakt zu politischen Gruppierungen auch dann, wenn dies der Bundesregierung aufgrund bestehender Entwicklungsabkommen zu bestimmten Zeitpunkten nicht möglich oder opportun erscheint. (Vgl. Chr. Müller 2005, S. 8)

Die mit Abstand größten Nichtregierungsorganisationen auf dem Feld der deutschen Entwicklungspolitik stellen allerdings die Evangelische und die Katholische Kirche mit ihren eigenen, konfessionellen Organisationen (Brot für die Welt, Misereor) dar. (Vgl. Chr. Müller 2005, S. 8)

### **3.4 Bundesdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika seit 1990 – ein kurzer Überblick**

Im Oktober 1991 stellte der damalige Entwicklungshilfeminister Spranger folgenden Kriterienkatalog für die Vergabe von Entwicklungshilfemitteln auf:

- Die Beachtung der Menschenrechte
- Die Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungsprozessen
- Die Gewährleistung von Rechtssicherheit
- Die Installierung einer „marktfreundlichen“ politischen Ordnung und
- die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns (dabei sollten die Prozentanteile der Militärausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben, das Verhältnis der Militärausgaben zu den Ausgaben für Gesundheit und

Bildung und der Anteil der Rüstungsimporte an den Gesamtimporten insgesamt berücksichtigt werden). (Vgl. Mehler 2004, S. 295)

Schwerpunkte der Afrikapolitik nach 1990 sollten folgende Bereiche sein, und zwar genau in dieser Reihenfolge:

- Armutsbekämpfung
- Umwelt- und Ressourcenschutz
- Bildung und Beschäftigung
- Förderung der privatwirtschaftlichen Schaffung von Arbeitsplätzen
- Regionale Integration. (Vgl. Engel 2000, S. 100)

Das Prinzip der Eigenverantwortung afrikanischer Staaten, das oft propagiert wurde, fand allerdings seine Grenze dort, wo ökonomische Restriktionen oder die teilweise rigiden Strukturanpassungsprogramme, die durch die internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank) für die Länder der Dritten Welt verordnet worden waren, ebendieser Eigenverantwortung im Wege standen. Auch für die „Selbsthilfe“ benötigt man nun einmal materielle Ressourcen, daran kann neo-liberale Rhetorik und die Beschwörung der „Marktkräfte“ nichts ändern. (Vgl. K. Müller 2002, S. 48 ff.)

Die „Rekonstruktion“ Afrikas sollte unter krisenpräventiven und zivilisierungspolitischen Aspekten erfolgen; gleichfalls spielte die Auslotung von Demokratisierungsperspektiven eine Rolle. (Vgl. Engel 2000, S. 104 ff.) Dies gelang teilweise auch: Im politischen Dialog mit den Entwicklungspartnern, in den Bemühungen um Demokratisierungshilfe und in der Technischen Zusammenarbeit wurden Anstöße für Krisenprävention und die Lösung von Konflikten gegeben. Hilfen für die (militärische) Demobilisierung und für die politische Dezentralisierung zeitigten erste Früchte: Schwerpunkte dieser neuen Ausrichtung der Afrikapolitik waren in den 1990er Jahren Äthiopien, Uganda und Mosambik. Ähnliche Initiativen gab es auch in der krisengeschüttelten Region um Burundi, Ruanda – wo 1994 der schrecklichste Genozid seit dem 2. Weltkrieg stattgefunden hatte – und im Kongo. Anspruch und Wirklichkeit klappten auch hier noch weit auseinander. Aber es ist immerhin anzuerkennen, dass diese afrikapolitischen Bemühungen ein neues

Selbstverständnis der Entwicklungszusammenarbeit zumindest andeuteten. (Vgl. Engel 2000, S. 106)

Schwerpunkt der Afrikapolitik Deutschlands nach 1990 blieb aber zweifellos Südafrika. 1994 war Mandela zum ersten schwarzen Staatspräsidenten Südafrikas gewählt worden, das Apartheidsregime war endgültig zusammengebrochen. Aber dies änderte nichts daran, dass deutsche Wirtschaftsinteressen in der deutschen Südafrika-Politik erst recht in Zeiten von Wirtschaftsliberalisierung und Globalisierung weiterhin die treibenden Kräfte bildeten. (Vgl. Engel 2000, S. 106)

Letztlich deutete sich mit dem (letztendlich gescheiterten) deutschen Somalia-Engagement von 1992 an, dass zur neuen Afrikapolitik im zunehmenden Maße gleichfalls die *militärische Option* gehörte. Im Rahmen von UNO-Missionen sollte sich bald in Zukunft zeigen, dass die Bundeswehr alsbald in vielen Ecken der Welt (vom Horn von Afrika bis zum Hindukusch) stationiert wurde, um friedenserhaltende oder friedens erzwingende Operationen durchzuführen. Die schon öfters angesprochene Verquickung von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik nahm in den 1990er Jahren erste schärfere Konturen an. (Vgl. Engel 2000, S. 108 ff.)

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Rot-Grün im Herbst 1998 änderte sich die Ausrichtung der Afrika-Politik lediglich dahingehend, dass die Regierung Schröder nicht so marktradikal agierte wie die Vorgängerregierung. Das Konzept der globalen Strukturpolitik im Geiste des (grün inspirierten) Nachhaltigkeitsgedankens versuchte, eine ganzheitliche Entwicklungspolitik zu verfolgen, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte miteinander ins Gleichgewicht bringen wollte. Gleichzeitig legte die Schröder-Regierung darauf Wert, den *Entschuldungs- bzw. Schuldenerlassgedanken* für die ärmsten Länder der Dritten Welt in den Vordergrund zu stellen, was die Regierung Kohl vorher noch mehr oder minder abgelehnt hatte. Die Verquickung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Vorstellungen freilich blieb erhalten, was nach der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999 immer klarer wurde.

Arbeit des BMZ wurde in den sicherheitspolitischen Diskurs mit eingebunden, was letzten Endes auch darin zum Ausdruck kam, dass das BMZ in den Kreis des Bundessicherheitsrates mit aufgenommen wurde. (Vgl. Mehler 2004, S. 297) Die

Sicherheitsinteressen der BRD auf dem Gebiet der Afrika-Politik liegen gleichfalls auf der Hand: Die wachsende Wohlstandsschere zwischen Nord und Süd, das Anschwellen der illegalen Migrationsströme aus Afrika, das Ausbreiten neuer Formen von Terrorismus und religiösen Fundamentalismus usw. sind Ausdrucksformen tendenziell steigender internationaler Instabilitäten und weltwirtschaftlicher Verwerfungen, die eine wertorientierte Außen- und Entwicklungshilfepolitik mehr denn je nötig erscheinen lassen. (Vgl. Walzer 1998, S. 169 f.)

Die bundesdeutsche Afrika-Politik nach der Wende kann *summa summarum* als wenig konsistent bezeichnet werden, sie stand im Schatten der wachsenden weltwirtschaftlichen und geostrategischen Verwerfungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Vormarsch der Globalisierung. Phänomene wie weltweite Migrationsbewegungen, internationaler Terrorismus neuen Ausmaßes, Chaotisierung und Prekarisierung der Lebensverhältnisse in vielen Ländern der Dritten Welt, in Sonderheit in Afrika, usw. bildeten den Hintergrund einer Afrikapolitik, die zweigleisig fuhr: In der 2. Hälfte der 1990er Jahre reduzierte z. B. das Auswärtige Amt (AA) seine Präsenz in Afrika, währenddessen Afrika der Schwerpunktkontinent der Entwicklungszusammenarbeit mit rund 42 % der bilateralen Mittel blieb (2001). (Vgl. Mehler 2004, S. 302) Wirtschaftlich spielt Afrika für Deutschland kaum eine Rolle, Südafrika und Nigeria allein machen mehr als die Hälfte des deutschen Außenhandels mit dem afrikanischen Kontinent aus. (Vgl. Mair 2002, S. 11) Die wenigsten wirtschaftlichen Beziehungen existieren mit den afrikanischen Staaten südlich der Sahara. (Vgl. Hofmeier 2002, S. 61) Diese marginale wirtschaftliche Bedeutung Afrikas für Deutschland spiegelt sich natürlich dann auch in der randständigen Relevanz der Afrikapolitik in der Gesamt-Außenpolitik Deutschlands wider. Darüber hinaus betreiben die diversen Bundesministerien ihre jeweils eigene Außenpolitik: Neben BMZ und AA sind dies im Wesentlichen die Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt, Verteidigung sowie für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zudem verfolgen zivilgesellschaftliche Akteure wie Kirchen, politische Stiftungen usw. und nicht zuletzt die im Bundestag vertretenen Parteien ihre jeweils von spezifischen Eigeninteressen getragenen afrikapolitischen Konzeptionen und Strategien, die eine einheitliche, kohärente Strategie sämtlicher Akteure in

Bezug auf Afrika umso unwahrscheinlicher erscheinen lassen. (Vgl. Mehler 2004, S. 303)

In diesem Chor unterschiedlicher Stimmen und Konzeptionen, die sich oft gegenseitig im Wege stehen, wird allerdings immer klarer, dass sich die Afrikapolitik Deutschlands in Zukunft mehr in eine allgemeine europäische Afrikapolitik wird „einklinken“ müssen (vgl. Mehler 2004, S. 304), wobei ein neuer Realismus Platz greifen müsste, welcher *strukturelle Stabilität*, d. h. die Fähigkeit von Gesellschaften, Gruppen, Institutionen und Individuen zum gewaltfreien Umgang mit Konflikten, in den Vordergrund afrikapolitischer Bemühungen stellen sollte. (Vgl. Mehler 2004, S. 305) Die Einbindung in multilaterale Prozesse ist dafür allerdings die unabdingbare Voraussetzung. Dies betrifft nicht zuletzt auch den Bereich der ökologisch nachhaltigen Entwicklung. (Vgl. Molt 2002, S. 77)

In der Großen Koalition von SPD und CDU/CSU unter Bundeskanzlerin Merkel hatte es allerdings eher den Anschein, dass eine „Rückkehr zum Bilateralismus“ zu befürchten war, statt dass man eine Einfügung in multilaterale Strukturen angestrebt hätte. (Vgl. Unmüßig 2005, S. 1–4)

### **3.5 Das Wirken der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)**

Nach Regierungsantritt der schwarz-gelben Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle (Entwicklungshilfeminister: Dirk Niebel von der FDP) wurde die GIZ, die „Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“, gegründet. Ihre Aufgabe ist es, die Kompetenzen von Deutschem Entwicklungsdienst (DED), Deutscher Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Inwent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) zu bündeln und unter einem Dach zu vereinen. Die GIZ hat am 1. 1. 2011 ihre Tätigkeit aufgenommen. (Vgl. GIZ 2011, o. S.)

In der Selbstdarstellung der GIZ heißt es u. a.:

*„Effizient, wirksam und partnerorientiert – so unterstützen wir Menschen und Gesellschaften in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern dabei, eigene Per-*

*spektiven zu entwickeln und ihre Lebensbedingungen zu verbessern ... Als Bundesunternehmen unterstützen wir die Bundesregierung bei der Erreichung ihrer Ziele in der Internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung. Weltweit aktiv sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit.“ (GIZ 2011, o. S.)*

Es geht der GIZ darum, dass die (z. B. afrikanischen) Entwicklungshilfe-Partner ihre längerfristigen Entwicklungsziele weitgehend *selbstständig* erreichen sollen. *„Dafür bieten wir nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an. Mit unserem ganzheitlichen, an Werten orientierten Vorgehen stellen wir die Teilhabe aller Beteiligten sicher. Dabei handeln wir immer im Sinne unseres Leitbildes für nachhaltige Entwicklung. In unserer Arbeit berücksichtigen wir politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte und unterstützen so unsere Partner bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. So wird Entwicklung wirkungsvoll mitgestaltet.“ (GIZ 2011, o. S.)*

Die Arbeitsfelder der neu geschaffenen GIZ sind sehr unterschiedlich:

- Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- Aufbau von Staaten („nation building“) und Förderung der Errichtung demokratischer Strukturen
- Förderung von Frieden, Sicherheit und Wiederaufbau
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung
- Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung
- Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz (Vgl. GIZ 2011, o. S.)

Außerdem unterstützt die GIZ nach eigenem Bekunden ihre Entwicklungspartner in der EZ (Entwicklungszusammenarbeit) bei der Implementierung von Entwicklungsaufgaben durch Bereitstellung von Management- und Logistikdienstleistungen. In Notsituationen führt die GIZ ebenso Nothilfe- und Flüchtlingsprogramme durch. Sie ist ein anerkannter Träger des Entwicklungsdienstes und entsendet Fachkräfte als EntwicklungshelferInnen in die jeweiligen Partnerländer. (Vgl. GIZ 2011, o. S.)

Zu den Aufgaben der GIZ gehören ferner die folgenden Punkte:

- Beratung von Auftraggebern und Partnern hinsichtlich strategischer und konzeptioneller Fragen
- Vermittlung integrierter und rückkehrender Fachkräfte
- Förderung der Netzwerkbildung und des Dialogs von Akteuren der internationalen Kooperation
- Weiterbildung von Partnerfachkräften
- Ermöglichung von Optionen für junge Menschen, weltweit (Berufs-) Erfahrungen zu sammeln (Austauschprogramme für junge Berufstätige), (vgl. GIZ 2011, o. S.)

Der mit Abstand wichtigste Auftraggeber der GIZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); jedoch ist die GIZ auch noch für das Auswärtige Amt, das Bundesumweltministerium sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung tätig. Weitere Kooperationspartner sind die Bundesländer, die Kommunen sowie öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland. (Vgl. GIZ 2011, o. S.)

Die GIZ entfaltet Aktivitäten in 130 Ländern der Erde; in Deutschland selbst hat sie Dependancen in fast allen Bundesländern. Die GIZ hat ihre Hauptsitze in Bonn und Eschborn (wo früher die GTZ ihren Sitz hatte). Global beschäftigt die GEZ ca. 17.000 MitarbeiterInnen, wovon 60 % einheimische Kräfte sind. Darüber hinaus sind für die GIZ 1135 EntwicklungshelferInnen, 750 integrierte und 324 rückkehrende Fachkräfte tätig. Hinzuzählen muss man ebenso 700 Fachkräfte in Partnerorganisationen und 850 weltweit eingesetzte Freiwillige. Die GIZ weist einen Umsatz von ca. 1,9 Mrd. Euro auf (Stand: Dezember 2010). (Vgl. GIZ 2011, o. S.)

Die GIZ ist in erster Linie dazu da, vor allem die Aktivitäten von GTZ und DED zu bündeln, um damit Synergien zu schaffen und Konkurrenzgerangel zu verhindern; außerdem stehen Einspareffekte durch diese Zusammenlegung zur Debatte (zumindest erhofft man sich diese von Seiten der schwarz-gelben Regierung).

Ogleich sich die GIZ zu 100 % im Besitz des Bundes befindet, ist der Gedanke eines *betriebswirtschaftlich orientierten Managements* in ihrem Profil deutlich erkennbar. Die schwarz-gelbe Regierung versucht mit der Installierung der GIZ offenbar, wieder vermehrt die Koordinierung von außenwirtschaftlichen Interessen und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern bzw. optimaler miteinander zu verzahnen. Die Entwicklungshilfe steht dabei unter dem „Slogan“ der „Hilfe zur Selbsthilfe“, wobei jedoch auch – unverkennbar – die *Exportförderung* von Seiten der deutschen Regierung gezielt Teil dieser Kooperationsstrategie mit den Partnerländern ist. (Vgl. Focus.de 2010)

Die GIZ registriert sehr wohl, dass sich Umweltkrisen, wachsende Ressourcenknappheit, Klimawandel etc. auf mittlere und längere Sicht ungünstig auf die globalen Wirtschaftskreisläufe auswirken könnten. Deshalb stehe die Politik zunehmend unter dem Druck, nachhaltig zu handeln, klima-, ressourcen- und umweltschonendes Wachstum unter dem Stichwort „Green Economy“ zu fördern, was ja auch ein Hauptthema des Erdgipfels Rio +20 im Jahre 2012 sein werde. Es müsse ein Entwicklungspfad installiert werden, der Armut reduziere und Einkommen sowie Beschäftigung kreierte, ohne einerseits die Umwelt zu schädigen und andererseits soziale Ungerechtigkeit hervorzubringen. In Kooperation mit der KfW Entwicklungsbank stelle deshalb die GIZ das Jahresthema 2011 unter das Motto *„Verantwortlich wirtschaften – nachhaltig entwickeln“*. Angestrebt werde eine Symbiose von Ökonomie und Ökologie, wobei darunter der effiziente Einsatz von Ressourcen, Klima- und Umweltschutz sowie soziale Fairness zu verstehen sei. Die Herausforderung bestehe darin, Wachstum zu generieren, ohne gleichzeitig die Umwelt zu schädigen, die natürlichen Ressourcen über Gebühr zu vernutzen oder übergroße Mengen an Emissionen zu produzieren. Zur Lösung dieses Problems unterstütze die GIZ Projekte, die mit innovativen Technologien und intelligenten Infrastrukturen arbeiteten, z. B. auf dem Gebiet der Energiegewinnung oder bei der Beeinflussung von Produzenten- und Konsumentenverhalten.

Mit dem gemeinsamen Jahresthema wollten GIZ und KfW Entwicklungsbank schon im Vorfeld von Rio +20 im Kontext der Internationalen Zusammenarbeit darauf hinwirken, umweltfreundliche und kohlenstoffarme Wirtschaftsweisen zu unter-

stützen, wozu alternative Energieträger und innovative Ansätze in Umwelt- und Klimaschutz gehörten, jedoch auch intelligente Infrastrukturen, eine nachhaltige Landwirtschaft und eine Beratung von (Partner-)Staaten hinsichtlich „nachhaltiger“ Gesetzgebung bzw. bei der Implementierung ökologisch nachhaltiger Produktions- und Konsumtionsweisen. Damit könnten die Weichen für eine lebenswerte Zukunft gestellt werden. (Vgl. GIZ Jahresthema 2011)

### 3.6 Zum Verständnis von „Ökologie“ und „Entwicklung“

Das *Gabler Wirtschaftslexikon* definiert den Begriff „Ökologie“ auf folgende Art und Weise: *„Wissenschaft von den Wechselbeziehungen zwischen Lebewesen und natürlicher Umwelt bzw. von den Ökosystemen. Wachsende Bedeutung durch Folgen der Umweltbelastung, oft als Konsequenz eines verengten ökonomischen Denkens. Insofern enge Beziehungen zwischen Ökonomik und Ökologie, die man auch als >Langzeitökonomie< interpretieren kann.“* (Gabler Wirtschaftslexikon o. J.)<sup>9</sup> Ursprünglich leitet sich der Begriff „Ökologie“ vom griechischen „oikos“, das Haus, und „logos“, Lehre, ab, wobei Ökologie damit praktisch „die Lehre vom Haushalten“ bedeutet. Damit ist auch impliziert, dass die Beziehungen z. B. zwischen Lebewesen und ihrer Umwelt sich in einem *Gleichgewicht* befinden sollten, damit das Lebewesen sich einerseits aufrechterhalten bzw. reproduzieren kann, gleichzeitig aber dabei die Umwelt nicht allzu sehr in Mitleidenschaft zieht. Also gibt es „gutes“ und „schlechtes“ Haushalten im Sinne der Ökologie. Denn die langfristigen Folgen „schlechten“ Haushaltens können sich dann auch auf das Lebewesen sehr negativ auswirken. Die Umwelt ist dabei teils organischer, teils unorganischer Natur. (Vgl. Haeckel 1866, Bd. 2, S. 288)

---

<sup>9</sup> Eine naturwissenschaftliche Definition von „Ökologie“ lautet folgendermaßen:

*„Ökologie (griechisch: oikos = Haus und logos = Lehre) ist die Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen belebter und unbelebter Umwelt, also zwischen der Gesamtheit der Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und Menschen und den unbelebten Bestandteilen wie Klima, Boden, Wasser und Luft. Die einzelnen Elemente der Ökologie heißen Ökofaktoren. Belebte und unbelebte Gemeinschaften bilden zusammen das sogenannte Ökosystem. Umgangssprachlich wird der Begriff >ökologisch< oder >öko< häufig verwendet, ohne diese weitreichenden wissenschaftlichen Zusammenhänge zu meinen. Ökologisch bedeutet dann soviel wie >umweltschonend< oder >umweltfreundlich.<“* (Umweltdatenbank.de o. J., S. 1)

*Nachhaltige Entwicklung („sustainable development“)* kann definiert werden als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Voss 1994, S. 7) Dabei sind im Wesentlichen fünf Regeln zu beachten:

- *Regel 1:* Die Schadstoffbelastung sollte möglichst die Selbstregenerationskräfte von Luft, Wasser und Boden nicht überschreiten bzw. überstrapazieren.
- *Regel 2:* Die Abbaurate erneuerbarer Rohstoffe sollte ihre Regenerationsrate nicht übersteigen.
- *Regel 3:* Der Konsum/Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe sollte mithilfe der Bestandserhöhung von erneuerbaren Rohstoffen mit gleicher Verwendungsfähigkeit ausgeglichen bzw. auf längerfristige Sicht hin ersetzt werden. Eine Variante besagt, dass nicht erneuerbare Rohstoffe nur in dem Maße vernutzt werden sollten, in dem auch die technische Effizienz bei ihrer Verarbeitung ansteigt. Dies hätte die positive Konsequenz zur Folge, dass das Nutzungspotenzial des verringerten Bestandes an nicht erneuerbaren Rohstoffen gleich bliebe.
- *Regel 4:* Betreffs nicht erneuerbarer Rohstoffe sollten möglichst Rückstellungen für die Entwicklung von Technologien erfolgen, die auf erneuerbare Rohstoffe bzw. nachhaltige Energie zurückgreifen können.
- *Regel 5:* Als Zusammenfassung der ersten vier Regeln könnte man sagen: Menschliche Eingriffe in die Natur sollten möglichst deren zeitliches Anpassungsvermögen (Adaption) nicht überfordern. (Vgl. Nutzinger, zit. n.: Vorholz 1995, S. 44)

Und wie sollen diese fünf Regeln einer nachhaltigen Entwicklung in die Praxis umgesetzt werden, vor allen Dingen im Kontext einer effektiven und nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit und -politik? Im Folgenden wird dies an zwei Beispielen erläutert.

Die *Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)*, eine parteinahe Stiftung von Bündnis 90/Die Grünen, versteht unter Entwicklungszusammenarbeit und -politik u. a. auch, einen

Beitrag zur nachhaltigen ökologischen Entwicklung z. B. in Afrika zu leisten. (Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung [HBS] 2008) Dies exemplifiziert sie am Beispiel Ostafrika:

*„Die Region Ostafrika ist durch eine besonders hohe Vielfalt an Arten und Ökosystemen gekennzeichnet. Allerdings leiden die Menschen dort unter erheblichen Umweltproblemen und die landwirtschaftlichen Erträge sind niedrig. In einem semi-ariden Klima mit häufigen Dürreperioden gefährdet die Degradation der natürlichen Ressourcen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung. Kriege und Konflikte in der Region führen zu Flüchtlingsbewegungen und verstärkter Migration in die Städte.“* (HBS 2008, S. 1)

Als wichtigste Umweltprobleme Ostafrikas werden von der HBS die folgenden Punkte aufgeführt:

- Überweidung
- Abholzung
- Knappheit von Wasserressourcen
- Verlust an Biodiversität
- Umweltverschmutzung durch Stadt und Industrie. (Vgl. HBS 2008, S. 1)

Zwar gebe es in den meisten Ländern in Ostafrika eine Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt; jedoch diese existiere meistens nur auf dem Papier und werde nicht eigentlich umgesetzt. Die staatlichen Institutionen, die mit Umweltschutz befasst seien, seien schlecht ausgestattet, die MitarbeiterInnen verfügten nur über geringe Fachkenntnisse. Allerdings fehle es der wachsenden Zivilgesellschaft in diesen Ländern ebenfalls noch an Ressourcen sowie Durchschlagskraft, um eine wirksame Lobbyarbeit für den Umweltschutz zu leisten. (Vgl. HBS 2008, S. 1)

Die natürlichen Ressourcen in Ostafrika würden immer knapper; daraus erwachse die reale Gefahr einer Zunahme von Konflikten um Wasser und Land, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Deshalb sei Ressourcenschutz auch gleichsam eine Art von *Konflikt- und Krisenprävention*. Aber auch die Berücksichtigung der *Geschlechterperspektive* sei vonnöten, weil diese für die Entwicklung einer nachhaltigen Umweltpolitik gleichfalls von großer Relevanz sei und dies die gesamtgesellschaftliche Entwicklung stark beeinflusse. (Vgl. HBS 2008, S. 2)

*„Mit der Programmkomponente >Umwelt und nachhaltige Entwicklung< leistet die Heinrich-Böll-Stiftung einen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen und einer nachhaltigen Entwicklung in der Region. Durch die Stärkung der Rolle von zivilgesellschaftlichen Umwelt-Organisationen, die sich in politischen Entscheidungsprozessen sowie in der Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Bevölkerung engagieren, soll Einfluss auf die Umweltsituation in der Region genommen werden. Dabei geht es einerseits um die Erweiterung der Fachkenntnisse der Akteure zu Umweltthemen und Umweltpolitik. Andererseits soll die Vernetzung gefördert werden, um durch verbesserten Informationsaustausch und Kommunikation Synergieeffekte möglich zu machen.“ (HBS 2008, S. 2)*

Die Zielgruppe bei dieser „Umweltkomponente“ der HBS seien in erster Linie Akteure der Zivilgesellschaft, die sich im Umweltbereich besonders engagierten. Dabei unterstütze die HBS diese Akteure bzw. Partnerorganisationen bei ihren Projekten hinsichtlich Ressourcenschutz, Umweltbildung und -lobbying. (Vgl. HBS 2008, S. 2 f.)

Jedoch die Aktivitäten der HBS reichen noch darüber hinaus. In ihren Regionalbüros in Nairobi (Kenia) und Addis Abeba (Äthiopien) veranstalte die HBS in regelmäßigen Abständen Diskussionsforen und erstelle Studien und Veröffentlichungen zu spezifischen Einzelthemen. Die Foren seien dazu da, den Austausch von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene betreffs Umweltthematiken und nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Auch würden aktuelle internationale Ereignisse sowie Entwicklungen (z. B. im Rahmen der World Trade Organisation oder des Weltsozialforums) gezielt vorbereitet, um so vor allem den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort die Möglichkeit zu bieten, an diesen internationalen Debatten bezüglich der Strategien nachhaltiger Entwicklung teilzunehmen und mitzuwirken. (Vgl. HBS 2008, S. 3)

ProjektpartnerInnen der HBS seien bezüglich des Umweltbereichs in Ostafrika die folgenden:

- Lobbyorganisationen (Forum for Environment)

- Organisationen für Öffentlichkeitsarbeit (PANOS)
- Umweltorganisationen, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Bevölkerung hinsichtlich bestimmter Themen zu sensibilisieren (z. B. Agricultural Development Organisation, Candlelight for Health and Education). (Vgl. HBS 2008, S. 3 f.)

Als Beispiel führt die HBS ferner die kenianische Organisation „*Green Belt Movement*“ (GBM) auf, die mit Unterstützung der HBS ein Projekt namens „*Society of Greens*“ durchführe, das sich der Zielsetzung verschrieben habe, öffentliche Diskussionsforen zwecks Kreierung einer Grünen Bewegung in Kenia zu initiieren. Menschen müssten in die Lage versetzt werden, ein Bewusstsein für Umweltthemen zu entwickeln, um daraus ggf. sogar einen Mut zum Protest zu erlangen. (Vgl. HBS 2008, S. 4)

Die HBS sieht also vor allem in der Stärkung der *zivilgesellschaftlichen Kräfte* eine Möglichkeit, die ökologische Situation in den afrikanischen Ländern im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung positiv zu beeinflussen. Es geht da vor allem um Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung und um „Hilfe zur Selbsthilfe“. Den staatlichen Stellen in Afrika steht die HBS eher skeptisch bzw. reserviert gegenüber.

Die *Öffentliche Österreichische Entwicklungszusammenarbeit* verfolgt Ziele in den Bereichen Umwelt, Ökologie und nachhaltige Entwicklung, die sich z. B. von den deutschen der GIZ<sup>10</sup> kaum unterscheiden. Deshalb kann das Wirken der österreichischen EZA in dieser Hinsicht durchaus als Exempel dafür genommen werden, wie die Prinzipien der EZA in Sachen „Sustainable Development“ allgemeingültig beschrieben werden können. (Vgl. *Öffentliche Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2009*; [Lebensministerium.at/Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten](http://Lebensministerium.at/Bundesministerium_für_europäische_und_internationale_Angelegenheiten), 2009)

- *Umwelt und natürliche Ressourcen*: Eine intakte Umwelt (fruchtbare Böden, saubere Luft, Biodiversität, reichhaltige Rohstoffe, etc.) bildet die natürliche Lebensgrundlage des Menschen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die ökologische Situation jedoch kontinuierlich verschlechtert, vor allen

---

<sup>10</sup> Vgl. Kap. 3.5.

Dingen in den Ländern der Dritten Welt: Immer mehr Waldflächen gehen Jahr für Jahr verloren, die Rate der aussterbenden Pflanzen- und Tierarten liegt z. T. um mehr als das Tausendfache über dem erdgeschichtlichen Durchschnitt, die Qualität von 70 % des verfügbaren Weidelands, z. B. in Lateinamerika, hat sich z. T. drastisch verschlechtert, 60.000 qkm Land veröden jedes Jahr in Asien und Afrika.

- *Lebensgrundlagen sichern:* Besonders die Menschen in den ärmsten Ländern sind von Umweltzerstörung und dem Rückgang natürlicher Ressourcen betroffen. Die EZA ist deshalb aufgefordert, in den Dienst einer ausgewogenen Entwicklung zu treten, wobei diese Entwicklung nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen gehen darf. Ungefähr drei Viertel der armen Menschen leben noch in ländlichen Gebieten und im Wesentlichen von der Landwirtschaft. Die Ressourcenknappheit (Wasser, fruchtbares Land, Brennholz usw.) unterminiert deren Ernährungssicherheit sowie die Einkommensmöglichkeiten. Ärmere Bevölkerungsgruppen verfügen zudem kaum über Reserven oder alternative Existenzoptionen und sind aus diesem Grund in besonderem Maße Umweltveränderungen im negativen Sinne ausgeliefert. Folge ist u. a. eine forcierte Landflucht und das Entstehen von praktisch unregierbaren Mega-Städten.
- *Schutz von Ressourcen:* Umweltschutz und die Beibehaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stellen deshalb die Hauptziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) dar. Dabei ist vor allem der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen wichtig, was Auswirkungen auf Tätigkeit und Projektfinanzierung der OEZA hat. Ca. 1/3 der bilateralen Programm- und Projektmittel fließen deshalb in Vorhaben, die Umweltschutz zum Ziel haben. Die OEZA fördert dabei die nachhaltige Nutzung von Boden und Vegetation. Außerdem stehen der Ausbau erneuerbarer Energien sowie nachhaltige Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungs-Programme auf der Agenda. Ferner wird die Proliferation (Weiterverbreitung) moderner Technik in Industrie und Gewerbe gefördert, was umweltfreundliche Produktion zur Folge haben soll. Dabei wird

die Partnerschaft mit anderen Gebern, nationalen Institutionen und der Zivilgesellschaft vor Ort von OEZA gezielt vorangetrieben. Umweltbewusste Politik und Zivilgesellschaft in den Partnerländern selbst und aktive Gestaltung und Steuerung der lokalen Entwicklung sind die besten Garanten für die schonende Nutzung und die Aufrechterhaltung der Lebensgrundlagen der Menschen in der Dritten Welt.

- *Internationale Zusammenarbeit:* Die Umweltveränderungen haben eine globale Dimension; dies macht auch dementsprechend eine internationale Kooperation notwendig. Die Staatengemeinschaft hat unter dem Dach der UNO eine Reihe von internationalen Umweltkonventionen verabschiedet, in Sonderheit die Rio-Konventionen über den Erhalt der biologischen Vielfalt, den Klimawandel sowie den Kampf gegen Erosion und Wüstenbildung. Dies bezeugt den gemeinsamen Willen, die Umweltzerstörung zu stoppen oder zumindest in Grenzen zu halten und nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.
- *Entwicklung eines guten Klimas für Entwicklung:* Die größte Herausforderung stellt für die OEZA der globale und menschengemachte *Klimawandel* dar. Phänomene wie verstärkte Trockenheit, zunehmende Stürme und Überschwemmungen sind die Folgen. Diese menschenverursachten Naturkatastrophen treffen die ärmsten Länder am härtesten und machen teilweise die Erfolge der Armutsbekämpfung wieder zunichte. Deshalb schenkt die OEZA diesem Aspekt erhöhte Aufmerksamkeit, um den Klimaschutz fortzuentwickeln, der jedoch gleichzeitig in Einklang mit den anderen Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit und -politik (z. B. Armutsbekämpfung, Verminderung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Bildungssituation und Optimierung des sozialen Status der Frauen, etc.) stehen soll. Keiner dieser Punkte darf isoliert betrachtet werden; sie machen erst in der Zusammenschau einen Sinn. (Vgl. Öffentliche Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 2009, S. 1–3)

Der *Unterschied* zwischen zivilgesellschaftlich betriebener (z. B. von der HBS) und staatlicher EZA scheint also von Seiten der Industrieländer in erster Linie darin zu

bestehen, dass die staatliche EZA auch mit staatlichen Institutionen in den Entwicklungsländern zusammenarbeitet, währenddessen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in dieser Hinsicht eher Zurückhaltung üben. Es geht bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen auch eher um langfristige Bewusstseinsbildung betreffs Ökologie und nachhaltiger Entwicklung in den armen Ländern, währenddessen staatliche Einrichtungen wie die GIZ oder die OEZA eher technische oder ökonomische Hilfe leisten, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung in den Drittwelt-Ländern näher zu kommen.

### **3.7 Beispiele für „Sustainable Development“ im Kontext der EZA**

An dieser Stelle seien einige Beispiele genannt, wie „Sustainable Development“ (nachhaltige Entwicklung) in der Praxis der EZA aussieht.

Ein Beispiel dafür war die „Waldrehabilitierung in der Volta-Region“ in Ghana im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der politische Träger war das ghanesische Ministry of Lands, Forestry and Mines. Die Gesamtlaufzeit dieses Projekts reichte von März 1993 bis Februar 2008. (Vgl. GTZ<sup>11</sup> o. J.)

Die Ausgangssituation des Projekts war folgende: Schon in den 1930er Jahren wurden zum Zwecke des Schutzes von Wassereinzugsgebieten ca. 73.000 ha der Fläche der Volta-Region/Ghana als Waldschutzgebiete ausgewiesen. Dies entspricht in etwa der Hälfte der gesamten Waldfläche dieser Region. (Vgl. GTZ o. J., o. S.)

*„Waldbrände, legale und illegale Holzeinschläge und die stetige Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen aufgrund des Bevölkerungswachstums haben jedoch große Waldflächen vernichtet. Die Wälder werden für den lokalen Bedarf an Bau-, Brenn- und Schnittholz genutzt. So wird der Energiebedarf der Region zu rund 80 Prozent durch Brennholz und Holzkohle gedeckt.“* (GTZ o. J., o. S.)

---

<sup>11</sup> Jetzt GIZ.

Das Ziel des Projekts war dieses: Es sollte dazu beitragen, dass die Anrainer, andere Waldnutzer sowie die Forstverwaltung die Waldressourcen der Volta-Region zwar wirtschaftlich gebrauchen können, jedoch auch auf eine nachhaltige und ökologische Art und Weise.

Die Vorgehensweise war so gestaltet, dass sich die Aktivitäten auf ein gemeinsames Forstmanagement der Waldschutzgebiete konzentrierten. Die Waldbestände sollten so langfristig stabilisiert und ausgedehnt werden, damit z. B. der erhöhte Bedarf an (nachwachsendem) Brennholzmaterial gedeckt werden konnte. Das Einkommen, das durch die Waldnutzung erwirtschaftet wurde, wurde entsprechend der rechtlichen Rahmenbedingungen für alle einsichtig und nachvollziehbar transparent verteilt.

Durch das Transparent-Machen und die Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen betreffs bspw. der Frage des Landeigentums sollten Konflikte zwischen den Waldnutzern, die relativ oft aufgetreten waren, der Vergangenheit angehören. Ausbildungsinitiativen und Aufklärungskampagnen z. B. auf dem Gebiet des Forst- und Bodenrechts, bei der Feuervorbeugung, in der Pflanzenzucht, beim waldbaulichen Arbeiten etc. sollten dem avisierten Ziel dienen, den Waldbestand sowohl innerhalb als auch außerhalb der ausgewiesenen Schutzgebiete zu erhalten. Ein weiteres Ziel war es, die Produktivität in der Landwirtschaft zu steigern.

Das Vorhaben wurde in Zusammenarbeit mit der KfW<sup>12</sup>-Entwicklungsbank sowie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in die Praxis umgesetzt.

Bis Ende 2008 war es so, dass 38 Gemeinden aktiv an dem komplizierten Prozess des Forstmanagements teilnahmen bzw. eingebunden wurden, womit eine Waldfläche von 6400 ha wiederhergestellt werden sollte.

Zur Deckung des ansteigenden Energiebedarfs leistete die „Woodlot“-Initiative wertvolle Hilfe im Rahmen des Projekts. Sie förderte die Anlage von privaten Kleinplantagen für die Brennholzproduktion. Dabei wurden bis Ende 2008 ca. 4500 ha dieser Kleinplantagen angelegt und beerntet. (Vgl. GTZ o. J., o. S.)

---

<sup>12</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Ein zweites Projekt der früheren GTZ und jetzigen GIZ betrifft den Schutz und das Management von natürlichen Ressourcen in Benin. Auftraggeber ist wieder das BMZ, politischer Träger in diesem Fall das Landwirtschafts- und Umweltministerium von Benin. Die Gesamtlaufzeit des Projekts ist vom Januar 2004 bis Dezember 2014 terminiert. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.)

Die Ausgangssituation war hier diese: In Benin beträgt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am gesamten Bruttoinlandsprodukt 38 %. 70 % der Arbeitsplätze und 90 % der Exporteinnahmen hängen von diesen Sektoren der Wirtschaft von Benin ab. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.) *„Der langfristige Erhalt bzw. Ausbau der Land- und Forstwirtschaft wird davon abhängen, ob die natürlichen Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet werden. Derzeit ist dies jedoch nicht gewährleistet: Der Bevölkerungsdruck nimmt zu, die Bodenfruchtbarkeit und das Ertragspotenzial nehmen ab. Die vorrangige Stellung der Baumwolle ist mit Anbau- und Einkommensrisiken und der Abhängigkeit vom Weltmarkt verbunden. Der Zugang zu Boden ist aufgrund eines überholten Bodenrechts nicht gesichert.“* (GTZ, Schutz, o. J., o. S.)

Es kommt zu Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen „Landnutzern“ und „Landschützern“. Die Fachministerien und die Kommunen sind damit überfordert, Ressourcenschutz und -nutzung zu koordinieren, zu planen und zu implementieren.

Speziell die Landbevölkerung soll einen größeren Nutzen als bislang aus der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die es im ländlichen Raum gibt, ziehen – deshalb ist es das avisierte Ziel des Projekts in Benin, Familien eine Steigerung ihres Einkommens zu ermöglichen sowie die soziale Infrastruktur und die Verfügbarkeit von Wasser und Brennholz generell zu verbessern. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.)

Die Programmkomponente „Management des Biosphärenreservates Pendjari“ zielt darauf ab, einen Ausgleich zwischen Schutz- und Nutzungsaspekten herzustellen. Anrainerbevölkerung und Parkmanagement sollen gemeinsam und zum beiderseitigen Vorteil das Biosphärenreservat Pendjari bewirtschaften.

Was die Bewirtschaftung der staatlichen Teak-Wälder angeht, so ist beabsichtigt, dass sich die lokale Bevölkerung, Privatunternehmen und öffentliche Institutionen

hoheitliche und wirtschaftliche Aufgaben untereinander aufteilen, was nicht zuletzt eine Aktivierung der Zivilgesellschaft hervorrufen soll. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.)

Konkret sieht die Vorgehensweise so aus, dass das Landwirtschafts- und Umweltministerium betreffs der Reorganisation, der Erarbeitung und Implementierung des neuen Bodenrechts Beraterisch tätig sein sollen. Darüber hinaus soll das Ressourcenmanagement wenigstens in Teilen dezentral organisiert werden. Es sollen Managementinstrumente wie Umweltinformationssysteme entwickelt werden. Darüber hinaus werden die beiden Ministerien dazu angehalten, ihre interne Abstimmung untereinander zu optimieren. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.)

*„Mit der Dezentralisierung ging 2002 die Verantwortung für das Management der natürlichen Ressourcen auf die Kommunen über. Ihre Kapazität zur Analyse, Planung und Reglementierung der gemeinschaftlichen Ressourcennutzung soll gestärkt werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung verbesserter Methoden und Verfahren nachhaltiger Ressourcennutzung. Regionaler Schwerpunkt des Vorhabens sind die beiden nördlichen Departements Atakora und Donga und die Förderung der dortigen ressourcenschonenden, kleinbäuerlichen Baumwollproduktion.“* (GTZ, Schutz, o. J.)

Dieses Programm-Projekt wird in enger Kooperation mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und der KfW Entwicklungsbank ausgeführt – wie schon beim oben erwähnten Projekt in Ghana. (Vgl. GTZ, Schutz, o. J.)

Ein Beispiel für eine Umweltschutzprogramm-Kooperation stellt ebenso die Zusammenarbeit der deutschen GTZ mit dem tunesischen Umweltschutzministerium (Ministère de l'Environnement et du Développement Durable, Tunis) dar. (Vgl. GTZ/GIZ o. J.) Auftraggeber bzw. politischer Träger dafür ist das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); die Gesamtlaufzeit des Projekts beträgt insgesamt 9 Jahre (2002-2012). (Vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 1)<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> Die Verfasserin vermag allerdings nicht zu sagen, ob dieses Projekt aufgrund der revolutionären Ereignisse in Tunesien im Herbst und Winter 2010, die schließlich zum Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali führten, immer noch besteht.

Zur Ausgangssituation bezüglich dieses deutsch-tunesischen Projekts schreibt die GTZ/GIZ Folgendes:

*„Umweltschutz genießt in Tunesien hohe politische Priorität. Seit 1989 hat sich eine abgestimmte Institutionenlandschaft entwickelt, die Themen wie Abwasser, Abfallwirtschaft, Küstenschutz, Umweltkontrolle, Umweltvorsorge und -planung, Umwelttechnologien und andere abdeckt. Trotz dieser guten Rahmenbedingungen steht Tunesien vor großen Herausforderungen. Ein seit zehn Jahren andauerndes Wirtschaftswachstum hat intensive Nutzung und zunehmende Verschmutzung der natürlichen Ressourcen zur Folge. Abfallaufkommen und Abwassermengen steigen, Wasser- und Bodenressourcen sind gefährdet. Zunehmendes Verkehrsaufkommen in den Städten beeinträchtigt die Luftqualität. Schließlich erhöhen sich aufgrund der wachsenden industriellen Produktion die Mengen an toxischen Abfällen und Emissionen, deren Behandlung und Entsorgung vielfach unzureichend geschieht. Das für Umweltschutz zuständige Ministerium steht vor der Aufgabe, Umweltfragen stärker in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren.“ (GTZ/GIZ o. J., S. 1)*

Das Ziel dieser Umweltschutz-Kooperation ist es, umweltliche Belange verstärkt in Wirtschaft und Gesellschaft als wichtiges Thema zu verankern. Umweltschutz soll mehr als vorher in den nationalen Entwicklungsplan integriert werden. Regierungsbehörden sowie Gemeinden sollen Verantwortung für den Umweltschutz mit dem Ziel einer verbesserten Umweltkontrolle übernehmen. (Vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 1 f.)

Die Vorgehensweise bei diesem Projekt sieht so aus, dass das deutsch-tunesische Umweltprogramm folgende Beratungsthemen aufgreift und bündelt:

- Umweltvorsorge
- Reduktion der Umweltverschmutzung
- Dezentralisierung von Umweltschutzaufgaben
- Integrierte Abfallwirtschaft
- Umwelttechnologie-Kooperation
- Umweltkommunikation und -sensibilisierung (vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 2)

Dieses Projekt unterstützt das zuständige Ministerium und dessen nachgeordnete Behörden materiell, fachlich und methodisch bezüglich der Beratungs- und Koordinationsaufgaben (Strategieplanung und Umweltkommunikation). Zur gleichen Zeit werden die Implementierung der Umweltpolitik mittels Beratung in fachlich-sektoralen Fragen (Abfallwirtschaft) unterstützt sowie neuartige Vorgehensweisen entwickelt (Beteiligung des Privatsektors, Technologiekooperation mit dem Centre International des Technologies de l'Environnement de Tunis [CITET]). Begleitet wird dies durch eine Verwaltungsreform im Umweltbereich sowie die Partizipation der Kommunen im Umweltmanagement, was de facto eine Dezentralisierung von Umweltaufgaben bedeutet. Letzteres kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass lokale Einrichtungen bzw. Finanziere ebenfalls offiziell als Partner erwähnt werden, was dem „Geist“ der Pariser Erklärung entspricht. (Vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 2 f.)

Was wurde bisher erreicht? Erstmals konnten in Tunesien regionale Entwicklungspläne im Rahmen eines partizipativen und Sektoren-übergreifenden Planungsprozesses erarbeitet werden, wobei die Umweltdimension dabei berücksichtigt wird. Es wurden Nachhaltigkeitsindikatoren für die wichtigsten ökonomischen Sektoren entwickelt; die Umweltgesetzgebung wird laufend an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Der Privatsektor (Privatwirtschaft) wird an der Abfallwirtschaft beteiligt, und erste Nord-Süd-Kooperationen sind im Sektor Umwelttechnologie eingegangen worden. Schülern wird mit bestimmten didaktischen Methoden (Aktionslernen) beigebracht, wie sie sich für den Umweltschutz einsetzen können. Begleitet wird dies durch eine Verwaltungsreform im Umweltbereich sowie die Partizipation der Kommunen im Umweltmanagement, was de facto eine Dezentralisierung von Umweltaufgaben bedeutet. Letzteres kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass lokale Einrichtungen bzw. Finanziere ebenfalls offiziell als Partner erwähnt werden, was dem „Geist“ der Pariser Erklärung entspricht. (Vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 3)

Das Programm setzt sich somit insgesamt aus folgenden Komponenten zusammen:

- Integrierte und nachhaltige Abfallwirtschaft
- Dezentralisierung von Umweltaufgaben

- Technologiekooperation
- Umweltvorsorge
- Umweltkommunikation (vgl. GTZ/GIZ o. J., S. 3)

Dieses Programm zeichnet sich also durch einen hohen Grad an Kooperation mit staatlichen Stellen in Tunesien aus, wobei man sich aber auch bemüht, privatwirtschaftliche und Bildungsaspekte (Umweltkommunikation) in die Kooperation mit einfließen zu lassen.

Ein anderes, wenn auch etwas älteres Beispiel für erfolgreiche EZA im Sinne von nachhaltiger Entwicklung stellte das *Bamenda-Modell* in Kamerun dar. Es sollte die Erosion bekämpfen. Bamenda liegt um die 1450 Meter hoch, hat ca. 200–300 Einwohner pro qkm und verfügt über ein Bevölkerungswachstum von ca. 3 % pro Jahr. Das Projekt wurde von 1975 bis ca. Mitte der 1980er Jahre von der GTZ durchgeführt.

Ziele des Bamenda-Projekts waren:

- Optimale Nutzung der lokalen Ressourcen für die Entwicklung standortgerechter, permanenter Bodennutzung bei mittlerem Ertragsniveau
- Vermeidung von Erosion und Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit
- Mehrfach- und Staffelanbau
- Schutz der Anbauflächen vor Feuer
- Erhaltung/Bewahrung traditioneller Nahrungspflanzen
- Sicherung der Versorgung mit Brenn- und Bauholz aus eigenen Beständen

Angebaut wurde mit ein Meter breiten und einen halben Meter hohen Konturenwällen in einem Abstand von fünf bis zehn Metern, die vor allem dem Erosionsschutz dienten. Bepflanzt wurden diese Wälle mit Kochbananen, Kaffee, Maniok oder Buschleguminosen. Die Konturenwälle bewirkten eine schrittweise Terrassierung des Geländes. Wasserabflussbahnen sollten überschüssiges Wasser ohne Gefahr talabwärts ableiten.

Auf der agroforstlichen Fläche wurden Palmen, Eukalyptus und andere Büsche sowie Bäume angepflanzt. Die durchschnittliche Größe der Betriebe lag bei 4–5 ha, von denen ca. 2,5 ha auf Feld- und 0,6 ha auf Dauerkulturen entfielen.

Die positiven Effekte dieses Erosionsschutzes waren:

- Ausweitung der Anbaufläche
- Erzielung eines mittleren Ertragsniveaus
- Erhaltung des naturräumlichen Potenzials trotz der intensiven Nutzung
- Vermeidung von Erosionsschäden (vgl. Prinz/Rauch 1985, S. 22–26)

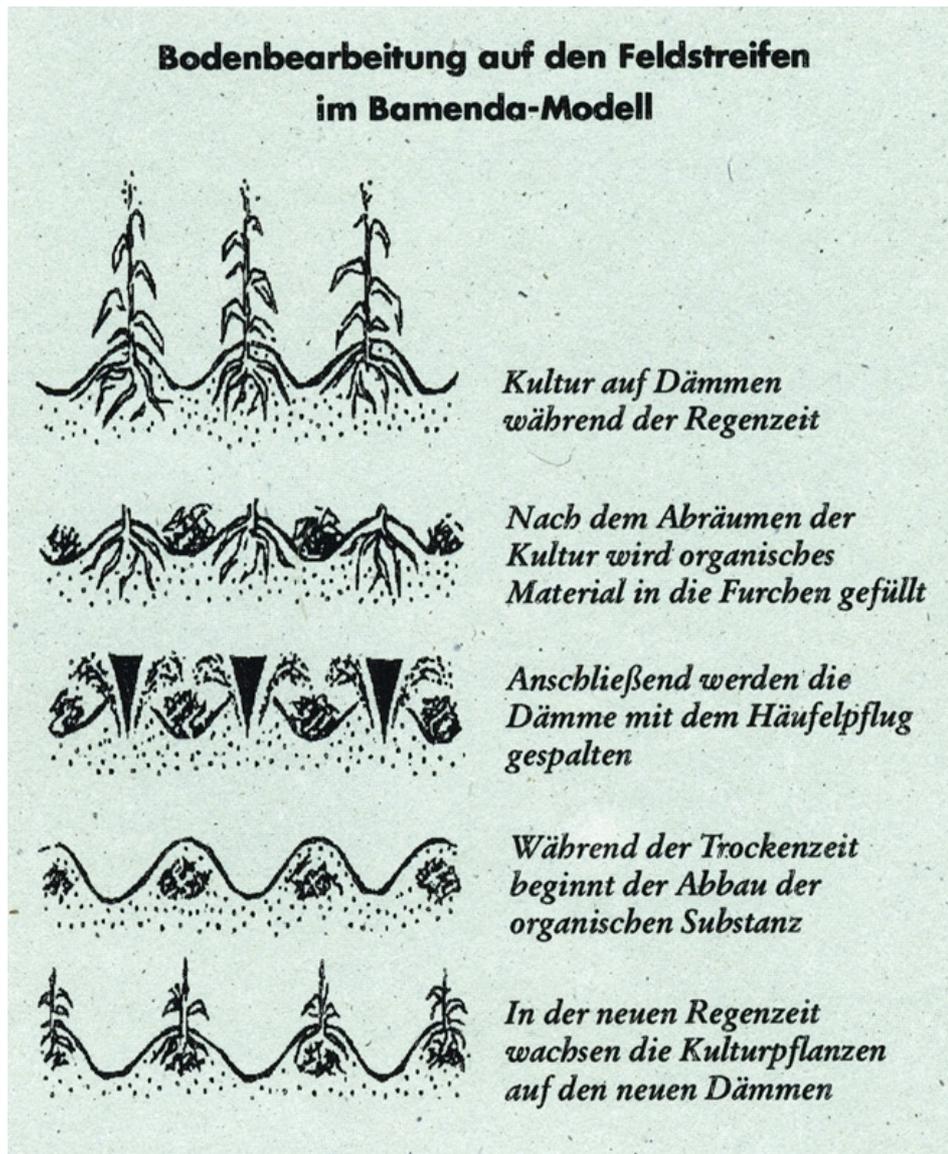
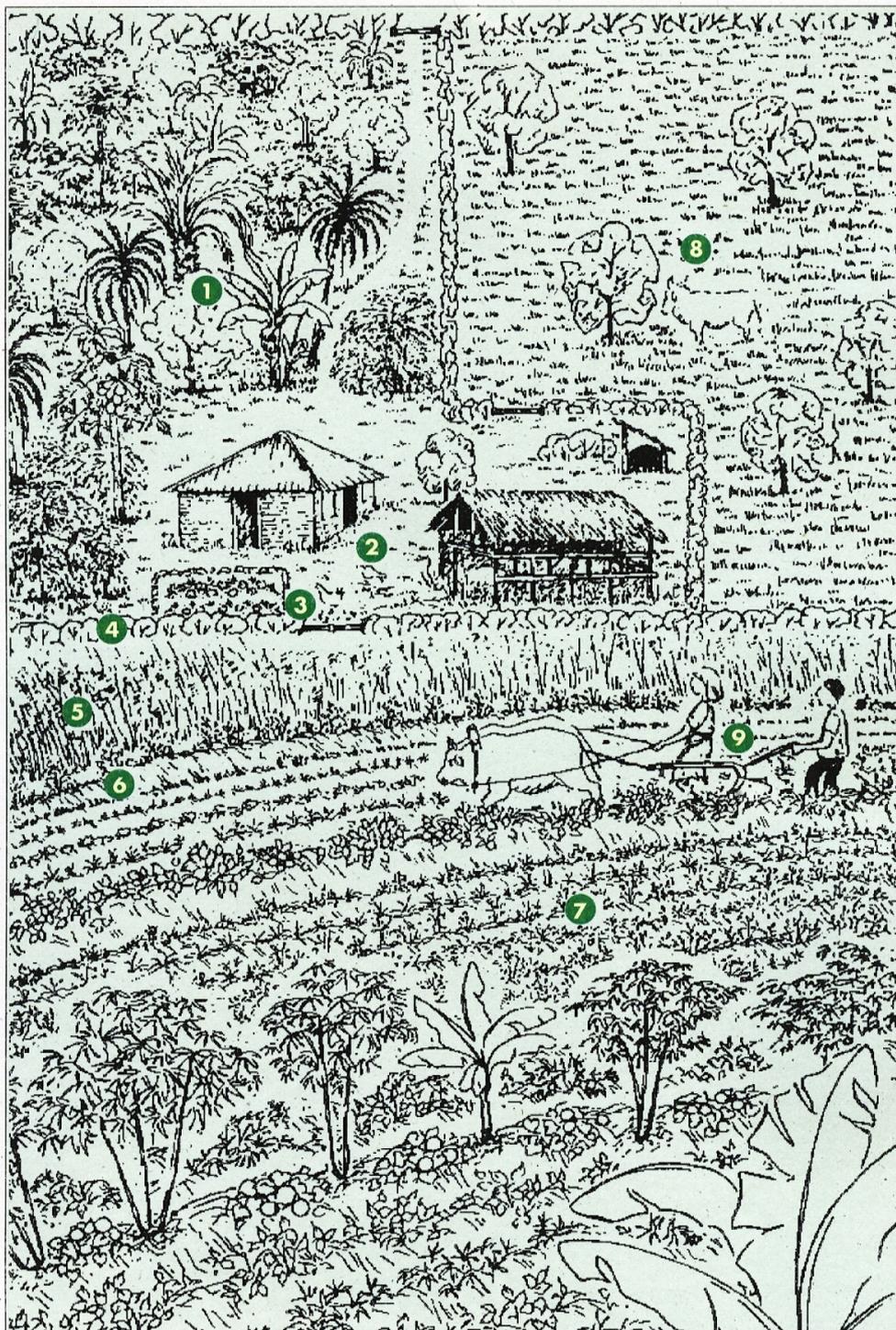


Abbildung 2: Bodenbearbeitung auf den Feldstreifen im Bamenda-Modell (Quelle: Prinz/Rauch 1985)



Darstellung eines „Bamenda“-Modellbetriebes mit den agroforstlichen Sektor ①, der Hoffläche mit Haus, Stall und überdachtem Mistplatz ②, dem Hausgarten/Frauenfeld ③, den Leguminosenhecken ④, der Brachefläche ⑤, den Konturwällen ⑥, den in Mischkultur bepflanzten Feldstreifen ⑦, der verbesserten Weide ⑧ und einer Darstellung der Unkrautbekämpfung mit Ochsenanspannung ⑨.

Abbildung 3: Darstellung eines typischen Bamenda-Modellbetriebs (Quelle: Prinz/Rauch 1985)

Das letztendliche Ziel des Bamenda-Projekts war also, die agroforstliche *Mischkultur* im Sinne des Erosionsschutzes zu fördern, was u. a. folgende Vorteile beinhaltet:

- Weniger Krankheiten der Pflanzen, gegenseitiger Schutz, geringere Zerstörung durch einen Schädling (da meist auf eine Pflanze spezialisiert)
- Gute Bodendurchwurzelung (durch viele verschiedene Pflanzen, Flach-Tiefwurzler) = weniger Bodenerosion
- Leguminosenhecken: Gut gegen Erosion (Wind und Wasser), bringt Nährstoffe ein (Stickstoff)
- Brachfläche = Boden kann sich erholen und Nährstoffe binden.
- Konturwälle wenden sich gegen Wassererosion.
- Mit Ochsenanspannung wird die Arbeit leichter; gleichzeitig gibt es wieder Dünger. Unterschiedliche Pflanzen heißt auch: verschiedene Erntezeiten und damit Essen und Einkommen verteilt übers Jahr. Große Pflanzen beschatten die kleinen, daher kann variabler angebaut werden. (Vgl. Prinz/Rauch 1985, S. 22–26)

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zwischen den Entwicklungshilfeeinrichtungen von Ländern des industrialisierten Westens und Entwicklungsländern hat, wie die Beispiele zeigen, den Grundgedanken der *Partnerschaft* als Basis, wobei den jeweiligen Umweltbedingungen angepasste Technologien, Anbaumethoden, landwirtschaftliche Praktiken, etc. bevorzugt zur Anwendung kommen sollen. Den Entwicklungsländern soll (zumindest der Intention nach) nichts „übergestülpt“, sondern in (tendenziell gleichberechtigter) Kooperation geholfen werden, eigene Wege einer nachhaltigen Entwicklung zu finden und zu beschreiten, die ihren eigenen Wünschen und vor Ort befindlichen Gegebenheiten entsprechen. Noch ist hier allerdings nicht alles „Gold, was glänzt“: Auch bei manchen Projekten der Entwicklungshilfe heutzutage werden noch Fehler begangen oder die Wünsche der Empfänger nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Jedoch ändert sich die Entwicklungshilfe der Länder des Westens dennoch Stück für Stück: Immer mehr greift der Grundgedanke der „Hilfe zur Selbsthilfe“ um sich, die Hilfeempfänger sollen in die Lage versetzt werden, sich auf mittlere Sicht von den „Gebern“

unabhängig zu machen. Damit soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass die Entwicklungshilfe auf Dauer Abhängigkeiten schafft, die heute nicht mehr erwünscht sind. Besonders auf dem Feld der nachhaltigen Entwicklung müssen die Entwicklungsländer sich ein eigenes Bewusstsein für die Problematik von Natur- und Ressourcenverbrauch aneignen, ohne freilich gleichzeitig den Gedanken der sozialen Ausgewogenheit solcher Maßnahmen aufzugeben. Jedenfalls ist eines dabei hervorzuheben: Im Gegensatz zu den Kolonialzeiten, von denen in der Folge die Rede sein soll, werden die Entwicklungsländer von den Staaten des Westens zumindest tendenziell als *Partner* betrachtet und nicht als „Kinder“, denen man etwas „beizubringen“ hat. Diese mentale Umstellung sowohl im „reichen“ Norden als auch im „armen“ Süden ist beileibe noch nicht abgeschlossen, aber bewegt sich doch immer mehr weg von der Art und Weise, wie in den Kolonialzeiten mit den Bewohnern der Länder des Südens umgegangen wurde.

## **4 Zur Kolonialgeschichte Togos unter deutscher Kolonialverwaltung**

In diesem Kapitel soll ausführlich auf die deutsche Kolonialgeschichte Togos und deren Auswirkungen auf die dortige Land- und Forstwirtschaft eingegangen werden. Daraus sollen erste Erkenntnisse dahingehend gewonnen werden, ob die – nicht nur deutsche, sondern auch französische, britische, belgische usw. – Kolonisierung Afrikas durch die Europäer bis heute Folgen für die dortige Agrarproduktion und Forstwirtschaft zeitigt, oder ob der Einfluss des Kolonialismus auf die afrikanische Landwirtschaft und seine Nachwirkungen aus gleichsam weltanschaulichen Gründen maßlos überschätzt werden.

Zunächst erfolgt aber eine Schilderung der geografischen, klimatischen und ökologischen Ausgangsbedingungen, die sich – relativ unabhängig von menschlichen Einflüssen und über die Zeiten hinweg – im westlichen Afrika und speziell in Togo vorfinden lassen. Dort, wo es von Relevanz ist, werden auch die spezifischen Bedingungen während der deutschen Kolonialzeit (1884–1914) erwähnt.

### **4.1 Die westafrikanischen Wälder und die Forstwirtschaft**

#### **4.1.1 Die Größe Togos und seine klimatischen sowie geografischen Bedingungen**

Togo war das kleinste der deutschen Schutzgebiete in Afrika; nur die Inselbesitzungen in Ozeanien waren kleiner. 1918 maß seine Größe etwa 89.900 qkm. An seiner breitesten Stelle waren die Ost- und Westgrenzen 230 km voneinander entfernt. Die größte Nord-Süd-Ausdehnung betrug 560 km.

Heutzutage grenzt Togo im Norden an Burkina Faso, im Osten an Benin sowie im Westen an Ghana. Im Süden ist der Atlantische Ozean auf 56 km Länge die natürliche Grenze. Togo erstreckt sich heute über 579 km nach Norden und ist an seinem breitesten Punkt gerade einmal 160 km breit. (Vgl. Transafrika.org 2009, S. 1)



Abbildung 4: Landkarte von Togo heute (2009) (Quelle: <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/togo/geographie.php>).

Nach der Ebene im Süden schließt sich ein durchschnittlich 400 m hohes Plateau im Norden an. Im Südwesten liegen die Misahöhe Berge mit 715 m Höhe. Das Togogebirge zieht sich über die Plateaus von Südwest nach Nordost.

Die Wälder Togos liegen in den Bergländern, die sich vom Südwesten nach Nordosten erstrecken. Die gesamte Waldfläche, ohne die vergrasteten Steppenbuschbestände, wird auf 1350 qkm veranschlagt, das kommt einer Bewaldungsziffer von 1,5 % gleich. (Vgl. Deutsches Kolonial-Lexikon 1996, S. 655)

Südtogo erhält bemerkenswert wenig Niederschlag für eine Küstenregion. Dies wird aber durch größere Luftfeuchtigkeit und hohen Grundwasserstand ausgeglichen. Das restliche Land hat höhere Niederschläge als die Küste, aber insgesamt sind die Niederschläge begrenzt.

Der Südteil Togos hat eine längere und eine kürzere Regenzeit, der Norden nur eine Regenzeit. Zur Klimabeobachtung gab es während der deutschen Kolonialzeit über das ganze Land verteilt insgesamt 7 Messstationen.

In der Zeit des Winters auf der Nordhalbkugel wird durch ein Tief südlich des Äquators trockene Luft aus der Sahara angezogen. Diese Trockenheit wird noch durch einen trockenen, kühlen, sandhaltigen Nordostwind, den sog. Harmattan, verschärft. Dieser kann den Forstkulturen erheblichen Schaden zufügen. (Vgl. Metzger 1941, S. 131 ff.)

In der Nähe der Gebirge und an feuchten Standorten waren größere und kleinere Stücke lichten Waldes erhalten. In mittleren und nördlichen Teilen der Gebirge war (und ist noch) die Trockenbaumsteppe vorherrschend. Tropischen Regenwald findet man an Gewässern und in Schluchten. Größere Waldflächen sind im südlichen Teil des zentralen Gebirges gelegen. Tropischer Urwald ist als Uferwald an allen Flussläufen zu finden. (Vgl. Deutsches Kolonial-Lexikon 1996, S. 506)

#### **4.1.2 Die westafrikanischen Wälder**

Die westafrikanischen Wälder bestehen aus dichtem Regenwald. Einige große Bäume erreichen Höhen von etwa 42 Metern, die meisten haben eine Höhe von etwa 27 Metern.

Der tropische Regenwald in Westafrika ist eine relativ kleine Region. Er dehnt sich von Kamerun bis Sierra Leone aus, wird aber zwischen Nigeria und Ghana von Savanne und einem Feuchtwaldgebiet unterbrochen. Im Süden wird der Regenwald von Mangroven, im Norden von Savanne begrenzt. (Vgl. oeko-fair.de o. J.)

Im Norden grenzt ein Ökosystem an, das oft als „derived savanna“ bezeichnet wird. Connah (1987) vermutet, dass dieses Gebiet durch menschliche Landwirtschaft und Raubbau so gestaltet wurde. Das Unterholz wird von kleinen Bäumen und Bü-

schen gebildet. Im natürlichen Zustand hat der Forst oft „gaps“ hinterlassen; das sind Lücken, die entstehen, wenn Urwaldriesen umfallen. Diese ermöglichten eine relativ leichte Durchquerung des Waldes.

In den Wäldern gibt es mehr Niederschläge als in der Savanne; die Regenzeit ist länger. Daher finden sich in den Wäldern auch viele Flüsse und Bäche, die das ganze Jahr Wasser führen. Der Nährstoffgehalt dieser Böden ist sehr gering. Heute kann man über weite Flächen ein Sekundärwachstum des Regenwaldes feststellen. Es ist zu vermuten, dass dieses Sekundärwachstum eine Folge von *shifting-cultivation* (in diesem Fall wahrscheinlich: von rotierender Busch-Brache) ist. (Vgl. Connah 1987, S. 123)

So wird, um ein Beispiel aus einem anderen benachbarten Land von Togo hier anzuführen, in der Umgebung von Benin-Stadt Land vermutet, welches in früheren Zeiten landwirtschaftlich genutzt wurde. Sieht man dieses Gebiet genauer an, kann man eine Differenzierung der Pflanzengesellschaften und der Bodencharakteristika feststellen. (Vgl. Connah 1987)

Angebaut wurden Okra, Kola, Kaffee, Kürbis, die Ölpalme und am westlichen Ende des Waldgürtels Trockenreis, Pfeffer, Yams, Banane und andere Früchte. Wegen der Tse-Tse-Fliege konnten nur Tiere (wenige Ziegen und Rindersorten) gehalten werden, die gegen diese resistent waren. Wild und Fisch gab es zur Nahrungsergänzung. (Vgl. Connah 1987)

#### **4.1.3 Vorkoloniale Spuren ökologischer Schutzmaßnahmen**

Es hat in Nordtogo sog. „*arbre sacre*“ gegeben. (Vgl. Kouami u. a. 2005) Das waren Kapokbäume, die am Rande von Haussa-Siedlungen gepflanzt wurden. (Vgl. [safari-afrika.de](http://safari-afrika.de) 2001) Diese Bäume hatten mächtige Bretterwurzeln und waren bis zu 60 m hoch. Manche, wie der heilige Wald Osun in der Umgebung von Oshogbo in Nigeria, bestehen bis heute. Sie sind nicht nur einzigartige Schutzgebiete lokaler und globaler Biodiversität, sondern stellen auch wichtige soziale, religiöse und kulturelle Denkmäler dar, die – wie der Wald Osun – Anerkennung als Weltkulturerbe durch die UNESCO gefunden haben. (Vgl. UNESCO 2011)



Abbildung 5: Kapokbaum (Quelle: <http://www.safari-afrika.de/html/kapokbaum.html>).

Ein weiterer Baum, der verehrt und geschont wurde, war nach Metzger die *Chlorophora excelsa*, die afrikanische Eiche. (Vgl. Metzger 1941, S. 160–162)

Bäume, die früher einmal eine kultische Funktion hatten, weisen heute vor allem eine *ökologische* (Nutz-)Funktion auf. Allgemein lässt sich sagen:

- Bäume sind für den Naturhaushalt generell von großer Bedeutung.
- Bäume bieten Tieren Nistgelegenheiten, Nahrung und Unterschlupf.
- Bäume liefern Falllaub, welches Tiere und Pflanzen zum Überleben dringend benötigen.
- Die Blätterdecke schützt den Boden, die Bodenlebewesen sowie die Pflanzenwurzeln vor Frösten, Sonneneinstrahlung und Austrocknung.
- Bäume helfen, die Bodenerosion zu vermeiden und die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten.

- Laub liefert hervorragenden Kompost.
- Bäume fördern ganz allgemein die biologische Vielfalt (Biodiversität).  
(Vgl. Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. 2005, S. 2)

#### 4.1.4 Die Funktionen des Waldes

*„In dem Berichte über die Reise nach den Quellgebieten Haho und Schio habe ich die allgemeinen Einwirkungen des geschlossenen Waldes auf die Luft- und Bodentemperatur, auf die Luftfeuchtigkeit, auf die Quellbildung und auf den Wasserstand der Flüsse kurz behandelt. Es bleibt somit nur noch die Frage zu erörtern, ob außer den allen größeren geschlossenen Waldkomplexen zukommenden typischen Wohlfahrtswirkungen unserer Waldflächen in Mitteltego nicht noch besondere Eigenschaften beizumessen sind, welche es wünschenswert und notwendig erscheinen lassen, einer bedeutenden Verminderung dieser Waldflächen entgegenzuarbeiten.“* (Deutsches Kolonialblatt 1908, Nr. 22, S. 1104)

Die gängige forstwirtschaftliche Meinung vor 1975 (also noch lange nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika) war, den Wald bestmöglich zu schützen, um ihn quantitativ zu vermehren und vor Übernutzung zu bewahren. Im Forstgesetz 1975 für Bayern und 1975 für Österreich (das ein Nachfolgegesetz des Reichsforstgesetzes von 1852 war) sind die Funktionen des Waldes formuliert als: Nutzung, Schutz, Wohlfahrt und Erholung. Überdies nimmt die Novelle zum Forstgesetz von 1975 auch die Lebensraumfunktion des Waldes wahr. Die Wälder werden für die Erholung von jedermann geöffnet.

Die Sicherung der verschiedenen Funktionen des Waldes – ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell muss gewährleistet sein, um Wälder nachhaltig zu bewirtschaften.

Neben dem Holznutzungspotenzial finden Nicht-Holz-Leistungen, wie Schutz, Biodiversität, Klimawandel etc. stärkere Berücksichtigung. (Vgl. Herrmann/Plakol 1993)

#### 4.1.5 Waldarten I: Regenwälder

Zwischen dem 7. und 8. Grad n. Breite liegt der größte Teil des Regenwaldes von Togo. Misahöhe hatte mit 3000 ha eines dieser wenigen Regenwaldgebiete. Mit kleineren Waldresten hatte Togo, laut Metzger, Anfang des letzten Jahrhunderts 60.000 ha Urwald. Die Artenanzahl der Bäume schätzte er auf 150 bis 200. (Vgl. Metzger 1941, S. 135)

Im Frühjahr 1909 führte er eine Exkursion mit Professor Jentsch in den tropischen Regenwald von Misahöhe. Jentsch veröffentlichte daraufhin einen Bericht über den Einfluss der Landwirtschaft auf die Bewaldung:

*„... Es tritt deutlich hervor, dass charakteristische Bilder sekundären Waldes sich an den Hängen und in den Tälern vorfinden. Hier sind die Böden jedenfalls tiefgründiger und frischer, und so hat die farmgründende Hand des Eingeborenen auch recht steile Hänge in Angriff genommen. Die Kuppen und Grate sind dagegen wahrscheinlich weder Wald noch Farm je gewesen, sondern wie noch jetzt wegen der Trockenheit und Flachheit immer Grassteppe, gebildet auch Pennisetum und Andropogon und räumlich durchsetzt mit Schirmakazien und ähnlichen Bäumen. Ob und inwieweit die Menschenhand dabei mitgewirkt hat, etwa durch Grasbrennen, entzieht sich unserer Beurteilung. Jetzt findet man wirklichen Wald im Wesentlichen nur noch in den tief eingeschnittenen Tälern und an sehr steilen Hängen. Er zeigt überwiegend typische sekundäre Form. Aber auch primärer, indessen nirgends wohl ganz unberührter, ist vertreten ...“* (Jentsch (1909), zit. n.: Bruenig 1986, S. 235 f.)

#### 4.1.6 Waldarten II: Galeriewälder

Ähnlich zusammengesetzte Wälder wuchsen ebenso noch entlang von Flüssen. Diese Ufer- oder Galeriewälder machten zusammen ca. 75 000 ha aus. (Vgl. Metzger 1941, S. 137)

Metzger beschrieb diesen Galeriewald folgendermaßen:

*„Er ist eine natürliche Waldbildung, die sich außerhalb der geschlossenen großen Urwaldkomplexe zu beiden Seiten der Flüsse und entlang der Flusstäler hinzieht und von den eigentlichen Waldgebieten oft weit entfernt im Innern des Erdteils in Gebie-*

*ten mit geringerer Luftfeuchtigkeit und ungünstigeren Regenverhältnissen sich noch vorfindet. Die Breitenausdehnung dieser Uferwälder ist stark wechselnd. Manchmal sind es nur schmale Waldsäume und manchmal bildet sogar ein weites, tiefer gelegenes Flusstal ein größeres Waldganzes, je nachdem ein Flusslauf örtliche klimatisch und geognostisch günstige Bedingungen für natürliche Waldbildung schafft. Je breiter diese Uferwälder sind, desto mehr sind sie in ihrer Bestandsverfassung jener der großen Urwaldkomplexe ähnlich.*

Auch ihre floristische Zusammensetzung ist im allgemeinen um so artenreicher und ähnlicher jener des weiten, geschlossenen Regenwaldes, je größer ihre Breitenausdehnung ist.“ (Metzger (1939), zit. n.: Bruenig 1986; 238 f.)

#### **4.1.7 Baumsteppen**

Metzger rechnete diese Flächen nicht zu der Waldfläche dazu. Er hat nur jene Flächen eingeschlossen, die mit Holzgewächsen derart bestockt sind, dass eine dauernde Bodenbeschattung gewährleistet war und die Entwicklung von Steppengräsern ausgeschlossen wurde.

Etwa 60 % der Fläche des Schutzgebietes Togo entfielen laut Metzgers Schätzung auf die Steppengebiete. Die Zahl der Holzarten betrug nach Metzger weit über 100; sie traten in verschiedenen Zusammensetzungen je nach Beschaffenheit der Böden auf. Laut Metzger war es in erster Linie der Mensch, der mit Axt und Feuer den Urwald vernichtete, um Ackerland zu gewinnen. Doch ebenso wirkten sich die Grasfeuer aus, welche die Bevölkerung in der Trockenzeit anlegte, um Jagd zu ermöglichen, zur Erleichterung der Weidewirtschaft oder als Schutz vor Feinden und Raubtieren. Durch die Feuer lag der Boden frei, und in der Folge kam es zu Verhärtungen, in der Regenzeit zu Auswaschungen. (Vgl. Metzger 1941, S. 141 ff.; Metzler 1911; Forstwirtschaftliches Zentralblatt 1912, S. 166–168)

## 4.2 Westafrikanische Savanne und Landwirtschaft

Die westafrikanische Savanne liegt zwischen dem tropischen Regenwald im Süden und der Sahara im Norden. Sie besteht aus Grasland mit einer geringen Einstreuung von Büschen und Bäumen.

Niederschläge sind periodisch. Die Menge und die Dauer der Niederschläge werden um so geringer, je weiter nördlich man geht.

Wasser wurde durch verschieden tiefe Brunnen zugänglich gemacht. Interessant waren für die Landwirtschaft vor allem die kleinen Flusstäler und Seen. Hier konnte man Landwirtschaft mit verschiedenen Bewässerungsverfahren (Flächenüberstau, Beckenbewässerung, Landstreifenbewässerung etc.) betreiben. Mit der Bewässerung fand überdies eine Intensivierung des Ackerbaus statt.

In dieser Umwelt konnten sehr gut Hirse, Sorghum und Trockenreis angebaut werden. Auch einige Yamsarten, Ölpalmen und Seabutterpalmen wurden in dieser Region intensiv genutzt. (Vgl. Neumann u. a. o. J., S. 46 ff.)

Laut Harris wurden für Fleisch- und Milchprodukte Rinder, Schafe und Ziegen gehalten. Als Ergänzung zur Landwirtschaft wurden noch Jagd und Fischfang betrieben. Allerdings war die Viehhaltung sehr begrenzt, da die Tiere durch viele verschiedenste Krankheiten sowie auch von der Tse-Tse-Fliege bedroht wurden. (Vgl. Harris, zit. n.: Connah 1987, S. 101)

## 4.3 Zum Problem der Entwaldung im vorkolonialen Westafrika

Als die Kolonialherren vor allem Europas Afrika unter sich aufteilten, vollzog sich diese Kolonisierung natürlich nicht im „luftleeren Raum“, sondern fand eine bereits vorgegebene Situation vor. Um diese zu charakterisieren, sind die folgenden Ausführungen gedacht.

Es ist keineswegs so, dass sämtliche Umweltschäden in Westafrika auf das koloniale Wirken der europäischen Kolonialherren zurückzuführen sind. Denn schon im

vorkolonialen Westafrika z. B. traten teilweise ökologische<sup>14</sup> Schäden auf, die, um ein Gesamtbild zu entwerfen, gleichfalls nicht unterschlagen werden dürfen. Ein Problem stellte z. B. die *Entwaldung* im vorkolonialen Afrika dar.

Im alten Ghana- und Malireich bedeutete die Einführung von Eisenprodukten in der Landwirtschaft und bei Waffen eine Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und militärische Überlegenheit.

Das Problem der Vernichtung der Wälder im vorkolonialen Westafrika hing eng mit der Eisenverarbeitung und deren wirtschaftlicher Bedeutung zusammen. Zum Eisenschmelzen wurden riesige Mengen Holzkohle gebraucht. Für das Schmelzen des Eisens wird an Volumen doppelt soviel Holzkohle benötigt wie Eisenerz. (Vgl. Haaland/Shinnie 1985, S. 61)

Holzkohle wird von bestimmten Bäumen gewonnen. Etwa 22 verschiedene Hartholzbaumarten wurden gefunden, die für die Eisenschmelze zur Holzkohle verarbeitet wurden. Ein Schmelzofen benötigt in einem Jahr die Menge Holz, die ein Gebiet von 4,8 qkm im Umkreis entwalden würde. Für die Holzkohle wurde vor allem Nutzholz in Urwäldern geschlagen. Faktoren wie Baumart, Boden, Niederschläge etc. bestimmten die Art der Entnahme der Bäume aus den Wäldern. Steigt die Eisenproduktion an, wird auch die Holzentnahme steigen, und irgendwann wird der Punkt erreicht, an dem sich die Umwelt nicht mehr von selbst regenerieren kann. Dies hängt wiederum davon ab, ob Restriktionen den Wald schützen und dieser wiederhergestellt wird. Wie sehr sich das Entwalden auswirkt, hängt von der lokalen Flora ab und davon, ob es eine große Bandbreite an Bäumen gibt, die man zur Holzkohleproduktion verwenden kann oder nicht. Sind nur wenige Baumarten

---

<sup>14</sup> „Ökologie“ setzt sich aus den griechischen Wörtern *Oikos* (= Haushalt) und *Logos* (= Lehre) zusammen. Ökologie bedeutet also die Lehre vom Haushalt der Natur, die Wissenschaft von den Beziehungen der Lebewesen untereinander und mit ihrer Umwelt.“ (Herrmann/Plakolm 1993, S. 14)

Als Lebensraum oder Biotop wird die unbelebte Umwelt an einem bestimmten Ort bezeichnet. Dieser Lebensraum wird von einer Lebensgemeinschaft (Biozönose) aus Pflanzen und Tieren bewohnt. Lebensraum und Lebensgemeinschaft beeinflussen einander und bilden zusammen ein Ökosystem. Unterschieden wird zwischen naturnahen Ökosystemen (Urwald, Moor ...), die von Menschen nicht direkt beeinflusst werden, und Nutzökosystemen (Wiesen, Äcker ...), die vom Menschen direkt beeinflusst werden.

Jedes Mitglied in einem Ökosystem steht mit mehreren anderen in Beziehung (Abhängigkeiten, Konkurrenz ...). Jede Veränderung wirkt sich somit auf das Ökosystem aus, kann sich aber durch Nahrungsbeziehung und Rückkoppelung an ganz anderen Stellen auswirken. (Vgl. Herrmann/Plakolm 1993, S. 14)

vorhanden, wird das Gebiet sehr schnell leer sein. Gibt es eine größere Menge an Baumarten, dann wird die Entwaldung nur langsam voranschreiten, und die Umweltkonsequenzen sind nicht so umfassend. (Vgl. Lohausen 2010, S. 1 ff.)

Man kann grundsätzlich sagen: Mehr Pflanzen schützen den Boden. Die Erde wird geringer dem Wind und dem Regen ausgesetzt. Abholzungen führen sehr oft zur weitgehenden Zerstörung funktionierender Ökosysteme (Erosion, Nährstoffverluste, Verlust der Wasserspeicherfähigkeit mit Überschwemmung und Trockenheit als Folge, Artenverlust). Diese Veränderungen sind z. T. grundsätzlich und nicht mehr umkehrbar. (Vgl. Lohausen 2010, S. 1 ff.)

Ein Gebiet der frühen Eisenverarbeitung liegt im heutigen Togo, wobei damit insbesondere die Region Bassar gemeint ist. Erste Funde von Schmelze datieren in das 14. Jahrhundert zurück. Im 16. und 17. Jahrhundert wurde schon Handel mit Europa betrieben. Die geschätzte Eisenproduktion in Bassar liegt bei 400 t. Nur 200 t wurden in der Region benötigt, der Rest ging in den Export. (Vgl. Goucher 1986, S. 137) Das ungebremste Schlägern des Waldes mit keiner oder wenig Wiederaufforstung hinterließ Savanne.

Die beiden folgenden Abbildungen stellen Baum- und Waldsavannen in Afrika dar:



Abbildung 6: Baumsavanne in Afrika. (Vgl. Goucher 1986).

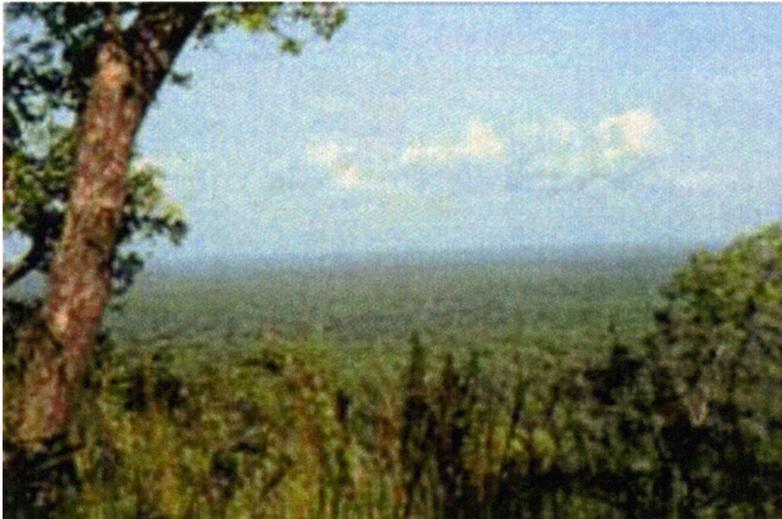


Abbildung 7: Waldsavanne in Afrika. (Vgl. Goucher 1986)

Aber nicht nur die Verringerung des Waldes für Holzkohle war in der Region zu beobachten. Deutsche Reisende berichteten, dass man den Rauch und Smog der Schmelzprozesse schon von weitem sehen konnte. (Vgl. Goucher 1986, S. 61)

Verschmutzte Luft besteht aus Schwefeldioxid, Stickoxiden, Stäuben, Rauch, Asche und anderen Gasen, die Boden, Grundwasser, Pflanzen usw. kontaminieren. Quellen der Luftbelastungen sind in erster Linie Verbrennungsprozesse. Sieht man heute die Umgebung von Schmelzöfen oder ähnlichen Anlagen an, dann kann man ein vermindertes Pflanzenwachstum, Aussterben bestimmter Pflanzenarten sowie die Kontaminierung des Bodens konstatieren. (Vgl. Bossel 1994, S. 99) Bodenerosion oder Desertifikation sind u. a. die Folgen. Diese Folgen zwingen die Bevölkerung, auszuwandern. Die Einwohner zogen weiter, bis sie wieder entsprechendes Land fanden; von dort aus fing der Prozess von vorne an. (Vgl. Heidel 1996, S. 11)

Die ersten Studien der Deutschen fanden heraus, dass nur 1,5 % des ursprünglichen Waldes übrig geblieben und der Rest in Savanne umgewandelt worden war. Diese Umwandlung von Wald zu trockenem Grasland änderte auch die Muster des Klimas, des Niederschlags und des Bodens.

In der Gegend von Dapaa in Ghana wurden geschätzte 300.000 Bäume für die Erzeugung von Holzkohle zur Eisenverarbeitung gefällt. (Vgl. Goucher 1986, S. 70) Man fand 26 Schlackehügel in einer Bogenformation, die typisch für die ghanaische

Anordnung von Schmelzöfen war. Goucher schätzt, dass für ein Volumen von 6.000 m<sup>3</sup> Eisenerz 120.000 m<sup>3</sup> Holzkohle verbraucht wurde. (Vgl. Goucher 1986, S. 70)

Rund um die Siedlungen der Eisenarbeiter verschwand der Wald. Land, das bearbeitet werden konnte und in dessen Nähe sich Wald befand, war wichtig für diese Gesellschaften. War der Wald verschwunden, wurde das Land anfällig und der Zyklus von Wandern, Siedeln, etc. begann von Neuem.

Die Belastungen der Umwelt und Ressourcen waren im Wesentlichen mit Produktion und Konsumption verbunden. Produktion und Konsum belasteten die Umwelt auf verschiedene Weise:

- Die Nutzungsrate der Umweltressource (Baum)
- Die Rate der Belastung mit Schadstoffen (durch den Verbrennungsprozess)

Rückwirkungen auf die Bevölkerungszahl und das technisch-ökonomische System ergaben sich bei der Übernutzung der Ökosysteme und der Erschöpfung der Ressourcen. Hierbei handelte es sich teilweise um katastrophale Zusammenbrüche. (Vgl. Auböck 2002, S. 75-94; Bruenig 1986)

Zusammenfassend kann man das Folgende konstatieren: Ressourcenverschwendung und die Nichtbeachtung der ökologischen Folgen von bestimmten Produktions- und Handlungsweisen gab es auch schon in vorkolonialer Zeit, wenn auch noch nicht in dem Ausmaß, wie es z. T. später der Fall sein sollte. (Vgl. Goucher 1988, S. 57–61)

## **4.4 Die Kolonialgeschichte Togos**

### **4.4.1 Allgemeines**

Am 5. bzw. 6. Juli 1884 wurde Togo von Dr. Nachtigal als deutsches Schutzgebiet ausgerufen. 1885 übernahm das Deutsche Reich mit v. Soden die Verwaltung. Togo war vor allem eine Handelskolonie, deren Wirtschaft hauptsächlich auf der

Ausfuhr von cash crops basierte.<sup>15</sup> Es gab engste Verbindung zwischen der Norddeutschen Mission und der Bremer Kaufmannsfamilie Vietor. Die Kolonie war attraktiv für Händler, da es eine „Oase des Freihandels“ war. (Vgl. Erbar 1991, S. 110 ff.)

Schon vor 1884 gab es rege Kontakte von Missionaren und Händlern. Durch die Missionare war die Alphabetisierungsrate im Vergleich zu anderen Kolonien hoch.

Mit ausgedehnten Landerwerbungen wollte die *Deutsche Togo-Gesellschaft (DTG)* die Landwirtschaft in Togo dominieren. Doch in Togo fehlten die Strukturen, um Gesellschaften eine wirksame Entwicklungsmöglichkeit zu bieten.<sup>16</sup>

Eine Gruppe liberaler Händler und Missionare wandte sich gegen die brutalen Praktiken von Gesellschaften, vor allem gegen die DTG. Als Folge wurde eine Landkommission eingesetzt, die Rechtswidrigkeiten bei Vertragsabschlüssen mit der ansässigen Bevölkerung aufdeckte. Das Ergebnis war eine Landreform, die 1910 von der Kolonialverwaltung unter v. Zech durchgeführt wurde. Diese Landreform sicherte das Besitzrecht der Togolesen. Land konnte nicht ohne weiteres als „herrenlos“ erklärt werden. Schaffte es ein Togoese zu beweisen, dass er auf seinem Land arbeitete oder dieses über 10 Jahre besaß, dann konnte er nicht mehr vertrieben werden. (Vgl. Knoll 1978, S. 136) Der Kolonialbeamte v. Zech wurde später (1905–1910) Gouverneur von Togo. Er verhinderte, dass Togo Konzessionsgebiet wurde; er förderte zudem die togolesischen Bauern, die verschiedenste Kulturen

---

<sup>15</sup> „Als cash crops werden Feldfrüchte bezeichnet, die für den Verkauf und Export angebaut werden. Meist wird Kaffee, Kakao, Bananen, Baumwolle oder Palmöl angebaut. Bei cash crops handelt es sich um eine weltweite Entwicklungshilfe. Der Anbau findet in Monokulturen statt ... Da der Anbau in Monokulturen stattfindet, ist der Boden sehr ausgelaugt und arm an Nährstoffen. Um eine ertragreiche Ernte zu bekommen wird viel Dünger verwendet und auch der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln ist nicht gerade gering. Da es teilweise nicht genügend Niederschläge gibt, werden künstliche Bewässerungsanlagen gebaut. Durch den Eingriff in das Ökosystem wird längerfristig die Natur geschädigt.“ (Arbeitslehre.de o, J., S. 1.)

<sup>16</sup> Im Deutschen Koloniallexikon von 1920 ist unter dem Stichwort „Togo“ das Folgende zu lesen: „4. Togo. Schwere Enttäuschungen erlebte man in Togo mit den ersten Europäer-P. Es zeigte sich, dass die Hauptmasse des Landes wegen der klimatischen Verhältnisse und der Armut des Bodens an Nährstoffen für die Anlage von P. nicht in Frage kommen kann; nur wenige Gegenden sind dafür geeignet. Den Kaffeebau hat man aufgegeben, die Kokospalmenkultur als Hauptkultur ist zurückgegangen. Gute Resultate hat man bei Agu mit Kakao und Sisal gewonnen, auch Manihot Glaziovii liefert befriedigende Erträge. Die wichtigsten P. sind: Agu-Pflanzungs-Gesellschaft, Kpeme-Pflanzungsgesellschaft, Togo-Pflanzungs-Gesellschaft; sie gehören sämtlich zu dem Konzern der Deutschen Togo-Gesellschaft.“ (Deutsches Koloniallexikon 1920, S. 61)

anbauten. Die ansässige Bauernschaft bekam von den Deutschen auch Unterstützung, weil sie besser mit den Umweltgegebenheiten und den schwierigen klimatischen Bedingungen zurechtkam. Die Togolesen erbrachten einen Großteil der landwirtschaftlichen Produktion. Die von den Afrikanern betriebene Landwirtschaft war die ökonomische Basis der Kolonie.

Von Zech initiierte einige Entwicklungsprogramme und versuchte darüber hinaus, die Rechte der Eingeborenen zu verbessern. Seine Nachfolger setzten diese Politik nicht fort. Allerdings war und blieb die Eingeborenenwirtschaft immer ein Eckpfeiler der Wirtschaftsstruktur Togos. (Vgl. Erbar 1991, S. 111)

Hauptausfuhrprodukte waren Palmkerne und Palmöl. Dazu kamen noch Kaffee, Kakao und Getreide. (Vgl. Gründer 1985, S. 143)

1913 betrug die Einwohnerzahl Togos 1.031.715. Somit war Togo das am dichtesten besiedelte deutsche Schutzgebiet. Die Togolesen lebten vom Wanderfeldbau, Plantagen, Handel und als Hirten. (Vgl. Bruenig 1986, S. 230)

1906 fuhren die ersten Eisenbahnen; 1914 waren 330 km in Betrieb. (Vgl. Bruenig 1986, S. 231)

Die obersten Verwalter bzw. Gouverneure/Kommissare der deutschen Kolonie Togo waren in dieser zeitlichen Reihenfolge. (Vgl. Metzger 1941, S. 26-30; Dhm.de, o. J.; Lerntippsammlung.de o. J.; Deutsche-Schutzgebiete.de 2000):

1884/1885	Freiherr von Soden, Oberkommissar für Togoland
1885-1889	Ernst Frankenthal, Regierungsassessor
1889-1895	Jesko von Puttkammer, ab 1893 Landeshauptmann
1895-1902	August Köhler, ab 1898 Gouverneur
1902-1903	Waldemar Horn, Gouverneur
1904-1910	Graf von Zech, Gouverneur

1910–1912	Edmund Brückner, Gouverneur
1912–1914	Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, Gouverneur

Abbildung 8: Die obersten Verwalter bzw. Gouverneure/Kommissare der deutschen Kolonie Togo in chronologischer Reihenfolge.

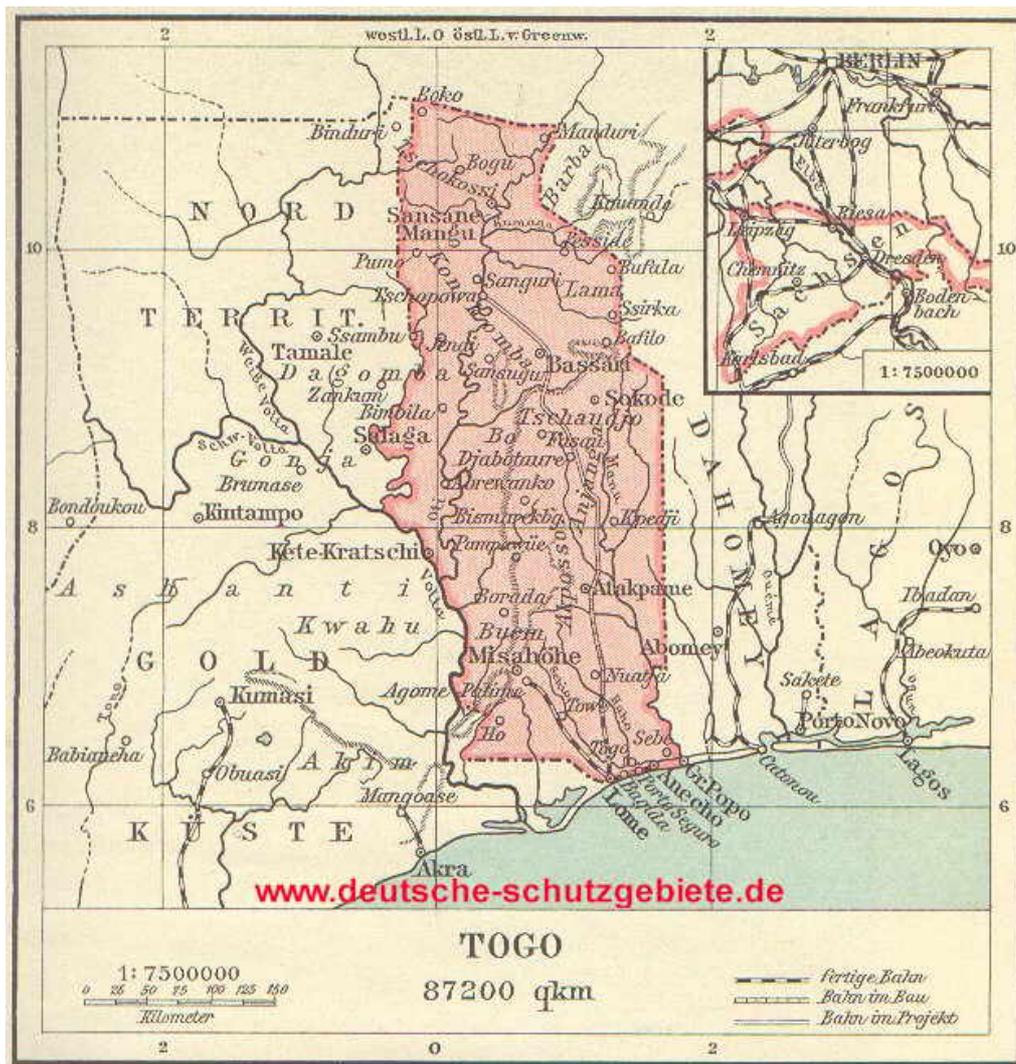


Abbildung 9: Landkarte von Togo, 1912 (Quelle: [http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo\\_Karte\\_1912.jpg](http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg)).

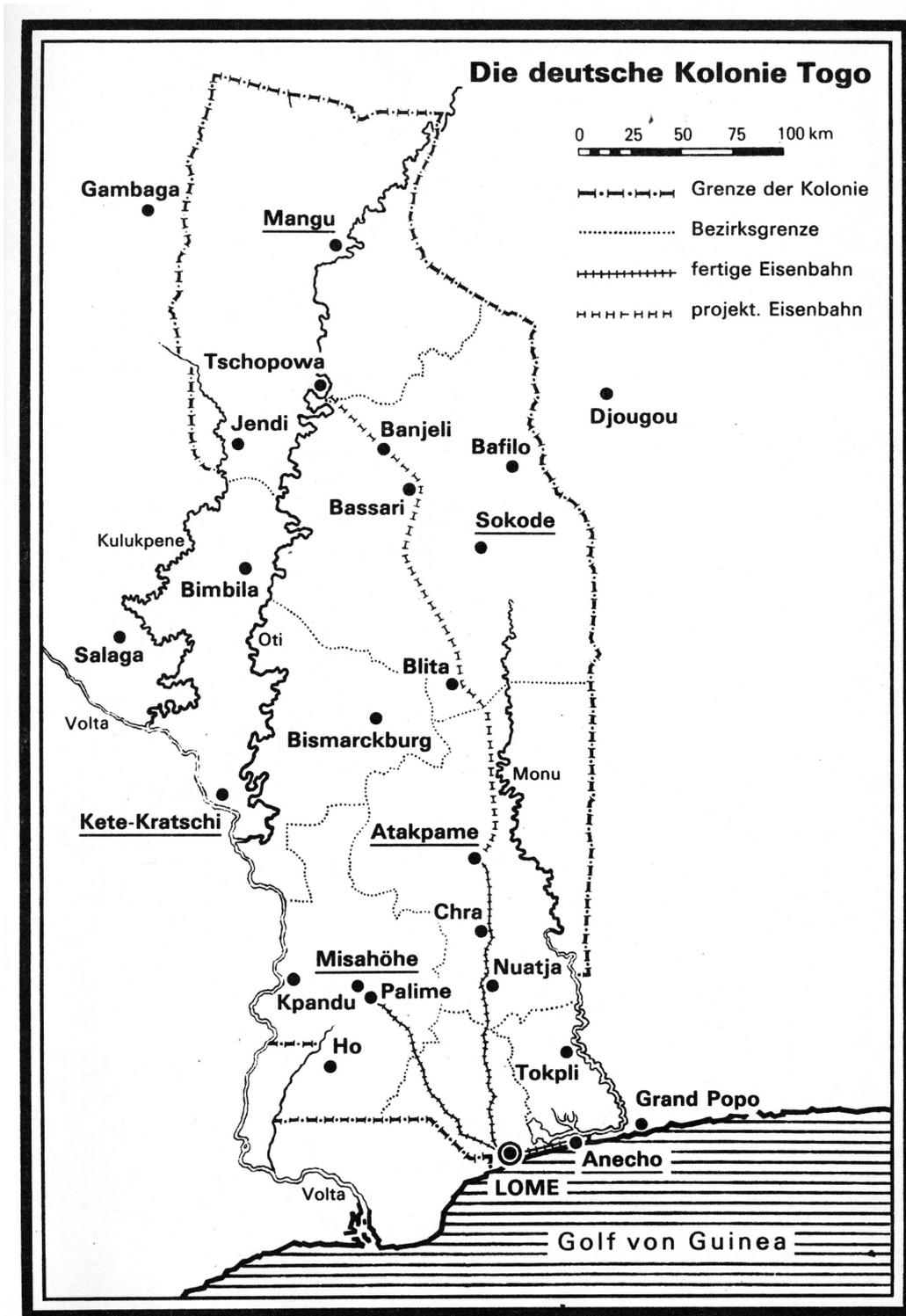


Abbildung 10: Landkarte der deutschen Kolonie Togo in Schwarz-Weiß 1912 (Quelle: [http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo\\_Karte\\_1912.jpg](http://echo.ec.funpic.de/webpages/Togo_Karte_1912.jpg)).

#### 4.4.2 Der Sektor der Landwirtschaft

Die deutsche Kolonialherrschaft über Togo dauerte von Juli 1884 bis August 1914.<sup>17</sup> Togo war eine Handelskolonie, deren Wirtschaft vor allem auf der Ausfuhr von cash crops basierte. Die Kolonie war attraktiv vor allem für Händler, da sie eine „Oase des Freihandels“ darstellte. Durch ausgedehnte Landerwerbungen wollte die *Deutsche Togo Gesellschaft (DTG)* die Landwirtschaft in Togo vorantreiben. Doch in Togo fehlten, wie schon erwähnt, die Strukturen, um Gesellschaften eine wirksame Entwicklungsmöglichkeit zu bieten. Bereits vor der offiziellen Errichtung des Schutzgebietes bestanden rege Handelskontakte. Die in Deutschland wegen der zunehmenden Industrialisierung benötigten Rohstoffe Palmöl und Kautschuk, später auch Kakao und Baumwolle, wurden aus den Kolonien importiert.

Hauptausfuhrprodukte von Togo waren Palmkerne und Palmöl. Im Jahr 1911 war der Anteil dieser Produkte am Export 75 %. Dazu kamen noch Kaffee, Kakao und Getreide als cash crops. (Vgl. Erbar 1991, S. 111)

Die Deutschen unterstützten die ansässige Bauernschaft. Die Bevölkerung des Gebietes kam besser mit den Umweltgegebenheiten und den schwierigen klimatischen Bedingungen zurecht und war zugleich sehr innovativ. Daher erbrachten die Togolesen einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion.

Im südlichen Togo produzierten die Bauern vor allem für den Weltmarkt.

Es wurden zwei Wege gewählt, um die Produktion zu steigern:

- Es wurde der Anbau von cash crops wie Baumwolle unterstützt.
- Europäische Landwirtschaftsexperten wurden zur Unterstützung der Bauern eingesetzt.

Zwei Landwirtschaftsexperten mit je fünf Assistenten arbeiteten in Togo, um die landwirtschaftlichen Methoden zu verbessern. Diese Experten vermittelten ihr Wissen; aber sie führten keinen Wechsel in der traditionellen Anbauweise herbei. In Agu und Kpeme entstanden Zentren, in denen man unter Anweisung von

---

<sup>17</sup> Vgl. Kap. 4.4.1.

Pflanzern neue Anbaumethoden erlernen konnte. Es wurde Düngen, Pflügen und das Vereinzeln von Pflanzen gelehrt. (Vgl. Knoll 1978, S. 140)

Eine der Innovationen, welche die Landwirtschaftsexperten durchsetzen wollten, war der Gebrauch von langstieligen Hacken auf den Feldern. Diese sollte den Bauern eine längere Arbeitszeit auf den Feldern ermöglichen.

Die Einführung des Pfluges war ein anderer Versuch, die Produktion zu erhöhen. In der Landwirtschaftsschule in Nuatja führte von Zech 1908 den Gebrauch des Pfluges als wichtigen Lehrgegenstand ein. Nach erfolgreichem Besuch der Schule bekam jeder Absolvent acht Hektar Land in seinem Heimatdistrikt zugewiesen. Obwohl diese Schule sehr viele Absolventen hatte, gelang es nicht, die Hacke durch den Pflug zu ersetzen. Ebenso wurden wenige der neuen Techniken weitergegeben. 1911 wurde die Landwirtschaftsschule in Nuatja in einen Musterbauernhof umgewandelt, der Saatgut an die Togolesen abgab. (Vgl. Knoll 1978, S. 140)

#### 4.4.3 Ölpalme

Die Ölpalme braucht eine möglichst gleichmäßige Temperatur von 24–28° C. Der Anbau ist deshalb im Wesentlichen auf Gebiete zwischen 10°N und 10°S und auf Höhen bis 500 m NN beschränkt. Zum guten Gedeihen braucht sie im Idealfall fünf bis sechs Stunden Sonnenschein täglich. Eine Trockenzeit von drei Monaten wird ohne Ertragseinbußen ausgehalten. In den ersten Jahren sind Zwischenkulturen (Erdnüsse u. a.) möglich. Bei guter Pflege kann man Krankheiten und Schädlinge gering halten. Im Alter von vier Jahren beginnen die Palmen zu tragen. Die Wildpalmen Afrikas erbrachten 0,6–1 t Öl/ha. In älteren Pflanzungen Afrikas betragen die Erträge 3,5 t pro ha und Jahr. (Vgl. Franke 1994, S. 219 ff; Rehm/Espig 1996, S. 83-86; Metzger 1941, S. 214 ff.)

Die Palmprodukte waren Togos wichtigste Exportprodukte. Hauptanbaugebiete waren die Gebiete Loméland und Anecho sowie das Land am Fuße der Berge in Zentraltogo, wo es regelmäßigen Niederschlag gab. Mit dem Bau der Eisenbahn erweiterten sich die Gebiete des Anbaus der Ölpalme, da nun auch der Norden (früher war der Transportweg zu weit) erschlossen wurde. Das machte sich relativ schnell spürbar: Im Jahre 1907 erschloss die Inland-Eisenbahnlinie die größten

Teile des Ölpalmgürtels, und die danach erbaute Trasse nach Atakpame erweiterte das exportfähige Gebiet beträchtlich, obgleich in letzterem Bezirk viele Ölpalmen für den Kulturpflanzenanbau eigentlich nicht recht geeignet waren. Weil die Landschaften des Togogebirges höhere Niederschlagsmengen und verminderte Schwankungen in der Regenverteilung aufweisen als im Süden Togos, war vor allen Dingen der wachsende Eisenbahnverkehr dafür verantwortlich, dass die Palmkernausfuhr im Jahre 1911 bspw. weit höher war als in den Jahren 1895 und 1902, die ohnehin schon Rekordjahre gewesen waren. Zwischen 1901 und 1906 wurden durchschnittlich 5720 t Palmkerne im Gesamtwert von ca. 1,1 Mio. M und 1471 t Palmkerne im Wert von 603.000 M exportiert; zwischen 1907 und 1912, also nach Eröffnung der Inlandbahn, waren es gemittelte 8603 t Palmkerne im Gesamtwert von knapp 2,3 Mio. M und ca. 2600 t Palmöl im Wert von 1,026 Mio. M pro Jahr.

In den Jahren 1904–1906 fiel die Ernte geringer aus, da diese Jahre sehr trocken waren. 1907–1911 regnete es reichlich, und 1911 wurde zum Rekordjahr für die Ernte. In den Folgejahren ging der Ertrag aufgrund von Trockenheit, die in Togo eine Hungersnot auslöste, wieder zurück; Folge war u. a. eine deutliche Reduktion des Kern- und Ölexportes im Jahre 1913. Dazu kam noch, dass die Togolesen sich vermehrt um die Kautschukernte kümmerten.

In Togo wurde die Ölpalme vor allem innerhalb eines dicht hinter der Küste beginnenden und ca. 140 km landeinwärts reichenden Streifens angebaut, dem sog. *Ölpalmengürtel*, der sich, wie oben schon angedeutet, über die ehemaligen Bezirke Loméland, Anecho, Misahöhe sowie Atakpame erstreckte. Die Palmen, die ab dem sechsten Jahr für den Ertrag verwertbar sind, wurden teilweise von den Einheimischen angepflanzt, vermehrten sich aber auch in der Form von Wildwuchs. Für die togolesische Bevölkerung ermöglichte die Ölpalme die Herstellung gleich mehrerer Produkte, z. B. Palmöl, Palmkerne sowie den bei feierlichen Anlässen häufig getrunkenen Palmwein, der durch Vergärung des Palmsafts gewonnen wurde (seine Bedeutung büßte er später etwas ein, als immer mehr Spirituosen in das alltägliche Leben der Afrikaner eindrangen). Der Ertrag der Ernte wurde teilweise für den Eigenverbrauch verwendet, jedoch auch (mit Ausnahme des Palmweins) euro-

päischen Faktoreien an der Küste sowie am Rande der Bahnlinien zum Kauf angeboten, um danach verschifft zu werden.

Palmöl herzustellen, erwies sich als recht umständliches Unterfangen. Solange das Palmöl noch frisch war, wurde es im gesamten Westafrika als Hauptlieferant für Speisefett benutzt. Darüber hinaus war Palmöl Ausgangsprodukt für Haaröl, Brennmaterial und Arzneimittel.

Ein Problem stellte zudem das Aufbereiten der Palmprodukte für den Transport dar, weil es leicht ranzig wurde. Es wurde versucht, auf traditionelle Weise oder mit modernen Hilfsmitteln Palmöl zu erzeugen. Aber die billigste Art war es, die ganzen Kerne nach Europa zu transportieren. In Europa wurde es vorwiegend zur Herstellung von flüssigen Seifen und Stearinkerzen verwendet; zudem diente es mit der aufkommenden Industrialisierung als billiges Schmiermittel für die Maschinenparks. Die Fruchtkerne konnten zudem zu Glycerin, Öl und Fettsäure verarbeitet werden. Die übrig gebliebenen Rückstände fungierten als Ausgangsprodukt für Viehfutter, den sog. *Palmkuchen*. (Vgl. Erbar 1991, S. 112 ff.)

#### 4.4.4 Baumwolle

Baumwolle ist eine ausgesprochen wärmeliebende Pflanze. Die Aussaat sollte nicht bei Bodentemperaturen unter 18°C erfolgen. Ideal sind 35°C. Baumwolle ist extrem frostempfindlich. Der Anbau von Baumwolle ist nur dann möglich, wenn mit mindestens 200 frostfreien Tagen pro Jahr gerechnet werden kann. Viel Sonne fördert Blühen und Fruchtansatz. Die Reifezeit sollte in die regenlose Periode fallen, da Regen die Faser schädigt. Viel Sonne fördert das Blühen sowie den Fruchtansatz. Längere Trockenheit während der Blüte und Kapselentwicklung beeinträchtigt jedoch die Erträge und kann zu größeren Einbußen führen. Pflanzenschutz ist von überragender Bedeutung, da es sehr viele Krankheiten und Schädlinge gibt. Die Erträge können unter optimalen Bedingungen 4 t/ha betragen. Der Weltdurchschnitt liegt bei 1,6 t; in vielen Ländern liegt er jedoch lediglich bei 0,8 t/ha. Es ist davon abzuraten, Baumwolle in Monokultur anzubauen; deswegen wird in vielen Ländern ein Fruchtwechsel alle drei Jahre vorgeschrieben. (Vgl. Rehm/Espig 1996, S. 315–320)

Die Lebensgrundlagen von Menschen, die in Anbaugebieten von Baumwolle leben, können allerdings leicht gefährdet werden. Die Vergiftung von Böden und des Grundwassers vermittels chemischer Wirkstoffe kann zu Wasser- und Agrarflächenknappheit führen und damit zu erheblichen Risiken für die Gesundheit der ansässigen Bevölkerung. Der konventionelle Anbau von Baumwolle benötigt große Mengen an Pestiziden und hat als Folge eine von der Chemie abhängige Landwirtschaft.

Die Bewässerung und die Verwendung von Dünger beim Baumwollanbau verursachen eine *Versalzung* der Böden. Als Folge haben weniger Salz-tolerante Baumwollsorten keine Chance zum Überleben. Die beiden bedeutendsten Ressourcen Wasser und Boden werden zusätzlich extrem gefährdet. Dies sind allerdings Folgerscheinungen des Baumwollanbaus, die sich in ihrer vollen Härte erst heute zeigen; weniger sichtbar waren sie in der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft in Togo. (Vgl. Haider/Reller o. J., S. 6)

Der Baumwollanbau wurde von Deutschland in der Kolonialzeit gefördert, da man die Abhängigkeit von ausländischen Quellen vermindern wollte.

Die ersten Versuche, Baumwolle zu pflanzen, wurden 1888 in Bismarckburg mit amerikanischer Saat gemacht. Ludwig Wolf baute sie an, aber er starb, bevor sein Werk vollendet war.

Von Puttkammer unternahm in Sebe Versuche mit Baumwolle, aber ohne großen Erfolg.

1890 kam Goldberg nach Togo, um Boden und Klima zu testen. Er bebaute nahe Loméland Felder mit Baumwolle, und einige Chiefs aus Anecho folgten dem Programm. Auch dieses Programm verlief jedoch im Sande.

Zehn Jahre später wurden vier Afro-Amerikaner vom *Booker T. Washington's Tuskegee Institute* zu einer Baumwollexpedition nach Togo eingeladen. Bei Towe richteten die US-Amerikaner 28 Hektar Land her, um verschiedene Baumwollarten zu testen. (Vgl. Beckert 2005)

1905 führte von Zech in Nuatja eine „Baumwollschule“ ein. Die Studenten lernten drei Jahre Baumwollpflanzung und andere fortgeschrittene landwirtschaftliche Techniken. Sie kehrten anschließend in ihre Heimatbezirke zurück, um ihr Wissen weiterzugeben. Dieser Ansatz, Wissen weiterzugeben, erwies sich jedoch als Fehlschlag.

1912 wurden 2.204 Ballen Baumwolle exportiert. Doch trotz dieses Ertrages wurden nur 14 % des ganzen Baumwollimports Deutschlands von den Kolonien gedeckt. (Vgl. Metzger 1941, S. 241 ff.; Erbar 1991, S. 128 ff.)

#### 4.4.5 Kautschuk

Kommerziell wird der Milchsaft verschiedener Hevea-Arten gesammelt. Hevea ist ein Baum des tropischen Regenwaldes. Er wächst bei Durchschnittstemperaturen von 28°C; 2.000–4.000 mm Regen gelten als optimal. Hat der Stamm in ein Meter Höhe 45–50 cm Umfang erreicht, kann das Zapfen beginnen. Die Rinde wird so tief wie möglich angeschnitten, ohne das Kambium zu verletzen. Der Milchsaft fließt sofort und wird in Eimern gesammelt. Lässt die Latexmenge nach, wird eine Ruhepause von einigen Monaten eingelegt. Bei jedem Zapfschnitt werden 1,5 mm Rinde entfernt. Das ergibt im Jahr einen Rindenverbrauch von etwa 25 cm. Ist die eine Seite des Baumes aufgebraucht, wechselt man auf die andere Seite. (Vgl. Franke 1994, S. 145 ff.; Rehm/Espig 1996, S. 339 ff.)

Kautschuksammeln war sehr verbreitet bei den Togolesen. In den ersten zwanzig Jahren deutscher Herrschaft wurde ein guter Preis für Latex gezahlt.

1888 begann von Bismarckburg aus das Kautschuksammeln. Die Adeli, Bewohner eines Orts nördlich von Atakpame, sammelten Latex von wilden Bäumen. Sobald die Bevölkerung erkannte, wie lukrativ das Kautschuksammeln war, widmeten sie sich vor allem dieser Tätigkeit. Dies ging so weit, dass sie den Anbau ihrer eigenen Nahrungsmittel vernachlässigten und Nahrung aus umliegenden Bezirken importieren mussten. Sehr oft wurden bei der Ernte von Latex die Bäume durch zu tiefe Schnitte zerstört, indem Wurzeln gekappt oder ganze Bäume gefällt wurden.

1898 wurde ein Gesetz erlassen, welches das Fällen der Bäume ohne offizielle Erlaubnis verbot. Ein Gesetz vom Juni 1900 schränkte das Kautschuksammeln auf die Einwohner eines Gebietes ein. Nur noch die Chiefs konnten die Erlaubnis zum Sammeln erteilen.

Die europäischen Plantagen spielten keine große Rolle in der Produktion für den Kautschukexport. Die Schwankungen auf dem Weltmarkt für Kautschukpreise waren zu groß, als dass sich Investitionen in Kautschukbäume lohnten. 1913 fiel der Kautschukpreis von 650 bis 750 Mark pro hundert Kilogramm auf 260 bis 330 Mark für dieselbe Menge. (Vgl. Erbar 1991, S. 123 ff.; Reinitzer 1916, S. 247–259)

#### 4.4.6 Kakao

Der Kakaobaum wird 8–10 m hoch. In Kultur wird er durch Beschneiden meist niedriger gehalten. Er gedeiht am besten im feucht-tropischen Klima bei Temperaturen von 25–28 °C. Die Temperatur des kältesten Monats sollte noch über 20°C liegen. Regen sollte gleichmäßig über das Jahr verteilt fallen. Früher wurde er überwiegend unter Schattenbäumen gezogen, er gedeiht aber auch in voller Sonne. Kakao sollte nicht nach Brandrodung gepflanzt werden. Ideal erwies sich eine Mischung mit Banane und Maniok; dies sind Nutzpflanzen, die zwischen die Kakao-bäume gesetzt werden. Damit kann die biologische Aktivität des Bodens erhalten werden, zudem kann sich die Mykorrhiza des Kakaos relativ rasch entwickeln. Der Nährstoffentzug durch die Ernte ist dann nicht allzu groß, wenn die Fruchtschalen als Mulch in die Pflanzung wieder eingebracht werden. Das Nährstoffangebot in schattenloser Kultur sollte mindestens doppelt so hoch sein wie unter Schatten; damit können die Erträge sogar verdreifacht werden.

Der Reifegrad der Früchte ist an der Verfärbung der Schale zu erkennen. Die Früchte werden mit scharfen Messern abgetrennt. Etwa 20 Früchte liefern ein Kilogramm getrocknete Bohnen. Als guter Ertrag werden 1–1,5 t trockene Bohnen pro ha und Jahr betrachtet. (Vgl. Rehm/Espig 1996, S. 244–249)

Kakao war eines der tropischen Produkte, deren Anbau durch die Regierung unterstützt wurde. Kakao wurde von Togolesen, die an der Goldküste arbeiteten, nach Togo gebracht. Sie nahmen Saatgut und junge Bäume mit. Anbaugesamt wurde

Misahöhe. 1902 waren diese Bäume 7–10 Jahre alt. Die Kakaobäume gediehen am ehesten in Gebieten, in denen die Regierung Forstschutzgebiete errichten wollte. Die Togolesen pflanzten heimlich die Kakaobäume in diesen Regionen, da sie ihre Zeit lieber in den Kakao investierten als in den weniger profitablen Baumwollanbau. (Vgl. Knoll 1978, S. 152)

Dies bewog die Regierung den Kakaoanbau zu unterstützen, nachdem Sicherheitsrichtlinien zum Forstschutz erstellt wurden.

Eine der ersten Maßnahmen war, gutes Saatgut aus Kamerun zu verteilen. Da die Kakaoanpflanzungen sehr anfällig gegen Insekten – Käfer und Termiten – und das Klima sind (wegen zu wenig Niederschlag), wollte von Zech die Togolesen nicht weiter ermutigen, Kakao anzubauen. Doch da 100 Kilogramm Kakao auf dem Hamburger Markt 100–120 Mark erzielten, riskierten Togolesen und auch Deutsche immer wieder den Kakaoanbau. 1904 besaß die Hupfeld APG 22.000 Kakaobäume; von diesen Bäumen wurden nur 14 % des Kakaoexports von Togo geerntet. Die restlichen 86 % kamen von den togolesischen Produzenten. (Vgl. Knoll 1978, S. 153; Metzger 1941, S. 253 ff.)

Kakaoanbau hatte zudem den Nachteil, zu einer weitreichenden Waldverwüstung zu führen. (Vgl. Metzger 1941, S. 256)

#### 4.4.7 Mais

Getreide wird in den Tropen in drei verschiedenen Klimagebieten angebaut: im Winterregengebiet in der kühlen Jahreszeit, in subtropischen Sommerregengebieten und in Höhenlagen über 1800 m NN. Eine Durchschnittstemperatur von 18,5°C gilt als optimal. Bei Temperaturen über 27 °C nimmt die Krankheitsanfälligkeit zu. Anspruchslose Sorten können mit 250–300 mm Regen auskommen. In der Praxis werden 3–6 t/ha geerntet. Anspruchslose Sorten bringen im Trockenfeldbau 0,6–1 t/ha. (Vgl. Rehm/Espig 1996, S. 15–17 {Getreide allgemein} und S. 26–28 [Mais])

Getreide war in Togo vorwiegend in Form von *Mais* sehr verbreitet, da es wenig Aufmerksamkeit erforderte und zweimal im Jahr geerntet werden konnte; deswegen wurde es neben der Ölpalme am meisten angebaut. (Vgl. Metzger 1941, S. 233)

Die Togolesen wussten, dass Getreide den Boden auslaugte; nach drei Ernten ließen sie das Land brachliegen und rodeten neues Land. Mit dieser slash-and-burn-Methode wurde sehr viel Land verbraucht. Vor allem im Bezirk Anecho wurde Mais angebaut. Die Hälfte bis 2/3 von Togos Maisexport kam aus diesem Bezirk. (Vgl. Metzger 1941, S. 234) Im Jahre 1908 fand die größte Maisausfuhr statt, ca. 30 Millionen kg im Wert vom 3,4 Millionen Goldmark. (Vgl. Metzger 1941, S. 233) *„Der Preis auf dem Hamburger Markt für Togo-Mais schwankte in diesem Jahr zwischen 130 und 140 GM je 1000 kg, fiel in den nachfolgenden Jahren bis 102 GM und konnte sich erst im Jahre 1912 allmählich wieder so erholen, dass die Eingeborenen dem vermehrten Anbau neuerdings Interesse entgegenbrachten.“* (Metzger 1941, S. 233 f.)

1913 musste gar u. a. Mais nach Togo importiert werden, da die togolesischen Bauern wegen des höheren Verdienstes in großem Ausmaß auf Ölpalmenproduktion umgestiegen waren. (Vgl. Erbar 1991, S. 119–122; Metzger 1941, S. 233 ff.)

#### 4.4.8 Kaffee

*Coffea arabica* ist an kühlere Temperaturen angepasst und gedeiht bestens in tropischen Höhenlagen. *C. canephora* braucht höhere Temperaturen und gleichmäßigere Niederschläge. Beiden ist gemeinsam, dass etwa zwei Monate Trockenheit das Blühen fördert. Kaffee verträgt viel Schatten, ohne Schatten ist eine höhere Düngung nötig. Ungünstige Wachstumsbedingungen haben Pilzkrankheiten zur Folge. Die reifen Beeren werden durch mehrmaliges Pflücken geerntet.<sup>18</sup>

J. K. Vietor und Martin Paul waren die einzigen Deutschen im Kaffeeanbau. 1899 verfügte Paul über 2.000 Bäume, Vietor über 30.000. In den 1890er Jahren sank der Kaffeepreis, und 1906 gab Paul den Kaffeeanbau auf. Danach blieb Kaffeeanbau ein hauptsächlich togolesisches Unternehmen. Schon 1899 war die Anzahl der Kaffeebäume in ihrem Besitz zweimal größer als die der Europäer. (Vgl. Knoll 1978, S. 155)

---

<sup>18</sup> Vgl. Franke (Hg.) (1994; 40 ff.).  
Vgl. auch: Rehm/Espig (1996; 235–240).

#### 4.4.9 Kokospalme

Das Hauptanbaugebiet der Kokospalme erstreckt sich von 15°N bis 15°S. Für einen guten Ertrag braucht sie 26–27°C durchschnittliche Jahrestemperatur und geringe Temperaturunterschiede. Wenn genügend Grundwasser verfügbar ist, wächst sie auch in trockenen Regionen sehr gut. Sie benötigt viel Sonnenschein. Eine Palme liefert 30–50 Nüsse im Jahr. Hohe Erträge bringt die Kokospalme bis zu ihrem 40. Lebensjahr, danach geht die Produktion zurück. Exportprodukte der Kokospalme sind Kokosöl, Kopra, Kokosflocken und Nüsse. (Vgl. Rehm/Espig 1996, S. 86–89)

Für Togo erreichte die Kokospalme nie die Bedeutung der Ölpalme. Einer der Gründe war, dass sie nur in den Küstenregionen optimale Wachstumsbedingungen vorfand. Die Regierung unterstützte Versuche mit der Kokospalme nicht, da ihre Aufmerksamkeit der Ölpalme galt.

1903 gab es in Kpeme eine Plantage mit 100.000 Kokospalmen. Allerdings hatten die lokalen Bauern dreimal so viele Kokospalmen wie die Deutschen. 1909 exportierte ein afro-brasilianischer Bauer 37.250 kg Kopra.

Es gab zwei Probleme, die alle Pflanzler kannten: Das waren einerseits die Trockenzeit und andererseits die Schadinsekten. In einem Jahr verlor Kpeme 44.254 junge Bäume. Dazu kam, dass die verbleibenden Pflanzen von Käfern und Läusen angegriffen wurden. Das Sprühen von einer Sodalösung vernichtete die Schädlinge, war aber sehr kostenintensiv.

Ein weiterer Nachteil waren die langen Transportwege. Die Eisenbahn von Lomé nach Anecho wurde auch Kokosnussstrecke genannt, da diese eine wichtige Verbindung von den Plantagen zum Hafen darstellte. Allerdings war Kopra relativ schwer, und die langen Transportwege verursachten deshalb relativ hohe Kosten. (Vgl. Knoll 1978, S. 155)

#### 4.4.10 Wald

In Kapitel 4.5 wird genauer auf die Forstwirtschaft Togos während der deutschen Kolonialzeit eingegangen<sup>19</sup>; deshalb sei an dieser Stelle noch kurz auf die Wälder Togos und deren damalige Beschaffenheit eingegangen.

Das Gouvernement ließ in den waldarmen Gegenden durch Forstfachleute umfangreiche Aufforstungen beginnen. Ebenso wurde eine Waldschutzverordnung erlassen und große, ungenutzte Waldgebiete wurden zu staatlichen Waldreservaten erklärt.

Man befürchtete, dass durch den Mangel an Wald der Boden austrocknen und erodieren würde. Die Forstexperten glaubten, dass Südtogo einmal ganz mit Regenwald bedeckt war.

1906 begann von Zech mit einem Wiederaufforstungsprogramm. 28.000 ha sollten in 25 Jahren bepflanzt werden. 1912 wurde geschätzt, dass 680 ha wieder aufgeforstet worden waren. Die Regierung hoffte, dass Togo einmal seinen Bedarf an Holz aus eigener Produktion decken könnte. (Vgl. Metzger 1941, S. 144 ff.)

Die Wildtiere waren nicht sehr artenreich vertreten. Es gab keine Jagdbeschränkungen. Erst in den letzten Jahren der deutschen Herrschaft wurden Beschränkungen auf einige Wildtiere eingeführt z. B. für das Flusspferd im Monofluss. (Vgl. Knoll 1978, S. 92)

#### 4.4.11 Zusammenfassende Betrachtung der Landwirtschaft in Togo während der deutschen Kolonialzeit

Die Landwirtschaft in Togo erhielt nur teilweise Förderung; im Wesentlichen konzentrierte sich diese Förderung auf den Anbau von Kokospalme, Mais und Baumwolle. (Vgl. Metzger 1941, S. 230 ff.) Die Regierung versäumte es, die Togolesen zu ermutigen, Kakao anzubauen oder mit anderen tropischen Produkten zu experimentieren. Vietor bedauerte diese versäumte Gelegenheit, als die Togolesen Initiative beim Anbau von Kakao und Kaffee zeigten. Nichtsdestoweniger dehnten die

---

<sup>19</sup> Vgl. Kap. 4.5.

Togolesen den Kokosnussanbau aus, holten Kakao von der Goldküste und versuchten obendrein, Kaffee anzubauen. (Vgl. Knoll 1978, S. 14)

Die togolesischen Bauern im Süden transformierten ihren Subsistenzanbau in eine kommerzielle Landwirtschaft und produzierten für den Weltmarkt, wobei sie sehr oft den Boden für Kaffee und Kakao einsetzten. Außerdem wurde, wie schon erwähnt, Kokospalme, Mais und Baumwolle angebaut.

Die ansässigen Bauern spielten eine große Rolle in der Landwirtschaft. Es gab im Vergleich zu anderen Kolonien sehr wenig Plantagenwirtschaft. Plantagengesellschaften wurden nämlich durch gesetzliche Vorschriften, Verordnungen, etc. in ihrem Wirken stark eingeschränkt. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 6 ff.)

## **4.5 Forstwirtschaft in Togo unter deutscher Kolonialverwaltung**

### **4.5.1 Forstwesen in der Kolonialzeit**

Für das Forstwesen in den Kolonien waren folgende Punkte von Relevanz:

- Die gewissenhafte Nutzung der Wälder, wobei auf Verbesserung der Bestände zu achten war. Schutz und Schonung des Vorhandenen bei gleichzeitiger Beachtung der Nachhaltigkeit des Betriebs und der Wohlfahrtswirkung des Waldes.
- Erforschung der Wälder in den Kolonialgebieten.
- Kulturversuche mit Holzarten, die als nutzbar bekannt waren (wie im Falle von Togo).

Von den Gouverneuren zeigte Graf Zech (1868–1914) ein besonderes Interesse an Wald und Bodenkultur. Er amtierte von 1903 bis 1910. (Vgl. Smith 1978, S. 473–491) 1902–1908 führte der forstlich und botanisch sehr interessierte Dr. Kersting (1863–1937) das Bezirksamt von Sokode, der allerdings auch für seine rabiaten

Methoden bei der Behandlung der afrikanischen einheimischen Bevölkerung berücksichtigt war. (Vgl. Helm 2004, S. 27; Zustrassen 2008)

1906 trat der bayrische Forstassessor und spätere Regierungs- und Forstrat Metzger für 4 Jahre den Dienst in Togo an. Metzger begann schon sehr bald, über die Waldverhältnisse und die Aufforstung in Togo Beiträge in einschlägigen Zeitschriften und Mitteilungsblättern zu veröffentlichen. (Vgl. Metzger 1910 und 1911)

Oberste Behörde für die deutschen Schutzgebiete in Afrika war von 1894 bis 1907 die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin. Danach war es das Kolonialamt mit einem Staatssekretär, das dem Reichskanzler unterstand. (Vgl. Bundesarchiv.de o. J.; Wagner 2002)

1914 wies Togo laut Engler folgende Vegetationsformen auf:

- Mangrove und Creekland
- Parkartige Bestände mit charakteristischen westafrikanischen Formen (Waldreste in Kulturland)
- Galerie- und immergrüner Regenwald
- Alluvialland mit westafrikanischen Formen
- Alluvialwald mit zentral- u. ostafrikanischen Formen, auch mit Palmen
- Sumpfland
- Trockenwald
- Trockenes Buschgehölz, auch Gebirgsbusch, zum Teil mit dauerblättrigen Formen
- Buschreiche Einzelberge
- Baum- und Buschsteppe
- Ölpalmenzone, oft mit geschlossenen Beständen. (Vgl. Engler, in: Bruenig 1986, S. 231)

- Den größten Teil nahm dabei die Busch- und Baumsteppe ein. Eine Besonderheit war die geschlossene Ölpalmenzone im Süden Togos. (Vgl. Engler, in: Bruenig 1986, S. 231)

#### 4.5.2 Feuerökologie<sup>20</sup>

*„Die Politik der Administration zielte in zwei Richtungen: Einerseits erließ man am 5. August 1912 eine Verordnung, die die Waldrodung durch Axt und Brand verbot. Angesichts der geringen Bewaldung erschien eine Waldschutzverordnung als sinnvolle Maßnahme und wurde von den Kolonialpropagandisten gelobt.“* (Sebald 1988, S. 357)

Eine besonders günstige Wirkung war und ist z. B. den Waldgebieten Mitteltogos beizumessen. Ihre hohe Bedeutung liegt vor allem in ihrem Waldinselcharakter.

*„Sie besteht darin, dass diese Wälder inmitten der alljährlich auf den Steppengebieten stattfindenden Brände eine große brandfreie Insel bilden. Dadurch wird ebenfalls wieder lokal für weite, angrenzende Gebiete ein diesen Bränden zukommender schädlicher Faktor abgeschwächt. Die von den Bränden stammenden Kohle- und Ascheteilchen füllen nämlich die Luft an und werden auch viele Wochen nach Beendigung der Brände mit jedem Windstoße vom Boden wieder neuerdings der Luft zugeführt. Durch diese herumwirbelnden Ascheteilchen wird aber der Luft eine beträchtliche Menge von Feuchtigkeit entzogen, da ja die Asche sehr hygroskopisch ist. Schaltet man also auf großen Gebieten durch Erhaltung der Waldbestände die Brände aus, so wird auch in benachbarten Gebieten die durch die Brände bedingte Verminderung der Luftfeuchtigkeit lokal gemindert.“* (Deutsches Kolonialblatt 1908, Nr. 22, S. 1105)

An diesem zitierten Beispiel kann man die wichtige Funktion des Waldinselcharakters der Wälder Mitteltogos ersehen.

---

<sup>20</sup> Feuerökologie, als Wissenschaft betrachtet, erforscht die Wechselwirkungen zwischen Feuer und Vegetation. (Vgl. Schüpferling 2009, S. 2 f.). Siehe auch Kap. 4.5.3.

Bei den Bränden werden neben CO, CO<sub>2</sub>, Kohlenwasserstoffverbindungen hauptsächlich Rauchpartikel und Wasserdampf gebildet. Diese Verbindungen werden als Rauch gesehen. Die Emission von Rauchpartikeln ist bei Waldbränden höher als bei Gras- und Steppenbränden, da bei Waldbränden mehr feuchte Vegetation verbrannt wird. Ein Minimum an Rauchentwicklung wird nur bei genauer Berücksichtigung des Wetters erzielt.

Jedoch auch die Gesichtspunkte der waldbaulichen Aufforstungspraxis richteten sich danach, vorhandene Waldinseln zu zusammenhängenden Waldflächen zu vereinen. Forstassessor Metzger plante, dies durch die Aufforstung der Baumsteppe zu bewerkstelligen, die vom Uferwald des Haho eingeschlossen war.

*„Als zweiter Grund war bestimmend, dass an dieser Stelle der Schutz gegen die alljährlich in der Trockenzeit stattfindenden Grasbrände bedeutend erleichtert ist insofern, als nur eine Seite, nämlich die gegen die Baumsteppe liegende Seite der aufgeforsteten Fläche, also die Sehne des Kreisbogens, zu schützen ist. Die übrigen Seiten genießen den durch den Flusslauf bzw. dessen Uferwald gebildeten natürlichen Schutz. Bei dieser Gelegenheit möge gleich kurz erwähnt werden, dass nach dieser einen offenen Seite der Schutz gegen das Eindringen von Grasbränden nach den Kulturen in sehr einfacher Weise ausgeübt wird, indem zu Beginn der Trockenzeit das gegen die Kultur anliegende Gelände bei gutem Wind, d. h. bei Wind, der von der Kultur abstreicht, gebrannt wird. Alsdann vermag das weiter im Norden von Jägern angezündete Grasfeuer über die bereits gebrannte Fläche nicht vorzudringen, somit bleibt die kultivierte Fläche geschont.“* (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 4, S. 131)

### **4.5.3 Gegenüberstellung: Ökologische Forstwirtschaft heute und gestern**

#### **4.5.3.1 Feuerökologische Praxis über die Zeiten hinweg**

Feuer wird heute in einigen Ländern der Erde, vor allem in den USA, als zielgerichtetes Hilfsmittel im forstlichen Management eingesetzt. Dem Feuer in der Natur wird gerade in der modernen Forstwirtschaft ein besonderer Stellenwert eingeräumt, weil Waldbrände in aller Welt jährlich große Waldbestände zerstören.

Diese Waldbrände werden zum Teil durch den Menschen verursacht, andere durch natürliche Umwelteinwirkungen wie Blitzschläge. Die Lehre der modernen Forstwissenschaft beinhaltet auch die Notwendigkeit einer Waldbrandbekämpfung. Zu sehen ist dies an der Entwicklung vorbeugender waldbaulicher Maßnahmen und anderer Feuerbekämpfungstechniken. Vor allem in den USA wurden diese Techniken seit dem Ersten Weltkrieg sehr verfeinert. Erst später erkannte man, dass das Dogma einer strikten Feuerbekämpfung und -verhütung im Denkansatz auch Fehler hatte. Man erkannte, dass Feuer in der Natur nicht nur zerstörende Wirkung hat.

Heute weiß man, dass dem Feuer auch eine große Bedeutung als ökologischer Faktor zukommt und als integrierter Bestandteil der Umwelt anzusehen ist. Für die Entwicklung von Savannen und Grasländern spielte das Feuer immer eine entscheidende Rolle – auch und erst recht für die darin lebenden Menschen und Tiere. Naturvölker und frühzeitliche Jäger nutzten das Feuer bereits als wichtiges Hilfsmittel zum Nahrungserwerb.

Brandrodung der Wälder diente der Erweiterung der Kulturlächen, zur Nährstoffeinbringung und Stimulierung des Graswachstums für die Viehherden. Darüber hinaus war das Feuer ein wichtiges Hilfsmittel zur Schädlingsbekämpfung (z. B. bei der Bekämpfung der Heuschreckenplage oder Tse-Tse-Fliege [Malariaüberträger]).

In feuerabhängigen und -angepassten Ökosystemen stellt Feuer einen integrierten Bestandteil der Umwelt dar. Bezüglich der Feuerwirkung unterscheidet man in solchen Ökosystemen zwischen

- vernichtenden Schadfeuern, heißen Feuern oder Waldbränden herkömmlicher Art und
- kalten Feuern, die meist leichte Bodenfeuer mit geringerer Intensität sind. Ihre Auswirkung auf die Umwelt ist eher gering.

Im Feuermanagement unterscheidet man zwischen „*prescribed burning*“ und „*controlled burning*“. „Controlled burning“ besagt nur, dass das Brennen unter mensch-

licher Kontrolle stattfindet. Das „prescribed burning“ nimmt auf Faktoren wie Wetter, Bodenbeschaffenheit, Tageszeit, spezielle Waldzusammensetzungen, Wild, Weide, etc. Rücksicht. Daraus ergibt sich, dass das Brennen der Steppe bei den Afrikanern der Steppengebiete bereits als „controlled burning“ anzusehen war.



Abbildung 11: Feuer in der Savanne (Quelle: <http://www.fire.uni-freiburg.de/feuroekologie/feuerd.htm>).

Bei der Durchführung des „prescribed burnings“ im Grasland- und Savannenmanagement sind die Zielsetzung des Feuermanagements und der Zeitpunkt des Brennens wesentlich. Am Ende der Trockenzeit wird zum Zweck der Erhaltung von Weideland mit hohen Temperaturen gebrannt. Niederwald und Buschvegetation werden auf diese Weise kontrolliert und unterdrückt. Vorhandene Grasflächen können sich somit frei und ohne Konkurrenz entwickeln. Am Ende der Regenzeit können Waldgebiete durch Brennen mit „*low intensity fires*“ in ihrer Waldstruktur erhalten und begünstigt werden.

Im Habitatmanagement wird das Brennen zur Förderung einer Wildtierart, bei dem auch wissenschaftliche Erkenntnisse ausgewertet werden, als „prescribed burning“ bezeichnet.

Die Techniken des Brennens im Feuermanagement sind die folgenden:

- *Gegenwindfeuer*: Die Front des Feuers läuft gegen den Wind. Es wird von einer Straße, Bach oder Ähnlichem ausgegangen. Diese Ausgangslinien erlauben dem Feuer, nicht mit dem Wind zu laufen. Bei dieser Technik kann das Feuer leichter kontrolliert werden. Gegenwindfeuer ist günstig bei großen

Mengen an angesammeltem brennbarem Material. Die höchste Temperaturentwicklung ist dicht über dem Erdboden, daher wird ein Vorheizen des Kronenraumes verhindert und damit ein Übergreifen in die Kronen.

- *Lauffeuer*: Die Front des Feuers läuft mit dem Wind, daher ist die Intensität des Feuers hoch, und das Feuer breitet sich schnell aus. Bei diesem Feuer schlagen die Flammen höher; daher wird ein größerer Temperaturanstieg in größerer Höhe erreicht. Es ist schwieriger zu kontrollieren und gefährlicher als die Gegenwindfeuer. Beim Feuer-Management wird das Lauffeuer vor allem in Savannen und Grasländern angewandt, da die hohen Temperaturen die Buschvegetation vollständig vernichten.
- *Streifenlauffeuer*: Mehrere Feuerstreifen werden bei dieser Technik quer zum Wind gelegt. Das vom Wind getriebene Lauffeuer trifft auf das Gegenwindfeuer eines Parallelstreifens und kann dadurch nicht die volle Intensität entwickeln, um gefährlich zu werden. Diese Technik erlaubt ein Arbeiten bei hoher Luftfeuchtigkeit.
- *Flankenfeuer*: Die Feuerlinien werden parallel in den Wind gelegt.
- *Punktfeuer*: Punktförmige Feuer werden in mehreren Linien angelegt. Die Feuer brennen in alle Richtungen, bis ihre Fronten zusammenstoßen. Diese Methode erfordert allerdings viel Erfahrung und Kenntnis des Feuerverhaltens.
- *Ringfeuer*: Hier werden Feuer um die abzubrennende Fläche ringförmig angelegt. Ringfeuer werden zur Beseitigung von Schlagraum und zur Bodenvorbereitung angewandt.
- *Sternförmiges Feuer*: Die Feuerlinien gehen sternförmig von einem Zentrum weg. Diese Methode kann gefahrlos an stärker geneigten Hängen mit anderen Feuertechniken kombiniert werden. (Vgl. Universität Freiburg o. J., Kap. 3, o. S.; Scinexx 2010; Goldammer 1994; Jung-Hüttl 2002)

#### 4.5.3.2 Das Gegenwindfeuer des Forstassessors Metzger

Forstassessor Metzger wandte als Schutz für seine Forstkultur schon Feuer während der deutschen Kolonialzeit in Togo an. Wie aus seinen Aufzeichnungen zu erschließen ist, brannte Metzger bei guten Windverhältnissen ein Gegenwindfeuer, das sich von der Kultur wegbewegte. Die von Jägern gelegten Feuer konnten die Aufforstungsflächen von Metzger nicht mehr gefährden, da das Gras schon gebrannt war, und das Feuer die Fläche nicht überspringen konnte.

*„Durch einen Schädling, eine Larve, die sich in die Terminalknospen einfrisst ..., wurden viele Pflanzen ... von dem Schädling befallen ... als Maßregel gegen die Vermehrung des Schädlings ... wird künftig jede Khaya, deren Gipfeltrieb sich an dem Auftreten von braunen Kothäufchen erkennen lässt, dass sich in ihm der Schädling aufhält, geschnitten werden; die abgeschnittenen Triebe werden gesammelt und verbrannt.“*  
(Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 4, S. 135)

Zur Kontrolle von Schädlingen wird Feuer als Mittel im Habitat-Management benutzt. Biotope können so verändert werden, dass sich Schädlinge aus dem betroffenen Gebiet zurückziehen. Als direkte Gegenmaßnahme wird Feuer z. B. bei der Insektenbekämpfung verwendet. Vor der Entwicklung von Insektiziden war Feuer meistens die einzige Möglichkeit, Schädlinge zu bekämpfen. (Vgl. Arbeitsgruppe Feuerökologie Global Fire Monitoring Center [GFMC] 2004)

#### 4.5.3.3 Natürliche Vegetation

In der heutigen Forstwirtschaft werden zur Einschätzung der Naturnähe eines Waldbestandes folgende Klassifizierungen verwendet:

- *Natürliche Vegetation* – bezeichnet die Art und Weise, wie sich das Waldbild ohne Menscheneinwirkung aus der ursprünglichen Vegetation bis heute entwickelt hätte.
- *Ursprüngliche Vegetation* – das historische Waldbild vor dem Auftreten des Menschen, das ist das Waldbild im Postglazial.
- *Reale Vegetation* – der aktuell vorgefundene Waldbestand.

- *Potenziell-natürliche Vegetation* – dieses Konzept unterstellt die gedachte Vegetation eines real gegebenen Standortes ohne weitere menschliche Einwirkungen. (Vgl. Nafa.Web 1974, S. 5 ff.; Schmidt 1998, S. 193–205)

Man zielt auf eine Abschätzung des aktuellen Leistungspotenzials des Waldstandortes ab. Es soll weder ursprüngliche Vegetationen rekonstruieren noch sukzessive Waldentwicklungen prognostizieren. Diese Begriffe werden sehr oft im PNV-Konzept<sup>21</sup> fälschlicherweise gleichgesetzt. Im Grunde ist PNV ein rein gedankliches Konzept, das real nicht umgesetzt werden kann. Es eignet sich nicht zur Beurteilung der Entwicklungspotenziale von Waldbeständen. (Vgl. GeoDZ.com 2010)

Wie aus den folgenden Zitaten ersichtlich ist, scheint Metzger bei der Beurteilung der Vegetationsverhältnisse ähnlich überhöhte Erwartungen an die beurteilten Waldstandorte gestellt zu haben.

*„Nach den vorliegenden Verhältnissen bedarf der Norden des Schutzgebietes der Schaffung von Wald ebenso dringend wie der Süden. Sowohl aufgrund der vorgefundenen natürlichen Vegetationsverhältnisse als auch dank der von beiden Stationen Sokode-Bassari und Sansane-Mangu bereits ausgeführten Kulturversuche darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, dass Aufforstungen größeren Stiles gelingen werden.“* (Deutsches Kolonialblatt 1909, Nr. 13, S. 634)

In einer anderen Ausgabe des „Deutschen Kolonialblatts“ heißt es:

*„Nach dem gegenwärtigen Stande der Forstwissenschaft und Forsttechnik kann heute schon angenommen werden, dass Bohnerzboden mit Aussicht auf Erfolg aufgeforstet werden kann. Außerdem zeigen uns die natürlichen Vegetationsverhältnisse auf Bohnerzboden, dass Holzarten dort gedeihen.“* (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 4, 132)

Wenn ausreichende Kenntnisse über bisherige anthropogene (menschverursachte) Veränderungen der Waldwuchsbedingungen fehlen, erscheint jeder konkrete Waldstandortbezug spekulativ zu sein. Auch heute suggeriert der Begriff der PNV die Entfaltung eines natürlichen Vegetationspotenzials. Darüber hinaus

---

<sup>21</sup> PNV = Potenziell Natürliche Vegetation.

erwartet man sich einen Aufschluss über künftige Waldentwicklungen, z. B. in Schutzgebieten oder nach Einstellung der Holznutzung. Wie auch heute der Begriff PNV überinterpretiert und überschätzt wird, hat es den Anschein, dass Forstassessor Metzger genauso handelte.

#### 4.5.3.4 Erkenntnisse aus den Urwäldern

Die aktuell, ganzheitlich orientierte Urwaldforschung versucht Zusammenhänge zwischen Standort, Vegetation, Klima und Fauna sowie langfristigen Sukzessionszyklen zu verstehen und zu erfassen.

In Urwäldern lassen sich sechs Entwicklungsphasen unterscheiden:

- Jungwaldphase
- Plenterwaldphase
- Verjüngungsphase
- Zerfallsphase
- Altersphase
- Optimalphase

Als Jungwaldphase kann eine aus einer großflächigen Verjüngung hervorgegangene Dickung beschrieben werden. Die Plenterwaldphase ist gekennzeichnet durch stark stufige Bestände, mittlere Vorratswerte und kleinflächig wechselnde Schichtung mit einzeln stehenden Oberständen. Für die Verjüngungsphase ist lockeres Baumholz mit reichlichem Jungwuchs typisch. Die Zerfallsphase weist größere Bestandslücken auf; es kommt zu einer fortgeschrittenen Auflösung des starken Baumholzes. In der Altersphase kommt es zu einem altersbedingten Ausfall einzelner Bäume oder Baumgruppen. Sie ist gekennzeichnet durch starkes Baumholz. Die höchste Stabilität in einem Ökosystem wird erreicht, wenn sich Produktion und Abbau die Waage halten, was man als Optimalphase bezeichnet. In dieser Phase findet man hohe Holzvorräte vor. Die Vitalität der Bäume ist sehr gut. Einige Wissenschaftler sehen in der Ausformung eines sich dauerhaft selbsterhaltenden Urwaldes das höchste Niveau einer Lebensgemeinschaft erreicht, da sich ein dynamisches Gleichgewicht einstellt.

In der Urwaldforschung stellt dieser dauerhafte Zustand das Stadium des Klimaxwaldes dar, wo sich dieses dynamische Gleichgewicht zwischen Standort und Vegetation einstellt. Da in Urwäldern eine hohe Artendiversität und Nischenvielfalt auf engstem Raum vorherrscht, wird eine hohe Pufferkapazität gegen Schädlinge, Krankheiten und andere Störungen erreicht. (Vgl. o. A., Vegetationsdynamik, o. J., o. S.)

Metzger scheint durch sein Propagieren der Anlage von *Mischkulturpflanzungen* schon damals Aspekte des Konzepts einer Urwaldforschung verwirklicht zu haben.

*„Besonders möge noch hervorgehoben werden, dass der Schwerpunkt auf die Erziehung von gemischten Beständen und nicht von reinen Beständen zu legen sein wird. Verschiedene Gründe sprechen dafür: Zunächst werden wir auf einer gegebenen Fläche die Bodenkräfte viel intensiver ausnutzen, wenn wir zwei oder drei verschiedene Holzarten dort kultivieren, anstatt nur eine. Denn jede Holzart wird den Boden verschieden, wenn auch oft nur einmal verschieden, in Anspruch nehmen. Es empfiehlt sich um so mehr, gemischte Bestände zu gründen, als wir von den einzelnen Holzarten noch recht wenig wissen bezüglich ihrer Ansprüche an den Boden. Wir werden also namentlich in den Lehrjahren lange nicht solche Missgriffe in der Wahl der für den gegebenen Standort geeigneten Holzarten machen, wenn wir zwei Holzarten zugleich auf einer Fläche pflanzen, als wenn wir nur eine Holzart pflanzen ... Gemischte Bestände werden windfester. Die einzelnen Holzarten wechseln zu verschiedenen Zeiten ihre Belaubung. Mischbestände werden also dauernd eine bessere Bodenbeschattung ausüben als reine Bestände.“* (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 5, S. 173, S. 174)

Bei der waldbaulichen Praxis und den Kulturpflanzversuchen richtete sich Forst-assessor Metzger nach den natürlichen Wachstums- und Vorkommensverhältnissen der erwünschten Kulturpflanzen. Es hat den Anschein, dass Metzger in der angewandten forstwirtschaftlichen Praxis Aspekte der Urwaldforschung mit-einbezogen hat. Dies lässt sich durch folgendes Zitat belegen.

*„Es bleibt zu einem endgültigen Urteil über die günstigste Pflanzweite für diese Holzart abzuwarten, wie sich die Pflanzen in der Vegetationsperiode 1909 und viel-*

*leicht auch noch in weiteren Vegetationsperioden entwickeln werden. Vermutlich hat Afzelia africana im Jugendstadium einmal eine Zeit, wo sie sehr rasch in die Höhe geht. Denn wir finden in unseren Urwäldern, insbesondere aber in unseren Urwäldern überall diese Holzart in dichtem Bestandesschlusse mit anderen Holzarten zusammen.“ (Deutsches Kolonialblatt, 1910, Nr. 4, S. 137; vgl. auch: Metzger 1941, S. 166–168)*

In der Schädlingsbekämpfung wurden Kenntnisse aus dem Wissen über Urwälder angewandt. Des Weiteren wurde auch bei der Kulturerziehung von Beständen Urwaldwissen eingebracht.

*„Endlich werden gemischte Bestände eine größere Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und vor allem eine größere Sicherheit gegen deren Massenvermehrung bieten als reine Bestände. Einen Beweis hierfür liefern unsere Urwaldbestände, welche sich aus Hunderten von verschiedenen Holzarten zusammensetzen. Diese Waldungen leiden niemals unter der verheerenden Wirkung eines in Massen auftretenden Schädlings. Und gerade in den Tropen, wo in Bezug auf Naturerscheinungen so ziemlich alles gewissermaßen Extremen unterworfen ist, liegt die Gefahr des Massenauftretens eines Schädlings für reine Holzbestände sehr nahe. Wenn wir uns an das halten, was uns unsere gemischten Urwaldbestände bezüglich des gegenseitigen Auftretens und öfteren Vorkommens zweier oder mehrerer Holzarten nebeneinander lehren, dann werden wir keine zu argen Missgriffe in der Wahl der zur Begründung gemischter Bestände verwendeten Holzarten machen.“ (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 5, S. 174)*

#### **4.5.3.5 Neu- und Wiederbewaldung**

In seiner Monografie unter dem Titel *„Die Forstwirtschaft in Togo“* (Metzger 1911) hat Metzger eine zusammenfassende Darstellung der in Togo seit dem Jahre 1906 ausgeführten forstwirtschaftlichen und -wissenschaftlichen Arbeiten unternommen. Das letzte Kapitel ist den im Gange befindlichen Aufforstungsarbeiten der Baumsteppe gewidmet. Wegen der herrschenden Waldarmut in Togo lag der Schwerpunkt der Forstwirtschaft in der Aufforstung von Teilen der Baumsteppe. *„In keinem anderen Gebiet des tropischen Afrikas sind wohl bisher derartig umfas-*

*sende und systematisch beschriebene Versuche zur künstlichen Wiederbewaldung ausgeführt worden.“ (Deutsches Kolonialblatt 1911, Nr. 24, S. 968)*

Die Aufforstungsarbeiten am Haho verfolgten vor allem zwei wesentliche Ziele:

- Schaffung einer großen, zusammenhängenden Waldfläche und
- Schutz gegen die alljährlich in der Trockenzeit stattfindenden Grasbrände.

### **Klima**

Die klimatischen Verhältnisse im Aufforstungsgebiet waren im Wesentlichen bekannt. Genauere Kenntnisse über die Regenverhältnisse im Gebiet konnten durch Regenmessungen ab dem Februar 1908 gewonnen werden. Die Böden auf den aufgeforsteten Flächen waren teils von sandig-lehmiger bis lehmig-sandiger Beschaffenheit und stellten in der Hauptsache ein Verwitterungsprodukt von quarzreichem Gneis dar.

### **Boden**

Die Bodenfeuchtigkeitsverhältnisse am Haho auf den aufgeforsteten Flächen waren jahreszeitlich außerordentlich unterschiedlich. In der Regenzeit war gegen die Grenze des Haho-Waldes die Feuchtigkeit stellenweise sehr groß, da sumpftartige Nässe vorherrschte. Diese Bedingungen konnten junge Pflanzen stark schädigen. In der Trockenzeit stand das Grundwasser im Gegensatz dazu sehr tief. Mit zunehmender Entfernung vom Haho waren diese extremen Unterschiede der Feuchtigkeitsverhältnisse ausgeglichener.

### **Standraum**

Die Bäume der in Kultur gebrachten Baumsteppe standen einzeln und manchmal in kleinen Gruppen zusammen, aber immer so licht, dass der ganze Boden mit Gras bedeckt war. Der Holzbestand war selten so dicht, dass angelegte Kulturen nicht hochkommen konnten. Die aufgeforsteten Holzarten profitierten von den Altbäumen, die den notwendigen Schatten spendeten.

*„Die bereits ausgeführten und im Laufe der folgenden Jahre fortzusetzenden Kulturversuche werden den Beweis dafür zu liefern haben, ob die Aufforstung großer Flächen unserer Baumsteppenböden möglich ist oder nicht; sie werden mindestens völlige Klarheit darüber geben, ob die Aufforstung auf der bisher durch Untersuchung*

*genau bekannten Fläche von etwa 5.000 ha durchführbar ist.“ (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 4, S. 132)*

An einer anderen Stelle heißt es:

*„Man hat sich bei Anlage der Kulturen zu vergegenwärtigen, dass der daraus sich entwickelnde Wald in späteren Jahren nach Erlangung der Hiebsreife nach einem allgemeinen Wirtschaftsplan genutzt werden muss. Nun wissen wir aber von den zur Aufforstung verwendeten einheimischen Holzarten noch nicht den Zeitpunkt des Eintrittes ihrer Hiebsreife. Dazu kommt, dass die Zahl unserer Nutzhölzer eine wesentlich größere ist als die Zahl der unsere europäischen Kulturwälder bildenden Nutzholzarten. Namentlich in den Anfängen der Aufforstung wird die Zahl der anzuwendenden Nutzholzarten auf relativ kleinen Flächen eine große sein; sie wird geringer werden, sobald erkannt worden ist, für welche Holzarten die Aufforstung sich am rentabelsten gestalten wird.“ (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 4, S. 134)*

M. a. W.: Die Anzahl der aufzuforstenden Nutzholzarten konnte im Laufe der Zeit deutlich reduziert werden, was selbstredend die Effektivität der Aufforstungsarbeiten mit der Zeit deutlich erhöhte.

Bei den Kulturversuchen hatte Metzger mit Schädlingen zu kämpfen. Als Maßnahme gegen die Vermehrung einer Schädlingslarve an der Khayapflanze wurde empfohlen, die befallenen Gipfeltriebe abzuschneiden, zu sammeln und zu verbrennen. Eine weitere Vermeidungsstrategie in der natürlichen Schädlingsbekämpfung war die Schaffung von gemischten Kulturen.

*„Besonders möge noch hervorgehoben werden, dass der Schwerpunkt auf die Erziehung von gemischten Beständen und nicht von reinen Beständen zu legen sein wird.“ (Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 5, S. 173)*

Diese Forderung von Metzger stimmt ganz und gar mit den heutigen Methoden der Forstwirtschaft überein, die Mischwälder eindeutig Monokultur-Wäldern vorzieht.

Darüber können als weitere positive Aspekte in der Aufforstung von gemischten Beständen aufgeführt werden:

- Der Boden wurde reichhaltiger ausgenutzt bzw. nicht übernutzt.

- Die Windfestigkeit wurde gefördert.
- Bessere Bodenbeschattung wurde erzielt.
- Unterstützung schwerer zu kultivierender Baumarten wurde erreicht.
- Verminderung des Wildverbisses durch reichhaltigeres Nahrungsangebot wurde erzielt.
- Das Waldinnenklima wurde ausgeglichener. (Vgl. Deutsches Kolonialblatt 1910, Nr. 5, S. 173)

## 5 Zur Frage der Behandlung der Einheimischen durch die deutschen Kolonialherren

Für eine Einschätzung der ökologischen Folgen des deutschen Kolonialismus in Togo ist es ebenso unerlässlich, auch die, wenn man so will, „humanitären“ Folgen der deutschen Kolonialzeit dort zu schildern, weil man in einer ganzheitlichen Sichtweise nicht Ökologie und Nachhaltigkeit willkürlich von menschenrechtlichen Aspekten abtrennen kann. Aus diesem Grund darf im Kontext der historischen Erörterungen über die deutsche Kolonialzeit in Togo dieser Aspekt auch nicht fehlen. Deshalb wird im folgenden Unterkapitel kurz darauf eingegangen, wie die Togolesen von den deutschen Kolonialherren behandelt wurden.

Die deutschen Kolonien sind im Text des Imperialismus zu sehen. Als *Imperialismus* werden Bestrebungen von Staaten bezeichnet, die Vorherrschaft oder mindestens Kontrolle über andere Länder oder Völkerschaften zu erringen, wobei sich dieses Vorherrschaftsbestreben sogar auf ganze Kontinente oder andere Kulturregionen ausdehnen kann – wie im Falle des Kolonialismus. Imperialismus kann sich in politischer, ökonomischer oder kultureller Einflussnahme und Unterwerfung äußern. Der Begriff „Imperialismus“ leitet sich von der (gesamt-)europäischen Expansionswelle zwischen 1870 bis zum Beginn des 1. Weltkrieges im Jahre 1914 her. Imperialismus im engeren Sinne bedeutet eigentlich „Weltreich/-Kolonialreichs-Bildung“ nach dem Vorbild des *Imperium Romanorum* in der Antike. Eine Macht (nämlich das Römische Reich) herrschte damals über die zu jenen Zeiten bekannte Welt. (Vgl. lsg.musin.de o. J., S. 1)

Das besondere *Kennzeichen* der imperialistischen Epoche zwischen 1870 und 1914 war, dass sich *gleichzeitig* diverse Mächte (Europa, USA, Japan) daranmachten, am Wettlauf der endgültigen Verteilung der Güter und Rohstoffe dieser Erde teilzunehmen. (Vgl. lsg.musin.de o. J., S. 1 f.)

*Ideologisch* wurde der Imperialismus sehr oft mit Darwins Theorie des „Überlebens des Stärksten“ („*Survival of the Fittest*“) begründet. Diese Theorie, die ursprünglich nur für den biologischen Bereich galt, wurde auf den sozialen übertragen; dies wird auch als *Sozialbiologismus* oder *Sozialdarwinismus* bezeichnet. (Vgl. Lenzen 2003; Berger u. a. 2006, S. 1132) Gemäß der Rassenlehre von Mendel (1822–1884, wird auch als Begründer der Genetik betrachtet, bekannt geworden durch die nach ihm benannten Erbgesetze, die heutzutage Bestandteil jedweden Biologieunterrichts sind; vgl. Hennig 2001) entwickelte man eine *Rassenhierarchie*, nach welcher der „weiße Mann“ allen anderen Rassen überlegen und zum Herrschen prädestiniert sei. Die anderen Rassen und Völker wurden dementsprechend als „minderwertig“ eingestuft; damit wurde deren Unterdrückung und Ausbeutung legitimiert. (Vgl. lsg.musin.de o. J., S. 2)

Zwar waren Großbritannien und Frankreich, teilweise auch Belgien, Holland und Portugal die wichtigsten europäischen Kolonialmächte, jedoch hatte auch Deutschland in dieser Epoche nach dem siegreich beendeten Krieg gegen Frankreich 1870/71 Weltmachtambitionen. Kaiser Wilhelm II. drückte dies so aus: „*Weltpolitik als Aufgabe, Weltmacht als Ziel, Flotte als Instrument.*“ Dies kann als die deutsche Variante des Imperialismus angesehen werden; die Kolonisierung von Afrika war dabei eines der Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Allerdings erwiesen sich die „Erfolge“ der deutschen Kolonialpolitik im Vergleich zu denen Großbritanniens etwa als eher bescheiden. Da die meisten Territorien in Afrika bereits von den anderen Kolonialmächten okkupiert waren, verblieben Deutschland nur einige kleinere Territorien und unzusammenhängende Gebiete in Afrika, der Südsee und China. (Vgl. lsg.musin.de o. J., S. 3)

Die direkten Folgen der europäischen Kolonialpolitik können als „*Europäisierung der Welt*“ bezeichnet werden. Bis heute kann die Welt als *europäisch geprägt* angesehen werden, obgleich sich nach der Dekolonisierung nach dem 2. Weltkrieg zunächst Perspektiven abzuzeichnen schienen, dass sich die ehemals kolonisierten Völker vom europäischen Einfluss zunehmend emanzipierten. (Vgl. Fanon 1980 und 2001) Entgegen den Hoffnungen der Kolonialherren hatten jedoch letztendlich

die Kolonien nie die Bedeutung, die ihnen aus europäischer Sicht ursprünglich zugemessen worden war. (Vgl. lsg.musin.de o. J., S. 4)

Franzosen, Belgier und Portugiesen beanspruchten etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts Territorien in Westafrika, vor allem an der Küste, für sich. Deutsche Missionare und Handelshäuser waren in dieser Zeit allerdings auch schon vor Ort. Vor allem die deutschen Handelshäuser verstanden es, gute Geschäfte zu machen; aus Deutschland wurden billiger Schnaps und ausgemusterte Armeegewehre importiert, nach Europa bzw. Deutschland exportiert wurden vor allen Dingen Elfenbein, Palmöl und Kautschuk. Allerdings drängten diese Handelshäuser darauf, ihre Geschäfte militärisch abzusichern. Es sollte vermieden werden, an englische oder französische Handelsstationen Zölle und Abgaben bezahlen zu müssen; es ging aber auch um die Umgehung bzw. Ausschaltung der afrikanischen Zwischenhändler. *Kolonialvereine* leisteten in Deutschland gezielte Lobbyarbeit, um Reichskanzler Bismarck, der von der Errichtung von Kolonien ursprünglich wenig hielt, sowie die Parteien des Deutschen Reichstages, bei denen zunächst auch die Kritiker der Kolonisierung die Oberhand hatten, so zu beeinflussen und umzustimmen, dass Deutschland in Afrika die Rolle einer sog. „*militärischen Schutzmacht*“ spielen sollte. (Vgl. Cantzen 2006, S. 4 f.)

Die Haupteinnahmequelle der deutschen Schutzmacht in Togo waren Zölle und Steuern, pro Kopf 6 Mark in bar oder 12 Tage Zwangsarbeit. Wer sich während der Arbeit auch nur aufrichtete oder ein paar Sekunden innehielt, dem verpassten die Wachsoldaten eine *Bastonade*, d. h. Schläge mit einem Stock, einer Peitsche oder einer Rute auf die nackten Fußsohlen, wobei die Füße an einen Balken geschnürt wurden, um diese hervorzuheben. Bei solchen „Prozeduren“ gab es ab und an auch Tote. Wenn die Frist der Zwangsarbeit abgelaufen war, erhielt der Zwangsarbeiter eine kleine Aluminiummarke, die als Steuerbescheinigung fungierte. (Vgl. Cantzen 2006, S. 6)

Die Prügelstrafe in einer solchen Form war in Europa längst abgeschafft worden, in Afrika wurde sie gegenüber den Einheimischen wieder eingeführt. Man glaubte,

nur so der „faulen Neger“ (damaliger Sprachgebrauch) Herr werden zu können. (Vgl. Cantzen 2006, S. 6)

In einem Erlass der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes an die Gouverneure von Togo und Kamerun heißt es (Berlin, 31. 10. 1905):

*„Bei Vollstreckung der Prügelstrafe gegen Eingeborene wünsche ich aufgrund der hier vorliegenden ärztlichen Gutachten, dass ausschließlich die Nilpferdpeitsche zur Anwendung kommt.“* (zit. n.: Cantzen 2006, S. 6)

Nicht anders glauben die damaligen Kolonialherren die Entwicklung der Kolonie „vorantreiben“ und die Einheimischen zur Arbeit „antreiben“ zu können. Die Schwarzafrikaner wurden lediglich in ihrem *Objektstatus* gesehen, als ausbeutbare Arbeitskräfte, wie auch die natürlichen Ressourcen Togos und der anderen Kolonien nur als Ressourcenquellen für die „Inwertsetzung“, d. h. Kapitalisierung, gesehen wurden. *Mensch und Natur wurden im Grunde gleich behandelt, nämlich als Objekte der Ausnutzung und Verwertung betrachtet, als, wie man heute sagen würde, „Humanressourcen“ und „natürliche Ressourcen“.* Wenn insbesondere die Menschen nicht so agierten, wie die Kolonialherren dies wünschten, wurde notfalls mit Gewalt „nachgeholfen“.

Die Kolonialherren zahlten für die „normalen“ Kontraktarbeiter 75 Pfennig Lohn für 9 Stunden Arbeit; von diesem Lohn wurden noch 25 Pfennig für die Verpflegung abgezogen. Zum Vergleich: 75 Pfennig verdiente ein Arbeiter in Deutschland damals in einer Stunde. Diese Kontraktarbeiten hatten den Warentransport, den Eisenbahnbau und die Plantagenbewirtschaftung zum Inhalt. (Vgl. Cantzen 2006, S. 6)

Für Togo war der Verwaltungsaufwand, insgesamt gesehen, nicht groß. Für ganz Togo existierten keine 100 Verwaltungsbeamten. Der Rest war der „Job“ von schwarzen Hilfskräften und Söldnertruppen, die von deutschen Offizieren befehligt wurden. Diese Truppen überfielen gelegentlich auch Städte in Nordtogo, erpressten Tributzahlungen, beließen aber die dort herrschenden Sultane in ihrem Amt. (Vgl. Cantzen 2006, S. 6) Überhaupt war es ein Trick der Kolonialherren, dass die kolonialen Verwaltungen auf lokaler Ebene sich auf Einheimische stützten, die ihre

Vorrangstellung im Namen von Traditionen zu legitimieren versuchten; gleichzeitig gaben sich die Kolonialherren alle Mühe, lokale Traditionen und Erinnerungen zu zerstören. Diese Doppelstrategie diente der Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Kolonialherren. (Vgl. Wirz/Deutsch 1997, S. 8)

Selbstredend gab es auch *Widerstand* von Einheimischen gegen die deutsche Kolonialpolitik; dieser wurde allerdings meistens rigide unterdrückt, sodass man im Deutschen Reich selbst davon so gut wie nichts mitbekam. (Vgl. Cantzen 2006, S. 7)  
*„Aus den Unterlagen der >Schutztruppen< geht hervor, dass die Soldaten innerhalb von vier Jahren eine Million Schuss Munition verschossen. Und Togo galt als ruhige Musterkolonie! Anders Kamerun, einige hundert Kilometer weiter südlich.“* (Cantzen 2006, S. 7)

Dennoch waren, um es noch einmal zusammenzufassen, die Kolonien für das Deutsche Kaiserreich „unter dem Strich“ ein eher schlechtes Geschäft. (Vgl. Cantzen 2006, S. 11)

## 6 Politische und ökologische Situation in Togo heute

### 6.1 Politische Situation

Von 1967 an war Togo 38 Jahre lang eine Militärdiktatur unter der Führung von Eyadema Gnassingbé. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 15 f.) Im April 2004 geht Togo sodann „22 Verpflichtungen ein, damit die Zusammenarbeit mit der EU wieder hergestellt wird. Sie umfassen unter anderem den Dialog mit den Oppositionsparteien, die Freilassung von politischen Gefangenen, eine Reform des Justizgesetzes sowie die Garantie von Meinungsfreiheit und Menschenrechten. Die EU entscheidet allerdings, dass Togo noch nicht bereit sei für eine Wiederaufnahme von Beziehungen. Im Land müssten erst transparente und demokratische Wahlen stattfinden. Daraufhin verabschiedet die Regierung ein neues Pressegesetz, welches im Vergleich zum alten moderner ist, aber weiterhin die Pressefreiheit einschränkt. Auch entlässt Eyadéma 500 politische Gefangene als Beweis für einen angeblichen Willen zur Veränderung. Am 5. Februar 2005 stirbt Staatspräsident Eyadéma Gnassingbé eines natürlichen Todes, woraufhin die FAT (Forces Armées Togolaises, die togolesischen Streitkräfte) sofort Eyadémas Sohn Faure Gnassingbé zum Präsidenten ausrufen lassen. Verfassungsgemäß müsste bis zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten der Präsident der Nationalversammlung Interimspräsident werden – dieser wurde allerdings auf Betreiben der FAT sofort entlassen“ (Wuppertaler Initiative 2009, S. 16)

Jedoch angesichts des internationalen Drucks trat Faure Gnassingbé zurück und kündigte für April 2005 Präsidentschaftswahlen an. Allerdings terrorisierten während des Wahlkampfes und der Wahl selbst Mitglieder der FAT, der togolesischen Streitkräfte, und Milizen die Zivilbevölkerung und versuchten diese so einzuschüchtern. Oppositionelle und Demonstranten wurden erschossen. Während des eigentlichen Wahlvorgangs überfielen Soldaten mehrere Wahllokale mit Rauchbomben und feuerten anschließend in die Menge. Die UNO gab später bekannt, dass während der Wahlen 800 Menschen ums Leben gekommen waren, togolesische Staatsorgane hingegen bezifferten die Anzahl der Opfer auf lediglich 100.

4.500 Menschen wurden verletzt, 30.000 bis 40.000 Menschen flüchteten aus dem Land. Die Täter wurden nie dafür bestraft bzw. zur Rechenschaft gezogen. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

Unter dem Eindruck dieses systematischen Terrors wurde Faure Gnassingbé für fünf Jahre zum Präsidenten Togos gewählt – und fing zunächst mit Reformen an. Auch nahm er zunächst den Dialog mit der Opposition auf. Er ernannte einen Oppositionspolitiker zum Premierminister, womit er die Forderungen der EU formal erfüllte. Außerdem einigte man sich darauf, im Jahre 2007 eine Parlamentswahl durchzuführen, bei der es grundsätzlich fair zugehen sollte. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

Zudem wurde ein fünfjähriger Modernisierungsplan für das Justizwesen erstellt. Doch trotz all dieser Reformen wurden weiterhin Menschen gefoltert und verhaftet, die Pressefreiheit blieb eingeschränkt.

Die Parlamentswahlen im Jahre 2007 gewann die Regierungspartei RPT; die Wahl wurde international anerkannt und als „fair“ bewertet; jedoch die Wahlergebnisse wurden von einer Oppositionspartei angefochten.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Togo und der Europäischen Union wurden wieder aufgenommen, da die Wahlen – siehe oben – vermeintlich ordnungsgemäß abliefen. Doch kann man nicht sagen, dass die Parlamentswahlen 2007 wirklich den Willen des togolesischen Volkes widerspiegeln, das auf ein Ende der Herrschaft Gnassingbés hoffte sowie auf weitergehende Reformen. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

*„Seit den Parlamentswahlen von 2007 besetzen drei Parteien die 81 Sitze im Parlament (Assemblée Nationale). Die vom Vater Gnassingbés gegründete RPT (Rassemblement du Peuple Togolaise, Versammlung des togolesischen Volkes) bleibt mit 50 Sitzen Regierungspartei. Als Oppositionsparteien sind UFC (Union des Forces du Changement, Union der Kräfte der Veränderung), angeführt durch Gilchrist Olympio, mit 27, und die Partei CAR (Comité d'Action pour le Renouveau, Aktionskomitee für Erneuerung), angeführt durch Yawovi Agboyibo, mit vier Sitzen vertreten. Ministerpräsident ist Gilbert Holingbo, der im September 2008 gewählt wurde. Er stellte eine*

*neue Regierung mit 28 Ministern auf. Die UFC und die CAR lehnen eine Beteiligung an der Regierung ab, weswegen kein Politiker der Oppositionsparteien einen Ministerposten hat. Die Nationalversammlung ist die einzige Kammer im Parlament. Sie bildet die Legislative im Land und setzt sich aus 81 Abgeordneten zusammen.“* (Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

Die Legislative sollte eigentlich aus zwei Kammern bestehen – Nationalversammlung *und* Senat. Letzterer ist allerdings bis heute noch nicht gewählt worden.

Als Fazit kann man über die politische Situation Togos sagen, dass ein durch eine jahrzehntelange diktatorische Militärherrschaft geprägtes Land sich nicht von heute auf morgen zu ändern vermag. Transformationen und Reformen sind bis heute nur schwer durchzusetzen. Präsident Gnassingbé ist „seiner“ Partei, der RPT, verpflichtet, denn ihr verdankt er seine Macht. Er hat im Grunde die Regierungsgewalt von seinem Vater „geerbt“. Zudem lässt sich vermuten, dass die alte Kolonialmacht Frankreich, welche die Nachfolge der Deutschen antrat, ihre schützende Hand über den Gnassingbé-Clan und die Regierungspartei RPT hielt und noch hält, um eine Destabilisierung zu verhindern und die alten Netzwerke aufrechtzuerhalten. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

Während eines Besuchs in Deutschland im Juni 2009 versprach Präsident Faure Gnassingbé, eine „*Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung*“ einzuberufen, die unter den Bürgern Togos für Aussöhnung sorgen sollte. Allerdings wurde dieses Versprechen schon 2007 einmal geäußert – und bis heute noch nicht eingelöst. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 18)

Die *Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz* fasste die politische Situation Ende des Jahres 2009 folgendermaßen zusammen:

*„Nach über 30 Jahren Diktatur herrscht in Togo nach wie vor ein autokratischer Regierungsstil. Die Hoffnung auf Veränderung und Demokratisierung im Land ist bei der Bevölkerung eher gering. Ein großer Teil der Opposition musste ins Ausland fliehen. Die Wirtschaft des Landes liegt am Boden, die Lebensbedingungen für den größten Teil der Bevölkerung sind schlecht, die Armut ist groß. Verletzungen der Menschenrechte – Einschüchterungen, Folterungen, Morde, moderne Sklaverei (Kinder-*

handel) und, wenn auch nicht offiziell, die Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit – sind an der Tagesordnung.“ (Wuppertaler Initiative 2009, S. 18; vgl. auch: Traoré 2008, S. 3 ff.)

Auch die avisierten Wahlen im Jahre 2010 wurden von nicht wenigen oppositionellen Kräften in Togo eher mit Skepsis betrachtet. Sie erhofften sich davon nicht wirklich eine weitere Verbesserung der aktuellen politischen Lage in Togo, zumal viele der zuvor vorgenommenen „Reformen“ bloß eher Kosmetik zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit, insbesondere der EU, waren. Viele Oppositionskräfte erhoffen sich dagegen Hilfe ausgerechnet von der ehemaligen Kolonialmacht Deutschland. (Vgl. Wuppertaler Initiative 2009, S. 19)

## 6.2 Ökologische Situation und Maßnahmen zur Etablierung einer nachhaltigen Entwicklung

Durch Raubbau, Klimaänderung und Schadstoffeinträge werden Wälder weltweit geschädigt, auch in Togo. Es wird noch immer Brandrodung praktiziert, um landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen. (Vgl. Bertelsmann 2003, o. S.)

*„Die ökologische Nachhaltigkeit findet nur punktuell Berücksichtigung und ist institutionell nur schwach verankert. Unter der Diktatur stand der Naturschutz im Vordergrund, in Form der Ausweitung von Parks und Wild- und Naturreservaten. Deren Entstehung erfolgte auf autoritäre Weise und ohne Berücksichtigung der humanitären und sozialen Belange der örtlichen Bevölkerung, die zum Teil aus ihren angestammten Wohngebieten vertrieben wurde. Nach dem Ende der Diktatur und dem zeitweiligen Verfall staatlicher Autorität wurden diese Gebiete wieder angeeignet, was zu einer rasanten Zerstörung insbesondere des Fauna-Bestandes führte.*

*Seit Anfang der 90er Jahre werden überdies die zum Teil aus deutsch-kolonialer Zeit stammenden Tropenholzbestände gleichsam wild oder zumindest ohne Wiederaufforstung gerodet. Die sich verstärkenden negativen ökologischen Konsequenzen des Raubbaus an der Natur (Erosion, Wandel der Regenzeiten, Reduktion der Niederschläge) haben jedoch zu einem sich verstärkenden ökologischen Bewusstsein ge-*

*führt, das allerdings im Verhältnis zum Bedürfnis der Einkommenssicherung zurücktritt.“ (Bertelsmann 2003, o. S.)*

Es ist also noch nicht zu spät, um die nicht nur negativen, sondern auch stellenweise positiven Ansätze der deutschen Kolonialverwaltung in Sachen nachhaltigen und ökologischen Handelns (Wiederaufforstung, Feuerökologie<sup>22</sup>) in Togo wieder aufzunehmen und fortzuführen.

Langfristiges Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Togo muss es u. a. sein, die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen und deren finanzielle Basis zu stärken, die Ernährungssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten zu verbessern, sowie allgemein das Bewusstsein der togolesischen Bevölkerung dafür zu schärfen, dass mehr Mittel für Gesundheit und Umwelt zur Verfügung gestellt werden. (Vgl. UN.org 2010, S. 2)

Im Rahmen von „Aktion 21“, einem Programm der Vereinten Nationen zur Förderung von Umwelt und Entwicklung, hat sich die togolesische Regierung im Anschluss an die Rio-Nachfolgekonferenz in Johannesburg (Südafrika) 2002 verpflichtet, eine nachhaltige Entwicklung auch im eigenen Land gezielt anzustreben. (Vgl. Republique Togolaise 2010) In einem Papier zu diesem Thema stellt das togolesische Umweltministerium Folgendes fest:

*„Le Gouvernement togolais, a pris part à toutes ces rencontres précitées et s’est engagé dans la voie du développement durable par la signature et la ratification de plusieurs Conventions et Protocoles relatifs à l’environnement et la création de plusieurs institutions marquant sa volonté politique à mettre en oeuvre les recommandations de l’Action 21, devant conduire globalement à des modes de production et de consommation plus durables. Soucieux d’asseoir son développement économique et social sur des bases écologiquement viables et de contribuer à la dynamique mondiale de développement durable, le Togo s’est engagé dès 1989 dans un processus de planification et de gestion environnementale appelé Plan National d’Action pour l’Environnement (PNAE). Afin de renforcer le cadre national de gestion de l’environnement et des ressources naturelles, l’Etat a pris a travers l’adoption de son*

---

<sup>22</sup> Vgl. Kap. 4.5.3.

*Document Complet de Stratégie de Réduction de la Pauvreté, l'option de: (i) intégrer la dimension environnementale dans les politiques, stratégies, plans et programmes de Rapport développement à travers l'élaboration et la mise en oeuvre d'une stratégie nationale de développement durable (SNDD); (ii) améliorer le cadre juridique et institutionnel de gestion de l'environnement et des ressources forestières; (iii) renforcer les capacités juridiques, institutionnelles, techniques et financières de gestion de l'environnement des différents secteurs d'activités et catégories d'acteurs du développement; et (iv) développer la conscience écologique des populations à travers l'élaboration et la mise en oeuvre d'une stratégie de communication en matière d'environnement.*" (Republique Togolaise 2010, S. 5 f.)

Diese Entwicklungsziele sind jedoch erst in Ansätzen verwirklicht. Nach den politischen Wirren besonders der 1990er Jahre<sup>23</sup> ist die Republik Togo inzwischen zwar dabei, vor allem ökonomische und institutionelle Reformen in Angriff zu nehmen; die Verbindung zu Reformen in Hinsicht auf eine nachhaltige Entwicklung ist jedoch noch unzureichend. Um diese Lücke zu schließen, wird von Forschern vorgeschlagen, Togo solle sich darauf besinnen, dass seine Zukunftschancen im Energiesektor vor allem auf den Gebieten der Solarenergie, der Biomasse, Hydroelektrik und anderer Formen nachhaltiger Energiegewinnung lägen. (Vgl. Ayenagbo u. a. 2011, S. 387–398)

---

<sup>23</sup> Vgl. Kap. 6.1.

## 7 Fazit

Wie in dieser Arbeit aufgezeigt werden konnte, hatte das deutsche Kolonialregime in Togo zwischen 1884 und ca. 1918/19 ein Janusgesicht: Einerseits taten die deutschen Kolonialbehörden einiges für den Schutz von Flora und Fauna (Wiederaufforstung, Feuerökologie, Jagdschutzgesetze, etc.), lange bevor die Begriffe „Ökologie“ und „Nachhaltigkeit“ überhaupt existierten. Dies konnte in längeren Passagen dieser Arbeit deutlich aufgezeigt werden. Andererseits dienten die deutschen Kolonien in erster Linie als billige Rohstofflieferanten und als Exportmärkte für die deutsche Industrie, die dortigen Arbeitskräfte als beliebig ausbeutbares „Human-kapital“, wie man heute sagen würde. Die Behandlung der als minderwertig angesehenen „Negerrasse“ war zu großen Teilen menschenwürdig und menschenverachtend, wie gleichfalls aufgezeigt werden konnte.<sup>24</sup> Letztlich nutzte das Deutsche Kaiserreich die Kolonien in Afrika, in erster Linie Kamerun und Togo, als Vehikel, um Weltmachtambitionen zu befriedigen und sich einen „Platz an der Sonne“ zu erobern. Insgesamt gesehen waren jedoch die Resultate des kolonialen Wirtschaftens für das Deutsche Reich weit weniger befriedigend und lohnend, als man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ursprünglich hatte.

Die politischen, ökologischen und ökonomischen Verheerungen, die in weiten Teilen Afrikas heute vorherrschen, sind stellenweise auch für Togo kennzeichnend.<sup>25</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Situation ausschließlich eine Folge des Kolonialismus im Allgemeinen und des deutschen Kolonialismus im Besonderen wäre. In den Zeiten danach, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg und in der Dekolonisationsepoche, schafften es viele afrikanische Länder nicht, wirtschaftlich wirklich auf eigenen Füßen zu stehen oder im heutigen Sinne „nachhaltig“ zu wirtschaften. Dies lag nicht zuletzt daran, dass es nie recht gelang, eine wirklich gerechte globale Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, die diesen Namen auch verdiente. Ab den 1980er Jahren verschärfte ein globales neoliberales Wirtschaftsregime zusätzlich

---

<sup>24</sup> Vgl. Kap. 5.

<sup>25</sup> Vgl. Kap. 6.

die ohnehin schwierige ökonomische Situation vieler Entwicklungsländer. Bei Licht betrachtet, erwiesen sich die diversen Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungswellen, die auch über Afrika hinwegfegten, als gigantische „Flops“, die nicht wirklich eine Verbesserung der Lebensbedingungen der jeweiligen Bevölkerungen erbrachten und gleichzeitig die Länder entschuldeten, sondern sie dienten in erster Linie den Interessen der Industrieländer und der herrschenden Eliten der Drittwelt-Länder. (Vgl. Müller 2002, S. 56 ff.) Togo, das unter einer jahrzehntelangen autokratischen Militärdiktatur litt und sich bis heute noch nicht recht davon befreit hat<sup>26</sup>, war da keine Ausnahme.

Leider ist es auch so, dass der Raubbau an den tropischen Wäldern weitergeht, und sich ökologische Schutzmaßnahmen z. B. in Togo auf die Errichtung isolierter Reservate beschränken. Zwar hat sich die togolesische Regierung auf Ziele der nachhaltigen Entwicklung – auch im internationalen Kontext – verpflichtet, jedoch haben noch sozioökonomische Entwicklungsziele Vorrang. Es gilt, in Zukunft vermehrt diese sozioökonomischen Ziele mit solchen einer nachhaltigen Entwicklung zu verbinden, was u. a. eine Steigerung der Effizienz von Landwirtschaft und Energiegewinnung impliziert. Die Zukunft Togos liegt in der Hege und Pflege von Mischwäldern, einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und der effektiven Ausnutzung „alternativer“ Energiequellen, was allerdings ohne die Hilfe von außen nur sehr bedingt möglich sein dürfte (Solarenergie, Biomasse, Hydroelektrik usw.)<sup>27</sup> Auch wächst in Togo peu à peu so etwas wie ein ökologisches Bewusstsein, das allerdings oft mit den Notwendigkeiten des alltäglichen Überlebenskampfes kollidiert. Um eine wahrhaftige Änderung in dieser Hinsicht (also bezüglich Ökologie und Nachhaltigkeit) anzustreben, wäre es nötig, die „Terms of Trade“ und generell die Regulationen der globalen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung zu ändern. Dass dies allerdings geschieht, ist nach dem weltweiten Beinahe-Finanzcrash 2008 und der inzwischen fast schon astronomisch zu nennenden Verschuldung vieler Länder auch in der industrialisierten Welt wenig wahrscheinlich, weil die Stichworte die gleichen geblieben

---

<sup>26</sup> Vgl. Kap. 6.1.

<sup>27</sup> Vgl. Kap. 6.2.

---

sind: „Wirtschaftswachstum“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ fast um jeden Preis. So bleiben die Bekenntnisse zu „Nachhaltigkeit“ und „ökologischem Wirtschaften“ bis heute weitgehend bloße Lippenbekenntnisse ohne reale Bedeutung für die meisten Länder der Welt, auch und erst recht für die Entwicklungsländer à la Togo. (Vgl. Thurow 2004)

## Literaturverzeichnis

Andersen, Uwe (2005): Deutschlands Entwicklungspolitik im internationalen Vergleich. In: Informationen zur politischen Bildung, Entwicklung und Entwicklungspolitik, Heft 286/2005.

Arbeitsgruppe Feuerökologie Global Fire Monitoring Center (GFMC), Max-Planck-Institut für Chemie c/o Universität Freiburg (2004), Arbeitsbericht 2004. Freiburg/Brsg. URL: <http://www.fire.uni-freiburg.de/feuroekologie/Arbeitsgruppe-Feuroekologie-Kurzbericht-2004.pdf> (Download: 8. 2. 2011).

Arbeitslehre.de (o. J.), Cash Crops. URL: [http://www.arbeitslehre.de/wiki/Cash\\_Crops](http://www.arbeitslehre.de/wiki/Cash_Crops) (Download: 9. 1. 2011).

Auböck, M. (2002), Afrika südlich der Sahara: Fragmente zur schrittweisen Marginalisierung. In: Globalgeschichte, 2002, S. 75–94.

Ayenagbo, K./J. N. Kimatu/W. Rongcheng (2011), Full Length Research Paper: A model for a sustainable energy supply strategy for the social-economic development of Togo. In: Journal of Economics and International Finance Vol. 3(6), June 2011, S. 387-398. URL: <http://www.academicjournals.org/jeif/PDF/pdf%202011/June/Ayenagbo%20et%20al.pdf> (Download: 16. 8. 2011).

Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. (2005), Argumente für Laubbäume. München, Mai 2005. URL: [http://www.gartenbauvereine.org/texte/merkinfo/m\\_laubbaumargument.html#Bodenabdeckung](http://www.gartenbauvereine.org/texte/merkinfo/m_laubbaumargument.html#Bodenabdeckung) (Download: 11. 1. 2011).

- Berger, K. P./P. Balzer/N. Horn (2006), Zivil- und Wirtschaftsrecht im Europäischen und globalen Kontext. Walter de Gruyter: Berlin 2006.
- Bertelsmann (2003), Transformation: Togo (Den Wandel gestalten – Strategien der Entwicklung und Transformation). URL: <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/90.0.html> (Download: 15. 2. 2011).
- Bird, G. (1987), International Financial Policy and Economic Development. London.
- Bossel, H. (1994), Umweltwissen, Daten, Fakten, Zusammenhänge. 2. Auflage. Springer: Berlin.
- Brand, U. (2006), Wem gehört die Natur? Die Inwertsetzung der biologischen Vielfalt erfordert einen rechtlichen Rahmen. In: Transnational Concerns: Facetten der Globalisierung, Heft 4/2006, S. 122–124.
- Braun, G. (1994), Nord-Süd-Konflikt und Dritte Welt, 5. Auflage. Schöningh: Paderborn.
- Brock, L. (2004), Nord-Süd-Beziehungen: Handlungsfelder und Kontroversen. In: M. Knapp/G. Krell, Einführung in die Internationalen Politik – Studienbuch. 4. Auflage. Oldenbourg: München/Wien, S. 616–650.
- Bruenig, E. F. (Prof. Dr. forest.) (Hg.) (1986), Einwirkung der Menschen auf die Wälder der Tropen; Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Nr. 3202, hg. vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Westdeutscher Verlag: Opladen 1986.
- Brundlandt-Bericht (1987), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, hg. von V. Hauff. Greven.

- Brüne, S. (1995), Europas Entwicklungspolitiken. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/1995, S. 30–39.
- Bundesarchiv.de (o. J.), Das deutsche Militärwesen – Deutsches Reich 1871–1914, Deutsche Schutzgebiete in Afrika. URL:  
[http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00857/index-2.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00857/index-2.html.de) (Download: 31. 1. 2011).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2002), Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002. Berlin.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2004), Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2004/2005. Berlin, Juni 2004.
- Cantzen, R. (2006), Der deutsche Kolonialismus (2): Kamerun, Togo und das „Menschenmaterial“. Hessischer Rundfunk – Bildungsprogramm: Wissenswert, 31. 1. 2006.
- Connah, G. (1987), African civilisations. Cambridge University Press: Cambridge.
- Davis, , M. (2005), Planet der Slums. Globale Urbanisierung, Bevölkerungswachstum. In: Lettre International, 71, Winter 2005, S. 44-52.
- Deschamps, H. (1971), Histoire générale de l’Afrique noire, de Madagascar et des Archipels. Tome II: De 1800 à nos jours. 2 Bände. PUF: Paris.
- Deutsches Kolonialblatt (1908), Nr. 22.
- Deutsches Kolonialblatt (1909), Nr.13.
- Deutsches Kolonialblatt (1910), Nr. 4.

Deutsches Kolonialblatt (1910), Nr. 5.

Deutsches Kolonialblatt (1911), Nr. 24.

Deutsches Koloniallexikon (1920), Band III. URL: [http://www.ub.bildarchiv-dkg.unifrankfurt.de/Bildprojekt/Lexikon/php/suche\\_db.php?suchname=Pflanzungen](http://www.ub.bildarchiv-dkg.unifrankfurt.de/Bildprojekt/Lexikon/php/suche_db.php?suchname=Pflanzungen) (Download: 9. 1. 2011).

Deutsches Kolonial-Lexikon (1996), Band I-III. WWA Bernd Suppees: Wiesbaden.

Deutsche-Schutzgebiete.de (2000), Togo. URL: <http://www.deutsche-schutzgebiete.de/togoland.htm> (Download: 9. 1. 2011).

Dhm.de (o. J.), Die deutsche Kolonie Togo (1871-1914). URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/aussenpolitik/togo/index.html> (Download: 9. 1. 2011).

Easterly, W. (1999), How did highly indebted poor countries become highly indebted? Reviewing two decades of debt relief. Washington D. C.

Eichengreen, B. (1996), Globalizing Capital. Princeton.

Engel, U. (2000), Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999: Rollen und Identitäten. LIT: Hamburg. (Zugleich auch: Hamburg, Univ., Habil.schr. 1999.)

- Engel, U. u. a. (2000), Memorandum zur Neubegründung der deutschen Afrika-politik. Frieden und Entwicklung durch strukturelle Stabilität. Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig. Berlin, Oktober 2000. URL: [http://www.fize.de/pdf/f.ize\\_afrikamemorandum.pdf](http://www.fize.de/pdf/f.ize_afrikamemorandum.pdf) (Download. 10. 2. 2011).
- Erbar, R. (1991), Ein „Platz an der Sonne“? Die Verwaltungs- und Wirtschaftsge-schichte der deutschen Kolonie Togo 1884–1914. Franz Steiner: Stuttgart 1991.
- Fanon, F. (1980), Schwarze Haut, weiße Masken, übersetzt von E. Moldenhauer. Syndikat: Frankfurt/M.
- Fanon, F. (2001), Die Verdammten dieser Erde, übersetzt von T. König. Suhrkamp: Frankfurt/M.
- Ferdowski, M. A. (1998), Afrika – ein verlorener Kontinent? In: M. A. Ferdowski (Hg.), Afrika zwischen Agonie und Aufbruch. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit A 103: München, S. 9-21.
- Finanzkrise-2008.de (2010), Die Finanzkrise 2008/2008 – Wie kam die aktuelle Finanzkrise zustande und was unterscheidet sie von den vorherigen? URL: <http://www.finanzkrise-2008.de/> (Download: 3. 1. 2011).
- Focus.de (2010), Entwicklungspolitik: Deutschland bekommt neue Entwicklungs-agentur, 16. 12. 2010. URL: [http://www.focus.de/politik/deutschland/entwicklungspolitik-deutschland-bekommt-neue-entwicklungsagentur\\_aid\\_582382.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/entwicklungspolitik-deutschland-bekommt-neue-entwicklungsagentur_aid_582382.html) (Download: 16. 3. 2011).
- Forstwissenschaftliches Centralblatt (1912), LVI. Jg. Berlin, S. 166-168 (Besprechung des Buches von Metzger von 1911).

Franke, G. (Hg.) (1994), Nutzpflanzen der Tropen und Subtropen, Bd. 3: Spezieller Pflanzenbau. Ulmer/UTB für Wissenschaft: Stuttgart-Hohenheim.

Furtado, C. (1978), Externe Abhängigkeit und ökonomische Theorie. In: D. Senghaas (Hg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. 4. Auflage. Suhrkamp: Frankfurt/M., S. 316–334.

Gabler Wirtschaftslexikon (o. J.), Kurzerklärung „Ökologie“. URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/oekologie.html> (Download: 5. 4. 2011).

Gaddis, J. L. (1992), The United States and the End of the Cold War. Oxford.

GeoDZ.com (2010), Potenziell natürliche Vegetation. URL: [http://www.geodz.com/deu/d/potentiell\\_nat%C3%BCrliche\\_Vegetation](http://www.geodz.com/deu/d/potentiell_nat%C3%BCrliche_Vegetation) (Download: 8. 2. 2011).

GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH) (2011), Jahresthema 2011: Verantwortlich wirtschaften – nachhaltig entwickeln. URL: <http://www.giz.de/de/profil/jahresthema/jahresthema.html> (Download: 21. 8. 2011).

GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH) (2011), Über die GIZ. URL: <http://www.giz.de/de/profil.html> (Download: 16. 3. 2011).

Gmelich, H. (2007), Globale Umweltprobleme – Dimensionen, Ursachen, Lösungsansätze. In: M. A. Ferdowski (Hg.), Weltprobleme. 6. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 237-281

- Goldammer, J. G. (1994), Feuerökologie, Heidelberg, 1. 7. 1994 (7/1994). URL:  
<http://www.spektrum.de/artikel/821673> (Download: 8. 2. 2011).
- Goucher, C. L. (1986), The Iron Industry of Bassar, Togo. University of Michigan Press.
- Goucher, C. L. (1988), The Impact of German Colonial Rule on the Forests in Togo.  
In: J. R. Richards/R. P. Tucker, World Deforestation in the Twentieth Century. Duke University Press: Durham/London, S. 56–69.
- Gründer, H. (1985), Geschichte der deutschen Kolonien. 2. Auflage. UTB; Verlag/Ferdinand Schöningh: Stuttgart.
- GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) (jetzt GIZ) (o. J.), Waldrehabilitierung in der Volta-Region. Eschborn. URL:  
<http://www.gtz.de/de/praxis/7326.htm> (Download: 16. 3. 2011).
- GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) (jetzt GIZ) (o. J.), Schutz und Management der natürlichen Ressourcen. Eschborn/Berlin. URL:  
<http://www.gtz.de/de/praxis/7838.htm> (Download: 16. 3. 2011).
- GTZ/GIZ (o. J.), Umweltschutzprogramm – Programmkurzbeschreibung. URL:  
<http://www.gtz.de/de/praxis/6612.htm> (Download: 5. 4. 2011).
- Gutián, M (1981), Fund Conditionality. Washington D. C.
- Haaland, R./P. Shinnie (Hg.) (1985), African iron working – ancient and traditional. Norwegian University: Oslo.

Haeckel, E. (1866), Generelle Morphologie der Organismen. Allgemeine Grundzüge der organischen Formen-Wissenschaft, mechanisch begründet durch die von Charles Darwin reformirte Descendenz-Theorie. Berlin, Bd. 2.

Haider (ohne Vornamen)/A. Reller (o. J.), Thema: Die Zukunft der Baumwolle. Augsburg. URL: <http://geo.bildungszentrum-mar-dorf.de/fortbildung/pages/QUELLTEXTE/Zukunft%20von%20Baumwolle.pdf> (Download: 10. 1. 2011).

Hauff, V. (Hrsg.) (1987), Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp: Greven.

Heidel, A. (1996), Prozessablauf, Faktoren und Folgen der Bodenerosion. Universität Trier. URL: <http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/105364.html> (Download: 9. 1. 2011).

Hein, W. (1998), Unterentwicklung – Krise der Peripherie. Leske + Budrich: Opladen.

Heinrich-Böll-Stiftung (2008), REGION OSTAFRIKA: Komponente Umwelt und Nachhaltige Entwicklung. Köln, 25. 6. 2008. URL: <http://www.boell.de/weltweit/afrika/afrika-3710.html> (Download: 5. 4. 2011).

- Helm, R. (2004), Politische Herrschaft in Togo: das Problem der Demokratisierung, LIT: Münster. URL:  
[http://books.google.de/books?id=VFSCnVFedMcC&pg=PA27&lpg=PA27&dq=Dr.+Kersting+Togo&source=bl&ots=m\\_\\_wZCwt9N&sig=gIZ\\_qSV2L2Wa1xUtRbWe1NHxQWQ&hl=de&ei=0Y9GTeHAN8qh8QPGnMGuCQ&sa=X&oi=book\\_result&ct=result&resnum=1&ved=0CBgQ6AEwAA#v=onepage&q&f=false](http://books.google.de/books?id=VFSCnVFedMcC&pg=PA27&lpg=PA27&dq=Dr.+Kersting+Togo&source=bl&ots=m__wZCwt9N&sig=gIZ_qSV2L2Wa1xUtRbWe1NHxQWQ&hl=de&ei=0Y9GTeHAN8qh8QPGnMGuCQ&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=1&ved=0CBgQ6AEwAA#v=onepage&q&f=false) (Download: 31. 1. 2011).
- Henig, R. M. (2001), Der Mönch im Garten. Die Geschichte des Gregor Mendel und die Entdeckung der Genetik. Argon: Berlin.
- Hargarten, C. (2010), Paradigmenwechsel in der deutschen Afrikapolitik? Diplomarbeit. Universität Wien: Philologisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät.
- Herrmann, G./G. Plakolm (1993), Ökologischer Landbau, Grundwissen für die Praxis. Österreichischer Agrarverlag: Wien.
- Hofmeier, R. (2002), Five decades of German-African relations: limited interests, low political profile and substantial aid donor. In: U. Engel/R. Kappel (Eds.), Germany's Africa Policy Revisited: Interests, images and incrementalism. LIT: Münster, S. 39–62.
- IMF (International Monetary Fund) (1992), Articles of Agreement. Washington D. C.
- IMF (International Monetary Fund) (2001), The IMF in the Process of Change. Washington D. C.
- IMF (International Monetary Fund) (2002), Globalization – A Framework for IMF Involvement. In: Issues Briefs N. 02/01. Washington D. C., March 2002.

- Jaduland.de (2000), Togo – Wie es war, als die Deutschen kamen und als sie gingen. URL:  
<http://www.jaduland.de/kolonien/afrika/togo/text/wareinmal.html>  
(Download: 9. 1. 2011).
- Jansen, J. (2003), Afrika. In: Wochenschau, 54. Jg., Nr. 4/5, Frankfurt/M., Juli–Oktober 2003, S. 161 ff.
- Jäger, U. (2004), Pocket global: Globalisierung in Stichworten, Ausgabe 2004. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Bonn, November 2004.
- Jäger, J./A. Novy (2003), Politische Implikationen von Entwicklungstheorien. Die Dialektik von theoretischer Praxis und Entwicklungsprozess. In: K. Fischer/I. Hanak/Chr. Pannreiter (Hg.), Internationale Entwicklung – Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. 3. Auflage. Brandes & Apsel/Südwind: Frankfurt/M., S. 91-102.
- Jung-Hüttl, A. (2002), Feuerökologie: Die Feuer feuern sich selbst an. München, 24. 6. 2002. URL: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/feueroekologie-die-feuer-feuern-sich-selbst-an-1.609859> (Download: 8. 2. 2011).
- Kaiser, M./N. Wagner (1988), Entwicklungspolitik. Grundlagen – Probleme – Aufgaben. 2., aktualisierte Auflage. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn, Band 239: Bonn.
- Kienitz, E. (1957), Der Suezkanal. Seine Geschichte, wirtschaftliche Bedeutung und politische Problematik. Dietrich Reimer: Berlin.
- Knoll, A. J. (1978), Togo under imperial Germany 1884-1914. Hoover Institution Press: Stanford University: Stanford/California.

Krugman, P. (2009), The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008.

URL: [http://www.schweitzer-online.de/iconparc/webmed.exe/key=492124278123584367856286758037101001/StoreFront/main.ipm?frame\\_content=objectView%2Fmain.ipm%2Fobj%3Dbook%2Fcat\\_key%3Dkno%2Fobjid%3D1743453%2Furl\\_stack\\_id\\_prev%3D213](http://www.schweitzer-online.de/iconparc/webmed.exe/key=492124278123584367856286758037101001/StoreFront/main.ipm?frame_content=objectView%2Fmain.ipm%2Fobj%3Dbook%2Fcat_key%3Dkno%2Fobjid%3D1743453%2Furl_stack_id_prev%3D213) (Download: 3. 1. 2011).

Kouami, K./A. Kossi/K. Hamberger (2005), Les forêts sacrées de l'aire Ouatchi au sud-est du Togo et les contraintes actuelles des modes de gestion locale des ressources forestières. In: *Vertigo, La revue électronique en sciences de l'environnement* 6/3.

Lebensministerium.at/Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (2009), Strategischer Leitfaden Umwelt & Entwicklung der österreichischen Entwicklungspolitik Wien, September 2009. URL: [http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strateg\\_Leitfaden\\_Umwelt\\_Entwicklung\\_Sept09.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Strateg_Leitfaden_Umwelt_Entwicklung_Sept09.pdf) (Download: 5. 4. 2011).

Lenzen, M. (2003), Der Sozialdarwinismus. In: *Evolutionstheorien in den Natur- und Sozialwissenschaften*. Campus: Frankfurt/M.

Lerntippsammlung.de (o. J.), Die deutsche Kolonie Togo. URL: <http://www.lerntippsammlung.de/Die-Deutsche-Kolonie-Togo.html> (Download: 9. 1. 2011).

Lohausen, A. (2010), Im Rhythmus des Regenwaldes. Oder: Damit das Herz des Regenwaldes weiter schlägt. In: *Materialien zur MISERIOR-Fastenaktion 2010, Projektbeschreibung Brasilien*. Aachen. URL: [http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Projektbeschreibung\\_Brasilien\\_FA2010.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Projektbeschreibung_Brasilien_FA2010.pdf) (Download: 9. 1. 2011).

lsg.musin.de (o. J.), Imperialismus. URL:

<http://www.lsg.musin.de/geschichte/geschichte/lkg/Int-pol/imperialismus.htm> (Download: 15. 2. 2011).

Maddison, A. (2001), *The World Economy. A Millennial Perspective*. PUF: Paris.

Mair, S. (2002), German interests and German African policy. In: U. Engel/R. Kappel (Eds.), *Germany's Africa Policy Revisited: Interests, images and incrementalism*. LIT: Münster, S. 9-17.

Martin, C. (1989), *Die Regenwälder Westafrikas – Ökologie, Bedrohung und Schutz*. Birkhäuser: Basel/Boston/Berlin.

Meadows, D./D. L. Meadows/J. Randers/W. W. Behrens III (1973), *Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart.

Mehler, A. (2004), Die neue deutschen Außenpolitik. In: M. A. Ferdowski (Hg.), *Afrika – ein verlorener Kontinent?* Wilhelm Fink: München, S. 293–311.

Messner, D. (2003), *Entwicklungsforschung*. In: H. Münkler (Hg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*. Rowohlt: Reinbek bei Hamburg.

Metzger, O. F. (1910), Die Aufforstungsarbeiten am Haho. In: *Kolonialblatt 1910*.

Metzger, O. F. (1911), *Die Forstwirtschaft im Schutzgebiet Togo*. G. Fischer: Jena.

Metzger, O. F. (1941), *Unsere alte Kolonie Togo*. J. Neumann: Neudamm.

Molt, P. (2002), Africa – a political challenge to Europe. In: U. Engel/R. Kappel (Eds.), *Germany's Africa Policy Revisited: Interests, images and incrementalism*. LIT: Münster, S. 63–78.

Morlang, Th. (2010), Grausame Räuber, die wir waren. In: Die Zeit (Nr. 39) vom 23.9. 2010, S. 22.

Müller, Chr. (2005), Entwicklungspolitik Deutschlands: Alte Probleme und neue Herausforderungen, Hausarbeit zum Thema Deutsche Außenpolitik nach 1990. Universität des Saarlandes: Saarbrücken, Sommersemester 2005.

Müller, K. (2002), Globalisierung. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Bonn.

Nafa.Web (1974), Potenzielle natürliche Vegetation und Naturräumliche Einheiten als Orientierungsrahmen für ökologisch-planerische Aufgabenstellungen in Baden-Württemberg, Untersuchungen zur Landschaftsplanung, Band 21. Stuttgart. URL: [http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/36565/potentielle\\_natuerliche\\_vegetation.pdf?command=downloadContent&filename=potentielle\\_natuerliche\\_vegetation.pdf](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/36565/potentielle_natuerliche_vegetation.pdf?command=downloadContent&filename=potentielle_natuerliche_vegetation.pdf) (Download: 8. 2. 2011).

Neumann, K./K. Hahn-Hadjali/U. Salzmann (o. J.), Die westafrikanische Savanne – Eine Zeitreise durch 20.000 Jahre. In: K. D. Albert/D. Löhr/K. Neumann, Deutsche Forschungsgemeinschaft - Mensch und Natur in Westafrika. Ergebnisse aus dem Sonderforschungsbereich 268 „Kulturentwicklung und Sprachgeschichte im Naturraum Westafrikanische Savanne“. Wiley-VCH: Frankfurt/M., S. 39-68, (Wiley-VCH), URL: <http://www.gbv.de/dms/bs/toc/374160120.pdf> (Download: 9. 1. 2011).

Nohlen, D. (Hg.) (2000), Lexikon Dritte Welt – Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Rowohlt: Reinbek b. Hamburg.

Nohlen, D. (Hrsg.) (2002), Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, vollständig überarbeitete Neuauflage. Reinbek b. Hamburg, Dezember 2002: Rowohlt Taschenbuch.

Nohlen, D. (2005), Nord-Süd-Konflikt. In: W. Woyke (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften/UTB: Wiesbaden, Januar 2005, S. 391–400.

Nohlen, D./F. Nuscheler (1992), Was heißt Unterentwicklung? In: HDW III, 1, 1992, 31 ff.

Novy, A. (2005), Internationale Politische Ökonomie. Mit Beispielen aus Lateinamerika. 2.4.4.2: Dependenztheorie. Wirtschaftsuniversität Wien: letzte Änderung: 15. 6. 2005. URL: <http://www.lateinamerikastudien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-2702.html> (Download: 21. 9. 2011).

Nuscheler, F. (1995), Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4., erweiterte Auflage. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Bonn 1995.

Nuscheler, F. (1999), Deutsche Entwicklungspolitik: Auf alten Wegen vor neuen Herausforderungen? In: U. Andresen/G. Breit/P. Massing/W. Woyke (Hg.), Entwicklung der Entwicklungspolitik. Wochenschau-Verlag; Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis: Schwalbach/Ts. (Jahrgang 32), S. 9–22.

Nuscheler, F. (2004), Entwicklungspolitik – Lehr- und Arbeitsbuch. 5. Auflage. J: H. W. Dietz Nachfolger: Bonn.

oeko-fair.de (o. J.), Von Wüste bis Regenwald – das Klima Westafrikas. URL: <http://www.oeko-fair.de/regionen3/westafrika2/von-wueste-bis-regenwald-das-klima-westafrikas> (Download: 31. 1. 2011).

- Öffentliche Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (2009), Umwelt und natürliche Ressourcen. Wien. URL:  
[http://www.entwicklung.at/themen/umwelt\\_und\\_natuerliche\\_ressourcen/](http://www.entwicklung.at/themen/umwelt_und_natuerliche_ressourcen/)  
(Download: 5. 4. 2011).
- Ohne Autor (o. J.), Vegetationsdynamik. Graz. URL:  
<http://www.kfunigraz.ac.at/~drescher/vegdyn05.pdf>  
(Download: 8. 2. 2011).
- Plieninger, T./O. Bens (2008), Biologische Vielfalt und globale Schutzgebietsnetze. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 3/2008. URL:  
[http://www.bpb.de/publikationen/CGNXRO,2,0,Biologische\\_Vielfalt\\_und\\_globale\\_Schutzgebietsnetze.html#top](http://www.bpb.de/publikationen/CGNXRO,2,0,Biologische_Vielfalt_und_globale_Schutzgebietsnetze.html#top) (Download: 9. 1. 2011).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1995), Almanach der Bundesregierung 1995/96. Bonn.
- Prinz, D./F. Rauch (1985), Das Bamenda-Modell, in: Entwicklung und ländlicher Raum. 19. Jahrgang. Heft 3/1985, S. 22-26.
- Rehm, S./G. Expig (1996), Die Kulturpflanzen der Tropen und Subtropen, Anbau, wirtschaftliche Bedeutung, Verwertung. 3., neu bearbeitete Auflage. Ulmer: Stuttgart-Hohenheim 1996.
- Reichtagsprotokolle (1884), Reichtagsprotokoll, 26. 6. 1884, S. 1049 ff. URL:  
[http://www.reichtagsprotokolle.de/Blatt3\\_k5\\_bsb00018446\\_00491.html](http://www.reichtagsprotokolle.de/Blatt3_k5_bsb00018446_00491.html)  
(Download: 21. 9. 2011).
- Reinitzer, F. (1916), Vorkommen und Gewinnung von Kautschukmilch. Vortrag, gehalten am 11. 11. 1916 (Naturwissenschaftler Verein für Steiermark), S. 247-259. URL: <http://www.biologiezentrum.at> (Download: 16. 1. 2011).

Republique Togolaise - Ministere De L'environnement Et Des Ressources Forestieres (2010), Rapport National Du Togo Pour La Dix Huitieme Session De La Commission De Developpement Durable Des Nations Unies (CDD-18). Lomé, mars 2010. URL:  
[http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_pdfs/NationalReports/togo/full\\_report.pdf](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_pdfs/NationalReports/togo/full_report.pdf) (Download: 16. 8. 2011).

safari-afrika.de (2001), Kapokbaum – Ceiba pentandra. URL: <http://www.safari-afrika.de/html/kapokbaum.html> (Download: 31. 1. 2001).

Schicho, W. (2010), Geschichte Afrikas. Theiss: Stuttgart.

Schmidt, P. A. (1998), Potenzielle natürliche Vegetation als Entwicklungsziel naturnaher Waldbewirtschaftung? In: Forstwissenschaftliches Zentralblatt, Vol 117, Numbers 1–6, S. 193–205. URL:  
<http://www.springerlink.com/content/yg1551t64lmh1n44/> (Download: 8. 2. 2011).

Schüpferling, R. (2009), „Globale Feuer“. Steuergrößen und Szenarien. Masterthesis. Petershausen, 30. 6. 2009. URL:  
<http://www.unigis.ac.at/club/bibliothek/pdf/1351.pdf> (Download: 16. 8. 2011).

Scinexx – Das Wissensmagazin (2010), Feuerökologie – Waldbrandschutz durch Feuer? Springer: Heidelberg. URL: <http://www.g-o.de/dossier-detail-79-9.html> (Download: 8. 2. 2011).

- Sebald, P. (1988), Togo 1884–1914: Eine Geschichte der deutschen „Musterkolonie“ auf der Grundlage amtlicher Quellen. Akademie-Verlag: Berlin.
- Smith, W. D. (1978), Julius Graf Zech auf Neuhofen (1868–1914). In: L. H. Gann/P. Duignan (Hg.), African Proconsuls - European Governors in Africa. Free Press: New York, S. 473–491.
- Spektrumdirekt.de (2010), Feuerökologie: Vegetationsbrände – ihre Ursachen und ökologischen Folgen. Heidelberg, 29. 3. 2010. URL: <http://www.spektrumdirekt.de/feuer> (Download: 8. 2. 2011).
- Sutor, B. (1994), Politik. Ein Studienbuch zur politischen Bildung. Schöningh: Paderborn.
- Thurow, L. C. (2004), Die Zukunft der Weltwirtschaft. Campus: Frankfurt/M.
- Timberlake, L. (1986), Krisenkontinent Afrika. Peter Hammer: Wuppertal.
- Transafrika.org, Karte und Beschreibung der Landesgeografie, 2009, URL: <http://www.transafrika.org/pages/laenderinfo-afrika/togo/geographie.php> (Download: 10. 1. 2011).
- Traoré, F. (2008), Die Lage in Togo. Menschenrechte, Justizsystem und Sicherheit. Bern, 9. 4. 2008. URL: <http://www.fluechtlingshilfe.ch> (Download: 16. 8. 2011).
- Umweltdatenbank.de (o. J.), Ökologie. URL: <http://www.umweltdatenbank.de/cms/lexikon/lexikon-o/oekologie.html> (Download: 5. 4. 2011).

- UNESCO (2011), Forêt sacrée d'Osun-Oshogbo. URL:  
<http://whc.unesco.org/fr/list/1118> (Download: 21. 9. 2011).
- UN-Habitat (2003), The Challenge of the Slums: Global Report on Human Settlements 2003 London.
- UN.org (2010), Rapport National sur le Développement Durable, Togo, DP/MERF, mars 2010. URL:  
[http://www.un.org/esa/dsd/dsd\\_aofw\\_ni/ni\\_pdfs/NationalReports/togo/scp.pdf](http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_ni/ni_pdfs/NationalReports/togo/scp.pdf) (Download: 16. 8. 2011).
- United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report, New York/Oxford (erscheint jährlich)
- Universität Freiburg (o. J.), Feuerökologie. Freiburg. URL: <http://www.fire.uni-freiburg.de/feuroekologie/feuerd.htm> (Download: 8. 2. 2011).
- Unmüßig, B. (2005), Entwicklungspolitik in Zeiten der Großen Koalition – Die alten Zielkonflikte werden die neuen sein. In: Weltwirtschaft & Entwicklung, 12/2005, Onlineausgabe, S. 1-4. URL: <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/assets/s2dmain.html?http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/index.html> (Download: 16. 3. 2011).
- Vorholz, F. (1995), Die letzte Party. In: „ZEIT-Punkte“, 6/1995, Wie teuer ist uns die Umwelt? – Ökonomie und Ökologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.
- Voss, G. (1994), Sustainable Development: Leitziel auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Köln.

- Wagner, J. (2007), Neoliberaler Kolonialismus. Protektorate, Aufstandsbe-  
kämpfung und die westliche Kriegspolitik. In: Widerspruch 53, Zürich,  
27. Jg., 2. Halbjahr 2007, S. 144–155.
- Wagner, N. B. (2002), Die deutschen Schutzgebiete. Erwerb, Organisation und  
Verlust aus juristischer Sicht. Nomos: Baden-Baden.
- Walzer, P. P. (1998), Demokratie und Menschenrechte in der deutschen Entwick-  
lungszusammenarbeit mit Afrika. In: M. A. Ferdowski (Hg.), Afrika zwischen  
Agonie und Aufbruch. Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungs-  
arbeit: München, S. 165–188.
- Wirz, A./J.-G. Deutsch (1997), Geschichte in Afrika. Einleitung und Problematik.  
In: Dies. (Hg.). Geschichte in Afrika. Einführung in Probleme und Debatten.  
Das Arabische Buch: Berlin, S. 5–16.
- Woyke, W. (Hg.) (2005), Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Auflage.  
VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, Januar 2005.
- Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. (2009), Deutscher  
Kolonialismus in Togo. Wuppertal, Dezember 2009. URL:  
[http://www.wuppertaler-initiative.de/fileadmin/media/pdf/  
togo\\_broschuere\\_netz.pdf](http://www.wuppertaler-initiative.de/fileadmin/media/pdf/togo_broschuere_netz.pdf) (Download: 21. 1. 2011).
- Zustrassen, B. (2008), „Ein Stück deutscher Erde schaffen.“ Koloniale Beamte in  
Togo 1884–1914. Campus: Frankfurt/M.